



MASTERARBEIT | MASTER'S THESIS

Titel | Title

Der Umgang österreichischer Zeitungen mit politischer
Korruption

verfasst von | submitted by

Diana Dauer B.A.

angestrebter akademischer Grad | in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Arts (MA)

Wien | Vienna, 2025

Studienkennzahl lt. Studienblatt | Degree
programme code as it appears on the
student record sheet:

UA 066 665

Studienrichtung lt. Studienblatt | Degree
programme as it appears on the student
record sheet:

Interdisziplinäres Masterstudium Zeitgeschichte und
Medien

Betreut von | Supervisor:

OR tit. Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Duchkowitsch

Inhaltsverzeichnis:

1. Einleitung	S. 3
a. Problemstellung	S. 4
b. Methode	S. 5
c. Sample	S. 5
d. Begründung der Sample-Auswahl	S. 6
e. Zeitungssample	S. 7
f. Forschungsfrage	S. 7
g. Erwartungen	S. 7
h. Probleme, Eingrenzung, Forschungsstand	S. 8
i. Relevanz der Forschungsarbeit	S. 9
j. Aufbau	S. 9
2. Forschungsstand	S. 10
3. Theorie Politischer Skandal und Korruption in der Zweiten Republik	S. 13
a. Politische Korruption: Definition des Arbeitsbegriffs	S. 13
b. Erklärungsversuche	S. 17
i. Wirtschaftliche und ökonomische Motivation	S. 17
ii. Individual- und gruppenpsychologische Motivation /Faktor Mensch	S. 18
c. Politischer Skandal	S. 19
d. Legitimierung & Defensive im politischen Skandal nach Astrid Schütz	S. 21
e. Korruption als Gefahr für die liberale Demokratie	S. 24
f. Corruption Perception Index	S. 26
g. Historischer Abriss Politische Korruption in Österreich in der Zweiten Republik	S. 27
h. Die Rolle der Massenmedien: Historisch und theoretisch	S. 32

i. Blattlinien des Zeitungssamples	S. 35
4. Untersuchungsgegenstände: Franz Olah, Krauland Skandal & Buwog	S. 37
a. Der Krauland-Skandal	S. 37
b. Der Fall Franz Olah	S. 42
c. Die BUWOG-Affäre	S. 46
5. Methode	S. 48
6. Kritische Diskursanalyse	S. 56
a. KDA Krauland-Skandal	S. 56
i. Wiener Wochenausgabe	S. 56
ii. Presse Morgenblatt	S. 62
iii. Arbeiter Zeitung	S. 64
iv. Das kleine Volksblatt	S. 64
v. Zusammenfassung der Ergebnisse der KDA zum Krauland-Skandal	S. 66
b. KDA Fall Franz Olah	S. 67
i. Kronen Zeitung	S. 67
ii. Arbeiter Zeitung	S. 72
iii. Wochenpresse	S. 74
iv. Das Volksblatt	S. 76
v. Zusammenfassung der Ergebnisse der KDA zum Fall Olah	S. 79
c. KDA BUWOG-Affäre	S. 80
i. Presse	S. 80
ii. Kronen Zeitung	S. 84
iii. Zusammenfassung der Ergebnisse der KDA zur BUWOG-Affäre	S. 87
7. Zusammenfassung der KDA-Ergebnisse	S. 88
8. Conclusio	S. 89
9. Quellenverzeichnis	S. 93
10. Appendix	S. 97

1. EINLEITUNG:

„Alle größeren Korruptionsfälle der Zweiten Republik auch nur ansatzweise zu beleuchten, hieße ein mehrbändiges, tausende Seiten umfassendes Werk zu publizieren“ (Werner Beninger, „Korruption in der Zweiten Republik. Einige Fälle und deren mediale Aufbereitung“, in Ernst Bruckmüller (Hg.) Korruption in Österreich: historische Streiflichter, 2011 S, 165)

Das Forschungsinteresse für diese Arbeit entstand kurz nach dem 17. Mai 2019. An diesem Tag wurde das sogenannte „Ibiza-Video“ von der deutschen Tageszeitung *Süddeutsche Zeitung* und dem Nachrichtenmagazin *Spiegel* veröffentlicht und löste ein mediales und innenpolitisches Erdbeben in Österreich aus.

Das Video, das im Juli 2017, wenige Monate vor der Nationalratswahl von versteckten Überwachungskameras in einer Finca auf der spanischen Insel Ibiza aufgenommen wurde, zeigt den zum Zeitpunkt der Veröffentlichung amtierenden Vize-Kanzler und FPÖ-Parteichef, Heinz-Christian Strache, „Zum Zeitpunkt der Aufnahme war er noch nicht Teil der Regierung; Außerdem zu sehen waren sein Vertrauter, der FP-Klubobmann und Nationalratsabgeordnete Johann Gudenus, sowie ein zu diesem Zeitpunkt noch Unbekannter und eine Frau, die die zwei Politiker für eine russische Oligarchen-Nichte hielten. Innenpolitische Brisanz hatte das Video, weil sich Gudenus und Strache bei dem aufgezeichneten Treffen Korruptions-willig zeigten; sie boten unter anderem an, Staatsaufträge zugunsten der Oligarchin zu vergeben, das Parteienfinanzierungsgesetz zu FPÖ-Gunsten zu umgehen, sowie die Kontrolle über parteiunabhängige Medien (*Kronen Zeitung*) zu übernehmen.

Auf die Veröffentlichung folgten Rücktritte von Regierungsmitgliedern, der Zusammenbruch der ÖVP-FPÖ-Regierung, Neuwahlen, Korruptionsermittlungen, parlamentarische Untersuchungsausschüsse. Bis dato (Dezember 2024) wird ein Strafakt unter dem Namen Casag bei der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft geführt, der alle Ermittlungen und Verfahren umfasst, die im Zuge der Veröffentlichung des Videos eröffnet wurden. Enthüllungen und Leaks zeigten neben Korruptionsabsichten der FPÖ auch Malversationen des Koalitionspartners ÖVP (etwa das Beinschab-Tool) und potenziell des ÖVP-Bundeskanzlers Sebastian Kurz. (Stand Dezember 2024 noch Gegenstand von Ermittlungen)

Es gab behördliche und parlamentarische Befragungen von amtierendem und ehemalig hohen Amtsträger*innen und Unternehmer*innen. Medien und Opposition stellten fest: „Österreich hat ein Korruptionsproblem¹“. Begleitet wurden die eruptiven Enthüllungen von ungezählten TV- und Stammtisch-Diskussionsrunden, Legitimierungen, Bagatellisierungen, Skandalisierungen, Angriffen auf Justiz und Medien - und dabei Defensiv-Versuche der Beschuldigten sowie ihrer Vertreter*innen. Es blieb ein zerrüttetes Vertrauen der Bevölkerung in das politische System und elementare Instanzen

¹ Gesundheitsminister Johannes Rauch (Grüne) bei einem öffentlichen Statement im Mai 2022

der liberalen Demokratie und die Fragen vieler in der Bevölkerung, was sie wem glauben können. Die Lage verschlimmerte sich durch den Ausbruch der Covid-19-Pandemie. (Dies ist nicht Gegenstand der Forschungsarbeit, sollte aber nicht unerwähnt sein)

a. Problemstellung:

Korruption ist eine Gefahr für die Demokratie und die Wahrnehmung über politische Korruption schädigt das Vertrauen in die Politik (siehe Kapitel 3.e und 3.f), was wiederum das vulnerable System der liberalen Demokratie schwächt.

In einer Zeit, in der Vertrauen in Medien, Justiz und Politik durch die Erschütterungen des Ibiza- und in weiterer Folge ÖVP-Korruptionsskandals 'beschädigt' ist (eine Auflistung und Analyse aller Malversationen und Vorwürfe gegen die ÖVP unter Sebastian Kurz würde den Rahmen dieser Arbeit übersteigen und verdient eine eigene wissenschaftliche Auseinandersetzung), muss die Wissenschaft versuchen Klarheiten zu schaffen. Dazu soll diese Arbeit einen Beitrag leisten.

Aus dieser Verunsicherung, die in der Bevölkerung spürbar wurde, und dem eigenen Wunsch nach mehr Klarheit entstand die Idee für diese Forschungsarbeit. Ich möchte einen wissenschaftlichen, aber auch praktischen Beitrag dazu leisten, Rezipient*innen von österreichischen Zeitungen/ Medien die Fähigkeit zu geben, bei Enthüllungs- und Skandalberichterstattung erkennen zu können, welche Narrative und Strategien von Medien, die über Korruption berichten, konstruiert werden. Die Ergebnisse dieser Forschungsarbeit sollen Teil einer Werkzeug-Kiste einer informierten Bevölkerung sein, die bei medialem Aufruhr, Skandalberichterstattung und Vernebelungstaktiken mehr Durchblick erhalten will. Dabei ist wichtig anzumerken, dass diese Arbeit nicht investigativ herauszufinden vermag, ob der/die Politiker*innen, deren Fälle hier untersucht werden, gelogen oder korrumpiert haben. Die „Wahrheit“ herauszufinden, ist Aufgabe von Justiz und auch Presse. Die Wissenschaft will hier vielmehr erkennen, wie die vermeintliche „Wirklichkeit“ oder „Wahrheit“ für Leser*innen konstruiert wird.

Ich möchte dies genauer erklären: Im Nachhall politischer Skandale gelangen zuweilen Phrasen und Zitate aus Pressekonferenzen, Interviews und geleakten Befragungsprotokollen ins kollektive Gedächtnis, die den Skandal selbst überdauern. Beispiel dafür: Heinz Christian Strache, der den Ibiza-Skandal als „B'soffene G'schicht“ bagatellierte. Aber wie gehen Medien damit um? Wie wird gegenüber der Bevölkerung eingeordnet, wie schlimm der Fall ist? Wie schockiert sollen wir sein? Oder ist alles halb so schlimm, weil die Zeitung des Vertrauens bagatellisiert, den angedachten Ausverkauf elementarer Strukturen der Republik als „b'soffene G'schicht“ abtut oder möglicherweise gar nicht über Malversationen berichtet.

Ich habe mich entschieden, nicht Reden oder Statements bei Pressekonferenzen von Beschuldigten zu analysieren, sondern die Berichterstattung über Korruptionsfälle selbst zu untersuchen. Damit soll erkannt werden, wie österreichische Zeitungen über Korruption berichten, wie Korruptionsfälle in Österreich eingeordnet und enthüllt werden. Denn es ist die Presse, die (meistens) zwischen den

Konsument*innen, also der Bevölkerung, und der Causa steht und die Informationen für die Bevölkerung übersetzt, einordnet, Bewertungshilfe ist und damit die Wahrnehmung der Korruptionsfälle in Bevölkerung und das Vertrauen der Bevölkerung maßgeblich beeinflusst. Ich möchte dezidiert betonen, dass nicht eine Presse, die über Malversationen berichtet oder diese enthüllt, Schuld trägt, wenn das Vertrauen in die Politik geschwächt wird, sondern dass die korrupten Politiker*innen die Verantwortung tragen. Allerdings beeinflussen die redaktionellen Entscheidungen, wie und ob über Malversationen berichtet wird, die Wahrnehmung in der Bevölkerung.

Daher soll der Umgang österreichischer Zeitungen mit politischer Korruption untersucht werden, damit verstanden werden kann, welche Narrative bei spezifischen Korruptionsfällen von Medien konstruiert werden, wie das passiert und welche Wirkung bei Leser*innen erreicht werden soll.

b. Methode:

Ich habe mich daher methodisch für eine für meine Zwecke adaptierte Version der Kritischen Diskursanalyse nach Sigfried und Margarte Jäger entschlossen.

Dafür werde ich die Berichterstattung über drei österreichische historische Fälle der politischen Korruption aus der Zweiten Republik mittels Diskursanalyse decodieren.

Diese Methode bietet die besten Möglichkeiten, Narrative und Strategien hinter öffentlichen Diskursen – und mediale Berichterstattung ist (Teil von) Diskurs – zu dechiffrieren. Ich adaptiere die Methode, die sonst auf politische und da vor allem rechte Narrative angewandt wird, für öffentliche Kommunikation in Form von Korruptionsberichterstattung in Printzeitungen. Kritische Diskursanalyse will die vermittelten Wahrnehmungen beziehungsweise die vermittelte „Wahrheit“ erkennen und demaskieren. Das versucht diese Arbeit auch zu erreichen. Dabei wird nach Mustern der Darstellung von Verteidigung, Skandalisierung und Bagatellisierung gesucht. (Eine genaue Erklärung der Methode und der gewählten Adaptierung findet sich im Kapitel 5).

Für die Defensiv-Darstellungen werden die Kategorien der Legitimierungsstrategien nach Astrid Schütz von in Skandalen verwickelten Politiker*innen herangezogen. (Vgl. Kapitel 3.d)

c. Sample:

Bei den gewählten Korruptionsfällen handelt es sich erstens um den ersten großen Korruptionsfall der Zweiten Republik, den sogenannten Krauland-Skandal. Peter Krauland, von 1945 bis 1949 ÖVP-Minister für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung, schleuste Geld in die Kassen von ÖVP, SPÖ, ÖGB und Kammern. Er verkaufte und vergab Betriebe aus „ehemals deutschem Eigentum“ an politisch Verbundene zum eigenen und zum politischen Vorteil, statt sie rechtmäßig zu restituieren, und besetzte Schlüsselstellen in staatlichen Betrieben für den eigenen Vorteil und dem Vorteil seiner Klientel.

Zweitens analysiere ich die Berichterstattung zum skandalträchtigen Fall des in der eigenen Partei in Ungnade gefallenen Ex-SPÖ-Innenministers und ehemals mächtigen ÖGB-Präsidenten Franz Olah, der mit Gewerkschaftsgeldern sowohl die Gründung der Kronen Zeitung als auch der FPÖ finanziert hat.

Der dritte Fall zieht seine juristischen Schleifen bis zum Zeitpunkt des Verfassens dieser Arbeit. Der dritte Teil der Analyse untersucht die Berichterstattung der 2009 enthüllten BUWOG-Affäre rund um den ehemaligen Finanzminister auf FPÖ-Ticket Karl Heinz. Im Kapitel 4 werden die Fälle genauer dargestellt und ihre politischen und medialen Kontexte erläutert.

d. Begründung der Sample-Auswahl

Diese Fälle wurden ausgewählt, weil sie schon fast symbolträchtig politische Korruption darstellen. Es handelt sich um zum Zeitpunkt der Malversationen amtierende Amtsträger dreier Parteien, die sich für ihren eigenen Vorteil und/oder Vorteil der eigenen politischen Parteien und Klientel bereichert haben und das ihnen anvertraute Amt und die damit verbundene Macht dahingehend missbraucht haben. Zudem handelt es sich um Fälle aus unterschiedlichen Zeitpunkten der Zweiten Republik (1950 – 2009). Von den Ergebnissen der Analysen und dadurch mögliche decodierte Muster ist daher zu erwarten, dass ihre Aussagen eher allgemeingültig sind als lediglich ein Kind ihrer Zeit und ihres politischen und medialen historischen Kontextes. Dennoch müssen diese Kontexte in die Analyse einkalkuliert und kurz umrissen werden.

Weil zudem Aussagen über Medienberichterstattung in einer diversifizierten Medienlandschaft wie jener in Österreich nicht allgemeingültig anhand eines Beispiels festzumachen sind, muss der strategische Umgang unterschiedlicher Medien anhand unterschiedlicher Korruptionsfälle untersucht werden. Das wird schon allein deshalb notwendig, weil sich der politische sowie mediale Kontext Österreichs seit Beginn der Zweiten Republik verändert hat.

So war Österreich in den ersten Jahrzehnten der Zweiten Republik sowohl politisch als auch medial in zwei Parteilager (SPÖ und ÖVP) geteilt. Erst im Laufe der Zeit wurden unabhängige Medien in Österreich wieder stärker und schwächten so die Marktmacht der Parteizeitungen. Mit dem Aufkommen der politischen Enthüllungsmagazine und der erstarkten Boulevardpresse in den 1980er und 1990er Jahren veränderten sich neuerlich die Machtverhältnisse der Zeitungen. (Dies wird genauer in Kapitel 3.h. erläutert)

In dieser Macht der Zeitungen – diese Arbeit analysiert lediglich Printprodukte – liegt auch Steuerungsmacht über die Wahrnehmung und das kollektive Wissen einer sich über diese Medien informierenden Bevölkerung. Der Demos ist der Pflichterfüllung der investigativen Wissensvermittlung und der redaktionellen Einordnung von sozialen, politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen zu gewissen Teilen (zu manchen Zeitpunkten der Geschichte stärker als in anderen) ausgeliefert.

e. Zeitungssample

Daher wird diese Forschungsarbeit den narrativen Umgang von expliziten Parteizeitungen, dem Boulevard und sogenannter „Qualitätszeitungen“² anhand der genannten historischen Fälle der politischen Korruption mit unterschiedlicher Partei-Zugehörigkeit (SPÖ, ÖVP und ein Minister auf FPÖ-Ticket) und Nähe-Verhältnissen zu den repräsentativ ausgewählten Printmedien analysieren.

Dafür wurden für den Fall Krauland die *Wiener Wochenausgabe* als Enthüllungsmedium und Boulevard, die Partei-Zeitung der SPÖ *Arbeiter Zeitung*, als Medium des politischen Gegners, die Partei-Zeitung von Kraulands Heimatpartei ÖVP, *Das kleine Volksblatt*³, sowie *die Presse*, als ÖVP-nahe aber dennoch „Qualitätszeitung“ ausgewählt.

Für den Fall des Ex-SPÖ Mannes Olah wird die Berichterstattung der *Presse*, der *Arbeiter Zeitung*, des *Volksblattes* und der *Kronen Zeitung*, die von ihm maßgeblich mitfinanziert wurde, herangezogen.

Bei der Causa BUWOG werden die Berichterstattungen der *Presse* und der *Kronen Zeitung* als Analysegegenstände dienen, so wird die Frage des Umgangs von Qualitätszeitungen und dem Boulevard untersucht. (Weitere Erläuterungen zum Zeitungssample folgen im Kapitel 3.i.)⁴

f. Forschungsfrage:

Nach den Diskursanalysen und den Vergleichen der Ergebnisse erhoffe ich mir die Beantwortung folgender Forschungsfrage: Wie werden politische Korruptionsskandale in Österreich im öffentlichen Diskurs konstruiert?

Mit den Subfragen: Welche Narrativ-Strategien wählen Parteizeitungen, Boulevard und Qualitätszeitungen?

Und: Wie verändert sich die Korruptionsberichterstattung über den Verlauf der Zweiten Republik von den 1950er Jahren bis in die 2000er?

g. Erwartung:

² Qualitätszeitung wird für den gesamten Umfang in Anführungszeichen gesetzt, da diese Bezeichnung meist selbstgewählt ist und sich daher dezidiert nicht als Boulevard identifiziert und auch in dieser Arbeit als eigene Medien-Kategorie gelten soll.

³ *Das kleine Volksblatt* hatte bis zum Fall Olah Mitte der 1960er Jahre seinen Namen auf *Volksblatt* geändert.

⁴ Je nach Quellenlage wird bei der Zeitung *Die Presse* das Morgenblatt oder die Wochenausgabe herangezogen. Da beide Ausgaben der gleichen Redaktion sind, können dennoch Aussagen über das Vorgehen *Der Presse* als ein Medium gefällt werden und es wird nicht als getrenntes Sample behandelt.

Es wird erwartet, dass sich durch die Kritische Diskursanalyse Muster in der Korruptionsberichterstattung österreichischer Zeitungen erkennen lassen und dass Medien zur Skandalisierung und Einordnung der Korruptionsfälle als Gefahr für die Demokratie und ihrer Bevölkerung neigen.

Einschränkend wird allerdings bei Partei-Zeitungen erwartet, dass die Berichterstattung bei Fällen mit Nähe-Verhältnis mit dem/der Korrupten bagatellisiert wird, dass der Boulevard jeden Fall als Skandal behandelt und die Qualitätszeitung über jeden Korruptionsfall ausgewogen berichtet.

h. Probleme, Eingrenzung und Forschungsstand

Um der Beantwortung des forschungsleitenden Erkenntnisinteresses näher zu kommen, musste sich in erste Linie der schwierigen Herausforderung gestellt werden, der Abgrenzung und dem Eingeständnis, genau dabei zu versagen und dies zu akzeptieren. Denn Korruption als Begriff lässt sich weder allgemeingültig definieren noch einer einzigen wissenschaftlichen Disziplin zuordnen. Der Korruption wird sich in dieser Arbeit aus unterschiedlichen Richtungen genähert umso eine Arbeitsdefinition zu erlangen.

Eine wissenschaftliche Auseinandersetzung und damit auch diese Arbeit muss sich daher unterschiedlicher Wissenschaften bedienen und ihnen in weiterer Folge auch dienen: Dabei Politikwissenschaft, Geschichtswissenschaft, Publizistik und Kommunikationswissenschaft, aber auch Wirtschafts- und sogar Sprachwissenschaften und wohl auch Philosophie oder Psychologie und Sozialwissenschaften. Einige wichtige Ansätze dieser Wissenschaften finden sich auch im Kapitel 3.a; in dem ein Arbeitsbegriff erarbeitet wird.

Diese Problematik der Abgrenzung und Eingrenzung sowie die Multi-Interdisziplinarität des Phänomens Korruption macht zudem einen lückenlosen Überblick über den Forschungsstand schwierig. Im Kapitel 2 wird aber auf die wichtigsten Werke und Strömungen eingegangen. Die Recherche hat zudem gezeigt, dass der Bereich Medien und Korruption vor allem über das Phänomen Medienskandal, politische Kommunikation und Presskorruption erforscht ist.

Österreich-spezifisch gibt es einige historische rechtswissenschaftliche und politikwissenschaftliche Überblickswerke, Sammelbände und eine Monografie, die für diese Arbeit von besonderer Wichtigkeit sind: „Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim“, herausgegeben von Michael Gehler und Hubert Sickinger, 1995; „Korruption in Österreich: Historische Streiflichter“, herausgegeben von Ernst Bruckmüller, 2011; „Paradoxe Republik. 1945 bis 2015“ von Oliver Rathkolb, 2015; sowie „Korruption und Kontrolle“, herausgegeben von Christian Brünner sind hier primär zu nennen.

i. Relevanz der Forschungsarbeit

Bei der Recherche konnte keine mit dieser Arbeit vergleichbare Forschung gefunden werden. Das wiederum macht die Ergebnisse dieser Arbeit für eine zukünftige Forschung relevant und schließt eine Lücke, auf die in weiterer Forschung, etwa zum medialen Umgang mit der Casag aufgebaut werden kann. Insbesondere kann also im Hinblick auf das Spektrum an Korruptions- und Kommunikationsforschung, die sich mit den Korruptionsvorwürfen rund um Ex-Bundeskanzler Sebastian Kurz und die ÖVP befasst, eine methodische und theoretische Grundlage geschaffen werden.

j. Aufbau:

Um durch die Analyse die Ergebnisse richtig interpretieren zu können und um potenziell allgemeingültige Aussagen treffen zu können, muss sich diese Arbeit im Theorie-Teil ausführlich und von unterschiedlichen Seiten der Materie annähern. Dafür wird zuerst der Forschungsstand umrissen und eine Begriffsdefinition für die Politische Korruption erbracht. Das Phänomen der Politischen Korruption und des Politischen Skandals muss dann aus unterschiedlichen Richtungen betrachtet werden. Auch werden dann bekannte Legitimierungsversuche und defensive Strategien von in Skandalen verwickelten Politiker*innen nach Astrid Schütz erläutert. Worin ausgegangen wird, dass auch parteiische Medien, ähnliche Strategien der Defensive nutzen und so eine Art Stellvertreter Defensive betreiben.

Weil eine der Arbeit zugrundeliegende Grundannahme ist, dass Korruption eine Gefahr für die liberale Demokratie ist, wird diese Thematik anhand einer Auseinandersetzung mit dem Corruption Perception Index und vorangegangenen wissenschaftlichen Erkenntnissen zum Schaden durch Korruption für das Vertrauen in die Demokratie erklärt.

Um die ausgewählten Fälle, die keine Einzelfälle sind, und die Einordnung ihrer Analyse-Ergebnisse richtig zu interpretieren, muss sowohl ein Überblick über Politische Korruption in der Zweiten Republik gegeben werden als auch über die Rolle und Entwicklung der Medien als Watchdogs, Aufklärer und Parteiorgane. Aus gleichem Grund werden auch die Blattlinien des Zeitungssamples kurz umrissen, bevor in einem nächsten Teil der Arbeit die ausgewählten Untersuchungsgegenstände, also die Korruptionsfälle vorgestellt und ihre politischen und medialen Kontexte angeführt werden.

Erst dann kann mit der Kritischen Diskursanalyse der drei Fälle und ihrer Berichterstattung in unterschiedlichen Zeitungen begonnen werden. Das Ergebnis der Analysen wird verglichen und hermeneutisch interpretiert, um die Forschungsfragen beantworten und die Thesen zu bestätigen oder zu widerlegen. Im Appendix werden Kopien von allen Zeitungssamples angehängt.

Einschränkend muss erwähnt sein, dass diese Arbeit im Bewusstsein geschrieben wurde, dass auch in einer stabilen liberalen Demokratie mit einer (relativ) freien Presse, nicht alle Medien frei und unabhängig über alle Fälle und Verdachtsmomente der politischen Korruption berichten oder aus Furcht vor Repressalien berichten können. Das kann unter Umständen auch an finanziellen oder politischen Abhängigkeiten der Verlage liegen, die auf Medienförderung und Inserate angewiesen sind.

2. FORSCHUNGSSTAND

Die zweite Republik ist politisch von etlichen Korruptionsskandalen durchwachsen. Es gibt einige Phasen, in denen das Korruptionsaufkommen offenbar besonders hoch ist. Etwa das Österreich der 1980er Jahre, das geprägt war von vielen politischen Skandalen. Aber auch die Veröffentlichung des sogenannten „Ibiza-Videos“ durch den *Spiegel* und die *Süddeutsche Zeitung* 2019 machte Österreichs politische Geschichte um einige Skandale reicher.

Diese politischen Skandale sind mediale Großereignisse der innenpolitischen Berichterstattung. Für einen gewissen Zeitraum erhalten sie den Großteil der medialen Aufmerksamkeit, bestimmen den öffentlichen Diskurs und beeinflussen die öffentliche Wahrnehmung. Einige dieser Skandale fallen in der kollektiven Wahrnehmung in die Rubrik „Korruption“.

Die Wissenschaft ist bei der Behandlung des Phänomens „Korruption“ in Österreich aber lange säumig gewesen. Neben einer politischen, journalistischen und juristischen Aufklärung dieser Skandale steht aber auch die Wissenschaft in diversen Disziplinen in der Verantwortung der Aufarbeitung.

Erst durch die Häufung der Korruptionsfälle in den 1980er Jahren aber wurde die Skandalforschung in der Politikwissenschaft aufgegriffen, wodurch Korruption „die Aura der Sensationslüsternheit und des Unseriösen“ (Gehler, Michael/ Sickinger, Hubert., „Politische Affären und Skandale in Österreich: Von Mayerling bis Waldheim“, 1995, S. 9) verlor. Durch die Häufung der Skandale ist der Anspruch auf eine Phänomenalisierung der Korruption in der wissenschaftlichen Gemeinschaft entstanden. Ähnlich wie im Journalismus stellt dann auch die Wissenschaft die Frage: Was steckt dahinter? Hat es System? Durch das Erkennen von Mustern können Journalismus und Forschung den Anspruch stellen, „Wahrheiten“ und „Wirklichkeiten“ festzustellen.

Aber wie kann sich Wissenschaft dem skandalbehafteten Phänomen „politische Korruption“ nähern? Ganz einordnen und linear abgrenzen lässt sich die Korruptionsforschung auch im Jahr 2024 nicht.

Nach Michael Gehler und Hubert Sickinger sind die Strukturen politischer Korruption eine Spezialfrage der Skandalforschung, ähnlich wie Praktiken der Parteienfinanzierung (Vgl. ebd. S. 9) Angesiedelt ist die Korruptions- und Skandalforschung aber wohl in vielen Disziplinen. Darunter: Geschichtswissenschaft, Wirtschaftswissenschaft, Politikwissenschaft, Sozialwissenschaft und oder Rechtswissenschaften. (Vgl. ebd, S. 9ff)

In Österreich wurde der Korruptionsforschung lange wenig Beachtung geschenkt.⁵ Im Zuge des AKH-Skandals (1980 durch den Journalisten Alfred Worm aufgedeckt) erlebte das Forschungsgebiet aber eine kurze Konjunktur. Daraus entstand unter anderem der Sammelband „Korruption und Kontrolle“ herausgegeben von Christian Brünner (1981, Wien-Köln-Graz). Laut dem Korruptionsforscher Hubert Sickinger ist dieser Band eines der Hauptwerke zu diesem Forschungsgebiet in Österreich.

In den 1990er Jahren wurde die Korruption dann in zwei getrennten Hauptsträngen bearbeitet. Einerseits via Parteienfinanzierung beziehungsweise Politikfinanzierung. (Vgl. Sickinger, H., „Politische Korruption und der Wandel der Rahmenbedingungen für politische Skandale in der Zweiten Republik“, in Ernst Bruckmüller (Hg.) „Korruption in Österreich: historische Streiflichter“, 2011, S. 112)⁶

Andererseits mit einem wissenschaftlichen Fokus auf aktuelle politische Skandale. (Vgl. ebd.) Die österreichische Innenpolitik liefert auch hierzu viel Material. Die Erforschung politischer Skandale entwickelt sich ab den 1990er Jahren zu einem begehrten Forschungsgebiet der Soziologie, Politikwissenschaft, Geschichte. 1995 leisteten Michael Gehler und Hubert Sickinger mit ihrem auch in dieser Arbeit viel zitierten Sammelband „Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim“ (1995, erweiterte Neuauflage 2007) einen großen Beitrag, der durch Christian Dickingers „Die Skandale der Republik. Haider, Proksch und Co.“, Wien, 2001) ergänzt wurde. (Vgl. ebd. 112f)

Eine umfassende Auseinandersetzung mit dem Status quo im Bereich der Korruptionsforschung verlangt einen Blick in unterschiedliche wissenschaftliche Disziplinen. Insbesondere weil diese zugrundeliegende Arbeit ebenfalls interdisziplinär arbeitet. So versucht diese Arbeit sowohl in der Zeitgeschichte als auch in Kommunikationswissenschaft und Publizistik sowie in der Politikwissenschaft einen wissenschaftlichen Beitrag zu leisten, der sich als Beitrag zur Korruptionsforschung zusammenfassen lässt.

Ähnliche Interdisziplinarität trifft auf den Forschungsbereich insgesamt zu. Auch Tina Olteanu bestätigt die Aussagen der bereits zitierten österreichischen Forscher*innen, sie stellt in ihrer Studie „Korrumpierte Demokratie? : Diskurs und Wahrnehmung in Österreich und Rumänien im Vergleich“ (2012) fest, dass Korruption als Forschungsthematik erst seit den 1990er Jahren ein erhöhtes wissenschaftliches Interesse erzeugt hat. Das liege, so Olteanu, an der Entwicklung des Corruption Perception Index von

⁵ Weil sich diese Arbeit mit konkreten Korruptionsskandalen in Österreich befasst, wird hauptsächlich auf Literatur zurückgegriffen, die sich mit österreichischen Fällen und Korruptionsforschung allgemein befasst. Die Ergebnisse dieser Forschung sind nur auf Österreich anwendbar, da andere Staaten andere mediale, gesellschaftliche und politische Kontexte haben. Daher kann auch vorangegangene Korruptionsforschung, die sich mit anderen Staaten befasst hat, nur eingeschränkt auf diese Forschungsarbeit applizierbar sein. Das stellt eine Limitierung der Quellen und Recherchemöglichkeiten da, die hier explizit zur Erwähnung gebracht werden muss.

⁶ Die Parteienfinanzierung, die in Österreich im Vergleich zu anderen Ländern besonders hoch ist, sorgt bis heute für Wirbel in der Innenpolitik und bei politischen Beobachter*innen.

Transparency International.(Vgl Kapitel 3.f.) Das Etablieren dieses Indexes provoziert dahingehende politik- und wirtschaftswissenschaftliche Forschung. (Vgl. Olteanu, 2012, S. 30)

Der Höhepunkt zieht sich von den 1990er Jahren allerdings bis Mitte/ Ende der 2000er Jahre. , Das wird aus Beobachtungen der Literaturrecherche geschlossen. Hinzu kommt die Beobachtung, dass in diesem Feld unterschiedliche Stränge auszumachen sind, und zwar ergänzend zu den zwei Hauptsträngen, die Hubert Sickinger für Korruptionsforschung mit Österreich-Fokus ausgemacht hat.

Einerseits liegt ein Forschungsinteresse auf osteuropäischen Ländern wie Rumänien und Tschechien (Vgl. Eva Horak, „Politische Korruption in Tschechien seit 1989 und ihre Auswirkungen auf die politische Partizipation der Bevölkerung“, 2007 und Tina Oletanu, 2012). Ein Forschungsfokus liegt auch auf der Bundesrepublik Deutschland und der Weimarer Republik. Wobei hier eine Rechts- und Geschichtswissenschaftliche Konzentration auszumachen ist. In der Kommunikations- und Sozialwissenschaft wird die Thematik häufig in den Jahren nach 2000 gestreift, wobei allerdings der Fokus auf Skandalen und Medienskandalen liegt, hier ist etwa Hans Matthias Kepplingers „Die Mechanismen der Skandalisierung. Die Macht der Medien und die Möglichkeiten der Betroffenen“ (2005) oder auch Steffen Burkhardts „Medienskandale. Zur moralischen Sprengkraft öffentlicher Skandale“ (2006) zu nennen.

Außerdem scheinen sich Vertreter*innen der Politikwissenschaft respektive Korruptionsforschung vornehmlich für den Einfluss politischer Korruption auf politische Partizipation und Demokratiewahrnehmung sowie am Schnittpunkt der Geschichts- und Politikwissenschaften in Österreich für große politische Skandale zu interessieren. Hier ist insbesondere Anton Pelinka mit seinem Beitrag „Der AKH-Skandal“ (in: Gehler, M. und Sickinger, H. (Hg.): Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim, S. 532-545, 2007), Hubert Sickinger mit unterschiedlichen Beiträgen in der Funktion eines Herausgebers, Autors und zusätzlich Präsident und Gründer von Transparency International Austria und Oliver Rathkolb mit „Der Fall Joham und der CA-Skandal 1949-1953“ in eben zitiertem Sammelband. (S. 382-397, 2007) und Ernst Bruckmüller mit seinem Sammelband „Korruption in Österreich: Historische Streiflichter“ (Ernst Bruckmüller (Hg.), 2011.) hervorzuheben.

In der internationalen Korruptionsforschung muss zudem Arnold Heidenheimer erwähnt werden. Der amerikanische Politikwissenschaftler befasste sich seit den 1970er Jahren mit Korruptionsforschung.

Heidenheimer postulierte: “Any attempt to analyze the concept of corruption must contend with the fact that in English and other languages the word corruption has a history of vastly different meanings and connotations” (Heidenheimer 1970 nach Olteanu 2012, S. 32). Korruption als solche lässt sich also nicht allgemeingültig und klar abgrenzend definieren. Korruption als Phänomen kann zudem weder als geografisch noch kulturell limitiertes Phänomen begriffen werden.

Die jüngste Brisanz, die dem Thema der politischen Korruption nicht zuletzt auch durch den österreichischen Ex-Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) beigemessen wird, kann m. E. eine nächste Welle der österreichischen Korruptionsforschung produzieren.

In Österreichs Geschichte beschränken sich die Skandalaufkommen nicht auf vergangene Regierungsadministrationen seit 2018 und die 1980er Jahre. Schon gegen Ende der Monarchie, in der ersten Republik und den ersten zwei Jahrzehnten der zweiten Republik, erschütterten politische Skandale die Monarchie und später die Republik. Ein Großteil der Skandale hat es aber nicht in das Kollektive Langzeitgedächtnis geschafft, da sich in einigen parteistaatlichen Demokratien dieser Zeit der Eindruck manifestiert hat, Politik sei ohnehin nicht mehr als eine Reihe politischer Skandale (Vgl. Gehler/ Sickinger nach dieselben nach Ebbighausen u. Neckel „Einleitung in Anatomie eines politischen Skandals“, hier S. 7, 1995) Diese Wahrnehmung ist jünger, sie beschreibt eine „Verfallserscheinung der liberalen Demokratie, traditioneller politischer Werte o.ä.“, daher sei für Österreich aus „wissenschaftlicher Sicht eine Historisierung der ‚Skandalrepublik‘ angebracht“ (Gehler/ Sickinger, 1995, S. 10)

Die Historisierung der österreichischen Skandalgeschichte in Gehler und Sickinger (1995 & 2007) zeigt, dass sie im Verlauf der Zeit unterschiedlichen „Formen des öffentlichen Umgangs, Verlaufsmuster, politische Konsequenzen und nicht zuletzt auch Themen aufweisen“ (ebd. 1995. S. 10)

3. THEORIE: Politische Skandale und Korruption in Österreich

a. Politische Korruption: Definition des Arbeitsbegriffs

Politische Korruption bis ins Kleinste zu definieren, würde vermutlich eine eigenständige Arbeit benötigen, möglicherweise sogar den Umfang einer Dissertation einnehmen. Es gibt in unterschiedlichen Disziplinen etliche Bände und Monografien, die sich auf unterschiedliche Weise mit der Definition und Abgrenzung der Korruption beschäftigen. Für diese Arbeit kann daher nur versucht werden, sich dem Begriff anzunähern und einen Arbeitsbegriff zu definieren, mit dem gearbeitet werden kann.

Wo fängt Korruption an, wie kann sie abgegrenzt werden? Das ist häufig nicht nur eine juristische und moralische Fragestellung, sondern auch eine begriffliche. „Korruption ist immer ein Wahrnehmungs- und Deutungsphänomen“ (Harald Bluhm, „Zwischen invisibler und visibler Macht. Machttheoretische Verortung politischer Korruption“ in: „Sichtbarkeit und Unsichtbarkeit von Macht“, Bluhm u. Fischer, (Hg.) 2002, S 167). Die Definition und das Erkennen dieser als solche ist ergo abhängig von spezifischen, geltenden Normen. (Vgl. Ebd.)

Korruptierbar zu sein, steht im leichtesten Fall für moralische Unredlichkeit, im schlimmsten Fall (je nach Causa und Staat) ist es ein Straftatbestand. Die unklaren Grenzen sorgen für Spielraum der

Malversationen. Das kann, so erläutert es Ruth Zimmerling, zu zwei unterschiedlichen negativen Folgen führen: Entweder wird eine Verhaltensweise zu Unrecht als korrupt bezeichnet und daher zu Unrecht skandalisiert; oder eine tatsächlich korrupte Verhaltensweise wird bagatellisiert, indem sie mit redlicheren Verhaltensweisen, etwa Trinkgeld o.Ä. gleichgesetzt wird, der Korrupte also dadurch versucht sich vom Vorwurf zu säubern. Eine beliebte Legitimierungsstrategie ist, dass „Schmiergelder nicht von Geschenken, Trinkgeldern, Zugangsgebühren und Wahlkampfspenden unterschieden werden können“.(Zimmerling, R. „Politische Korruption und demokratischer Einfluß: ‚seperate spheres‘ oder ‚Spiel ohne Grenzen‘ in: Sichtbarkeit und Unsichtbarkeit der Macht, Bluhm, Fischer (Hg.), 2002, 139-166, S. 143) Eine solche Argumentation sei ein Beweis, postuliert Zimmerling, dass die Abgrenzung von Korruption relevant und ungelöst ist. (Vgl. ebd.)

Zimmerling formuliert drei Aspekte, die alle Kategorisierungen für politische Korruption gemein haben. Zimmerling (2002) bezieht sich dabei auch auf Definition von Garzón Valdés und Mark Philip (beide in Bluhm und Fischer; „Sichtbarkeit und Unsichtbarkeit der Macht“, 2002).

1. Korruption und die „Verletzung positionaler Pflichten“ (Zimmerling, 2002, S. 145) hängen zusammen. Bei der politischen Korruption werden dabei die „Normen für die Wahrnehmung öffentlicher Ämter“ verletzt (ebd. S. 145)
2. Von politischer Korruption ist dann zu sprechen, wenn die Malversation durch den/die Träger*in eines öffentlichen Amtes für einen „extrapositionalen privaten Nutzen“ (Zimmerling nach Valdés) beziehungsweise die Malversation „aus persönlichem Gewinnstreben“ begangen wird (ebd.)
3. Um der (politischen) Korruption zu entsprechen, muss mindestens eine/n weitere/n Akteur*in involviert sein, die/der von der Malversation in einem Ausmaß Profit oder Vorteil erzielt, den /er/sie anderenfalls nicht erlangt hätte. Dieser Vorteil resultiert aus einer „Entscheidung“ des/der Amtsträger*in. Das Verhalten des/der korrupten Entscheidungsträger*in wird dabei von einer/m Akteur*in über „illegitime Zugangswege“ (ebd.) in deren Entscheidung beeinflusst.

Die Einschränkung „persönliche/private Gewinnstreben“ muss hier erweitert werden. So zählen in der hierzugrundeliegenden Definition als Profiteur*in auch eine mit dem/der Korrupten verbundenen Organisation und politischen Partei. (Vgl. Zimmerling, 2002, S. 149) Es geht also um „extrapositionale“ (Valdés nach Zimmerling, ebd.) Gewinne, konkret um Gewinne oder Vorteile, die durch die der Norm entsprechende Ausübung des anvertrauten Amtes nicht erzielt worden wären. Ergo der Verletzung der Normen zum extrapositionalen Vorteil durch eine/n Amtsträger*in eines öffentlichen Amtes.

Die weltweit agierende und führende Organisation zur Korruptionsbeobachtung, die Non Governmental Organisation (NGO) Transparency International, definiert auf der Webseite der österreichischen Teilorganisation, Transparency International Austria Korruption, wie folgt: Korruption ist der „Missbrauch von anvertrauter Macht zum privaten Nutzen oder Vorteil“. (Transparency International

Austria, “Definition von Korruption”, <https://www.ti-austria.at/worum-es-geht/korruptions-grundwissen/definition-von-korruption/> [8.11.2021])

Dabei erscheint es häufig als „opferloses und unsichtbares Phänomen“. Der Grund dieser kurzsichtigen Annahme liegt darin, dass zumeist keine individuellen Opfer auszumachen sind, aber zwei oder mehrere Täter*innen. Der/die Bestecher*in und die Bestochenen. Tatsächlich aber ist die Gesamtgesellschaft Opfer des Missbrauchs, heißt es in der Erläuterung von TI Austria. (ebd. [8.11.2021])

Transparency International erläutert weiter, dass es keine einheitliche und international-gültige Definition gebe und unterschiedliche Kulturen und politische Regionen unterschiedliche Traditionen der Korruption und auch unterschiedliche Levels der Illegalität haben. Häufig gibt es keinen juristisch verfolgbaren Korruptionstatbestand, in diesem Sinne wird „Korruption“ als

„Oberbegriff für eine Vielzahl an einzelnen kriminellen Akten verwendet. Auch die Listen solcher Praktiken, ebenso wie Formen und Ursachen von Korruption, können sich jedoch in unterschiedlichen Gesellschaften und Kulturen deutlich voneinander unterscheiden“
(Transparency International Austria, “Definition von Korruption”, <https://www.ti-austria.at/worum-es-geht/korruptions-grundwissen/definition-von-korruption/> [8.11.2021])

Bei der Korruption geht es darum, Vorteile durch gesetzeswidrige oder aber zumindest unlautere Handlungen zu erzielen. Die erstrebten Ziele der korrupten Handlung sind dabei vielfältig: Eine öffentliche Position, Titel oder Auszeichnung, Ausschalten eines Konkurrenten im Wettbewerb, Geld, Umwidmungen von Grünland in Bauland, günstige Kredite, Genehmigungen, Provisionen für Geschäfte. (Vgl. Ernst Bruckmüller, „Korruption in Österreich: Historische Streiflichter“, 2011, S. 15)

Im engeren Sinne definiert Ernst Bruckmüller Korruption, wie folgt:

„Die Art und Weise, in der Inhaber öffentlicher Ämter (Politiker oder Beamte) mit dem Ziel der Setzung, Beschleunigung, oder auch Unterlassung gewisser ihnen möglicher (Verwaltungs-)Handlungen durch die Überlassung – in der Regel: materieller – Vorteile beeinflusst werden.“
(Bruckmüller, 2011, S. 15)

Es ist dabei unerheblich, welche Partei die Intention hatte, ob durch den/die Amtsinhaber*in oder von Privatpersonen initiiert. Allerdings gibt es begriffliche Unterschiede, die sich auf die Lenkrichtung der Beeinflussung gründen. Von Bestechung wird nämlich dann gesprochen, wenn Mittel von einer/m Interessent*in an den/die Inhaber*in des Amtes fließen. Es gibt diese Versuche zwar auch in die andere Richtung, hier vor allem in demokratischen Systemen mit einer kleinen Gruppe einer Wählerschaft, wodurch die Gruppe zu Stimmabgabe überredet werden soll. (vgl. ebd. S. 16) In modernen demokratischen Systemen gibt es davon eine abgewandelte Form. Etwa wenn Parteien sogenannte „Wahlzuckerl“ versprechen, um sich die Gunst der Wähler*innen zu erkaufen. Bruckmüller nennt hier das Beispiel der österreichischen Hacklerregelung im Pensionsrecht. Dabei handle es sich um eine

indirekte Bestechung der Wähler*innen, für deren Unkosten im Nachhinein die Steuerzahler*innen selbst aufkommen müssen. Die Ergänzung des Pensionsrechts brachte kaum Vorteile für Schwerarbeiter*innen, allerdings für Beamte – zum Nachteil der Staatsfinanzen, postuliert Bruckmüller. (vgl. ebd., S. 16)

Die politische Korruption ist also der Missbrauch anvertrauter Macht zum Vorteil der eigenen Person oder Partei, in dem Fall bekleidet zumindest ein*e der Akteur*innen ein politisches Amt.

Das geltende Recht und damit im Umkehrschluss ein Straftatbestand als Grenzziehung für Korruption ist zu eng gefasst. Es wäre zu kurz gegriffen zu definieren, dass nur korrupt ist, was verboten ist.⁷ Zimmerling erklärt, dass die Begrenzung von der Schwere der Korruption auf rechtlich verbotene Delikttypen nicht haltbar ist, weil ein Problem der rechtlichen Sanktionierung oder Bestrafung häufig mit der Problematik der Beweisbarkeit zusammenhängt und die Verfehlungen daher nicht „politisch tragbar“ sind, nur weil sie rechtlich nicht ahnbar sind. Das heißt: Nur weil ein korruptes Verhalten nicht illegal ist, ist es deshalb nicht legitim (Vgl. Zimmerling, 2002, S. 153)

Korruption gibt es auch im Bereich der Presse, die sogenannte Presskorruption. (An dieser Stelle nur der Vollständigkeit halber erwähnt, weil es nicht Gegenstand der Forschungsarbeit ist). Die Auswüchse der Presskorruption in einem kleinen Staat wie Österreich muss Gegenstand eigenständiger wissenschaftlicher, zivilgesellschaftlicher und journalistischer Aufarbeitung und Reflexion wie Verhinderung sein, da Pressefreiheit, Unabhängigkeit und das Vertrauen der Bevölkerung in eine unabhängige Presse demokratiepolitisch einen kostbaren, aber fragilen Wert hat.

In der Wirtschaft werden die Linien blasser. Eine Version der Korruption ist, wenn Konkurrent*innen Mitarbeiter*innen bestechen, um mittels Informationen Wettbewerbsvorteile oder Ähnliches zu bekommen.

Auch persönliche Beziehungen können Korruption begünstigen. Nämlich dann, wenn durch „Protektion“ eine Person aufgrund der persönlichen Beziehungen einen Posten besetzt oder bevorzugt wird und dadurch materielles Gut, ergo mehr Kapital, erwerben kann, zu dem es ohne die bestehende Beziehung nicht gekommen wäre. (Vgl. Bruckmüller, 2011, S. 16) Diese Auslegung ist allerdings Grauzone. So stellt sich die Frage, ob es dann auch Korruption wäre, wenn der neue Posten, der besetzt wurde, weniger Einnahmen bringt als der vorherige Job. Was wiederum aber erstrebenswerter wäre, wenn es um soziale Anerkennung als Ziel ginge oder der Posten ein Steigbügel wäre für Vorteile, die die Person auf lauterem Wege nicht erhalten hätte, etwa ein Folgeposten o.Ä.

⁷ Im Nachhall der Ermittlungen gegen österreichische Amtsträger*innen im Zuge der Ermittlungen nach dem Ibiza-Skandal war der Verweis auf die Einstellung von Ermittlungen oder gar ein gerichtlicher Freispruch häufig gewählte „Reinwaschung“.

Trinkgeld und Gefälligkeiten sind Grauzone zwischen Legitimität und Korruption. „Wenn sie zur Freunderlwirtschaft ausarten, zählen sie jedenfalls zur Korruption“ (Bruckmüller, 2011, S. 16f)

Die Salonfähigkeit der Alltags- und Kleinkorruption, etwa wenn man bei Dienstleister*innen einen Vorteil in Form von schnellerem oder besserem Service erhält, wenn man ihnen Geld gibt, bildet den

„fließende Übergang zum breiten ‚Vorhof‘ der Korruption, Formen der privaten Vorteilswahrung. deren Rechts- und Moralwidrigkeit oft nur mehr vage als bloße Fragwürdigkeit [...] empfunden wird: Pfusch, Steuerhinterziehungen, übersteigertes Trinkgeldwesen, Verschwendung fremden Gutes [...] überhaupt das Streben, privates Leben auf fremde Rechnung zu verschönern [...]“
(Wolfgang Mantl, „Korruption und Reform im österreichischen politischen System“, in: Brünner (Hg.): Korruption und Kontrolle, 1981, hier S. 196 f)

b. Erklärungsversuche

i. Wirtschaftliche und ökonomische Motivation

Erich Streißler erklärt in "Zum Zusammenhang zwischen Korruption und Wirtschaftsverfassung: Korruption im Vergleich der Wirtschaftssysteme" in Brünners Band „Korruption und Kontrolle“ (1981), dass durch die Bestechung von Politiker*innen und öffentlichen Bediensteten „eine Marktbeziehung hergestellt“ werdewo eigentlich aufgrund der rechtlichen Illegalität kein Markt bestehen dürfe. (Bruckmüller, 2011, S. 17 zitiert nach Streißler, 1981). Das heißt, durch die Korruption, durch die Bestechung wird ein Markt mit Angebot und Nachfrage konstruiert, der sich dann eröffnet, wenn der/die Bestochene das Angebot akzeptiert.

Die Wahrscheinlichkeit zur Bestechung und Korruption ist in monopolistischen und oligopolistischen Angebots- und Nachfragesystemen besonders hoch. Streißler erläutert, dass das dann der Fall sein kann, wenn „der Staat alleiniger Anbieter oder Nachfrager“ ist. Bedienstete und Politiker können in diesem Fall Bestechungsgelder „einheimsen“ (Bruckmüller, S. 18), da sie als Vertreter des monopolistischen Staates fungieren (Vgl. ebd.). Als Beispiel werden hier Rüstungsaufträge, Autobahnbau oder Eisenbahnwaggons genannt. Da der Staat der einzige Nachfrager ist, könnten Anbieter*innen von Eisenbahnwaggons, Rüstungsproduzenten und Autobahnbaufirmen „nicht umhin, in bestechungsträchtige Situationen zu gelangen, weil eben in Europa Eisenbahnwaggons, Autobahnen oder Rüstungsgüter nur von Staaten oder deren Sondergesellschaften nachgefragt werden“ (ebd.) Das trifft etwa auf Produzenten von Kriegsflugzeugen zu wie die EASD oder Lockheed, aber auch auf Siemens als Eisenbahnhersteller. Sie sind bereits öfter im Zusammenhang von Bestechung und Korruption öffentlich genannt worden.⁸ Ein Erklärungsversuch durch Erich Streißler ist, dass eben

⁸ EASD – Eurofighter Skandal um die Beschaffung der Eurofighter für das österreichische Bundesheer

solche Rüstungsbauer*innen etc. durch Bestechung eine Art Investitionssicherheit bekommen. Durch die Sicherheit der Folgeaufträge würden sich manche Investitionen in die Industrie und Produktion erst rechnen, erläutert Bruckmüller weiter, denn die Investitionskosten würden durch die Folgeaufträge wieder erwirtschaftet. Deshalb seien „kapitalintensive Wirtschaften eher bestechungsanfällig als Wirtschaften in vorkapitalistischen Entwicklungsstadien“ (ebd.)

Hinzuzufügen ist allerdings, dass Streißler in manchen Planwirtschaften durch die Korruption auch eine wirtschaftliche Effizienzsteigerung erkennt. Er nennt hier den *realen Sozialismus* 1989. In diesem Fall soll Korruption Leistungsmotivationen geboten haben, die dem System nicht inhärent waren. (Vgl. Bruckmüller 2011, S.19 nach Streißler, 1981)

ii. Individual- und gruppenpsychologische Motivation/ Faktor Mensch

Eine Frage, die sich im Zuge des Beantwortungsversuches stellt, ist, ob es eine Prädisposition zur Korruption gibt. Neigen Menschen dazu, ihnen anvertraut macht zu missbrauchen?⁹

Jedenfalls erläutert Harald Bluhm in der Einleitung seines von ihm mit Karsten Fischer herausgegebenen Bandes „Sichtbarkeit und Unsichtbarkeit der Macht. Theorien der politischen Korruption“ (2002), dass mehrere Autoren, darunter Michels, Pareto, Mosca oder auch zu gewissen Teilen Weber, postulierten, dass „dauerhaftes Verweilen an der Macht korrumpiert“. (Bluhm, „Sichtbarkeit und Unsichtbarkeit der Macht. Theorien der politischen Korruption, 2002, S. 10) Ein weiterer Annäherungsversuch an die Korrumpierbarkeit des Menschen unternimmt Bluhm mit dem Verweis auf Willis (1999), der Mensch sei „als sinnliches und leidenschaftliches Wesen, das oft nicht der Vernunft folgt, korrumpierbar,[...]“. (Bluhm, 2002, S. 10)

Daher ist es notwendig, politische Korruptionsfälle auch auf die individuelle Situation der Korrupten der politischen Lage zu beleuchten, in der es zur Korruption und dem Skandal gekommen ist.¹⁰ Es ist zudem legitim zu postulieren, dass Menschen in Machtposition oder im Streben nach Macht eher zu Malversationen neigen. Und zwar aus dem einfachen Grund, dass sie Gelegenheit beziehungsweise Motivation dazu haben. Es ist daher notwendig zu beleuchten, welche Motivationen Korruption erleichtern:

Sozialwissenschaftler Joachim Illies erläutert, dass Korruption auch aus dem Wunsch heraus passiert, Teil einer Klientel (Familie, Partei,..) zu sein, die zu den Mächtigen einer Gesellschaft gehört. Durch die Korruption versucht der/die Korrupte an der Macht teilzuhaben oder diese zu erhalten. (Vgl. Ernst Bruckmüller nach Illies, 2011, S. 19) Man denke dabei etwa an politischen Mandatskauf. Als Beispiel

⁹ Diese Arbeit kann nur eine Annäherung an diese Frage bieten und trägt Literatur zusammen, erarbeitet allerdings keine sozial-psychologische Empirie.

¹⁰ Der politische Kontext der Korruptionsfälle, die diese Arbeit analysiert, wird Teil der Studie sein.

wird von Illies Malversationen bei der Parteienfinanzierung genannt. Das heißt, Korruptionsgeschehen passieren zum Vorteil politischer Parteien, die am Machterhalt interessiert sind oder an die Macht kommen wollen und sich durch die (verdeckte / illegale) Parteienfinanzierung einen Vorteil ausrechnen. (Vgl. ebd.)

Illies konkretisiert weitere Korruption-unterstützende Bedingungen. Der Mensch als sozialer Teil einer Gruppe, als privilegiertes Mitglied oder in anderen Worten, als ein/e Inhaber*in einer mit Macht ausgestatteten Position, steht in einer gefühlten Bringschuld gegenüber seiner/ihrer Klientel (Illies nennt es Clan), um diese nicht zu enttäuschen – so wird der/die Amtsinhaberin manipulierbar. Dadurch „wird aus seinen Sonderrechten gegenüber der Allgemeinheit eine Sonderpflicht gegenüber der eigenen Lobby [...], was unmittelbar in den Bereich der Korruption führt.“ (Joachim Illies, „Korruption im Lichte der Verhaltensforschung“, 1981, S.128 f.)

Weiter vertiefende Erklärungsversuche der menschlichen Psyche beziehungsweise der sozialen Verhaltensmuster übersteigen den Rahmen dieser Arbeit und sind für das Ziel dieser Arbeit nicht relevant. Sie sollen daher nur am Rande zum holistischen Verständnis der Forschungsmaterie dienen.

c. Politischer Skandal

Skandal bedeutet Anstoß erregen. (Vgl. Gehler/Sickinger, 1995, S. 11) Skandale sind überraschende Enthüllungen von verpönten oder verbotenen Verhalten, das durch - vor allem - Personen, die öffentliches Ansehen oder Vorbildfunktion innehaben, begangen wurde. (Vgl. Schütz Astrid, „Politischer Skandal und Varianten defensiver Selbstdarstellung: Der Fall Clinton, 2000, S. 199)

„Korruption konstituiert sich durch Skandale“, schreibt Erhard Blankenburg in „Korruption und Skandal – Zwei Seiten einer Medaille“ (in: Hans Oswald (Hg.): „Macht und Recht“, Opladen, 1990) Daher sind auch in der Wissenschaft Korruptions- und Skandalforschung eng verbunden. Beim politischen Skandal gibt es den/die Übeltäter*in, der/die gegen Werte und Normen verstoßen und sich daher skandalös verhalten hat und eben den/die Ankläger*in, die/der die Malversation anklagt und skandalisiert. Bei der politischen Korruption und dem politischen Skandal ist das meist die Presse und/oder der/die politische Gegner*in.

Häufig ist die Aufdeckung eines Korruptionsfalls die „erste Stufe eines Skandals“. (Astrid Schütz, 2000, S. 199) Schütz unterscheidet zwei primäre Skandalthemen: Geld und Sex. Wobei ersteres Grundlage für (politische) Korruption ist. Sex wird dann zum Skandal, wenn er gegen vorherrschende moralische Werte und Normen verstößt. Beim Skandal aber sind die öffentlichen Selbstdarstellungen/ Images der Akteur*innen angegriffen. (Vgl. Schütz, 2002, S. 200)

Wie im Falle der Eingrenzung und Definition der politischen Korruption verhält es sich auch beim politischen Skandal. Es ist nicht allgemeingültig, was ein politischer Skandal ist, sondern ist abhängig

von den in den jeweiligen Gesellschaften gültigen Werten und dem „normativen Inventar der Politik“ (Gehler/ Sickinger, 1995, S. 11). Nach der Definition, die dem Sammelband „Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim“ (1995) von Michael Gehler und Hubert Sickinger zugrunde liegt, wird der Begriff des politischen Skandals wie folgt definiert:

Auslöser für politische Skandale sind

„Ereignisse, in die Akteure des politisch-administrativen Systems unmittelbar und auslösend verwickelt sind, durch die weiters das normative Inventar der Politik berührt wird, also ein von politischen Normen und Werten der Gesellschaft abweichendes Verhalten in Form eines politischen Konflikts [...] darstellen“.

(Gehler/ Sickinger, ebd.).

Das Verhalten des/der in den Skandal verwickelten Politiker*in wird daher als „anstößig“ empfunden. In weiterer Interpretation würde das Verhalten als skandalös empfunden, weil es gegen die geltenden Werte und Normen der Politik und der Gesellschaft verstößt. Dies wird allerdings erst durch die Sichtbarmachung zum Skandal. Gerade die politische Korruption ist ohne öffentliche Thematisierung und Skandalisierung nicht greifbar. (Vgl. Bluhm, 2002, S. 168)

In der Tradition Emile Durkheims stehend, haben sich als erstes Sozialwissenschaftler*innen einer Kategorisierung des skandalösen politischen Fehlverhaltens gewidmet. Nach Durkheim würde das Fehlverhalten (ob es Kriminalität oder moralisch und politisches Fehlverhalten sei) sozial sanktioniert, indem es von der Gesellschaft zum Skandal erklärt wird (Vgl. Gehler/ Sickinger, 1995, S. 11). Zusätzlich bedarf es im Fall politischer Skandale aber auch politik- und geschichtswissenschaftlicher Blickpunkte.

In der Politikwissenschaft haben politische Skandale in der „Skandalogie“, in Antwort auf die sozialwissenschaftlichen Ansätze, den Labeling Approach erfahren, also den Zuschreibungsansatz der Kriminalsoziologie. Dieser Zugang besagt, dass ein Verhalten erst durch bestimmte „Etikettierungen“ als kriminell erachtet wird. (Vgl. ebd. S. 12.) Ein Verhalten muss daher erst als Straftat in der Gesetzgebung definiert werden und wird erst dadurch zum kriminellen Delikt.

Der Labeling Approach ist auch auf politische Skandale, etwa die Korruption anwendbar. Allerdings können nicht überall die gleichen Kategorien angewandt werden, da es auf das jeweilige im Staat gültige Korruptionsstrafrecht ankommt. Beim Labeling Approach wird dem politische Fehlverhalten durch soziale Kontrolle das Skandalöse zugeschrieben, wenn es in öffentlichen Diskursen thematisiert wird. Dabei spielen unterschiedliche Instanzen der sozialen Kontrolle eine Rolle, die den folgenden Prozess einleiten können: Aufdecken des Fehlverhaltens, „Aburteilung durch Gerichte, Existenz einer Stigmatisierung nach Aburteilung [...]“ (Gehler/ Sickinger, 1995, S. 12)

Gehler und Sickinger definieren folgende soziale Instanzen des politischen Skandals:

1. **Die Rolle des/der Aufdecker*in:** Ein Sachverhalt wird als Skandal öffentlich thematisiert. Diese Rolle übernehmen häufig politische Gegner*innen oder Journalist*innen. Diese Rolle

kann auch von der oder dem Angegriffenen eingenommen werden, wenn sich dieser/diese durch Skandalisierung gegen den Vorwurf wehrt „und die Motive des/der Aufdecker*in denunziert. Dies ist eine bekannte Verteidigungsstrategie (Vgl. Ebd. S. 12f und Vgl. Kapitel 3.d.)

2. **Die Bühne für den Skandal:** Seit dem 20. Jahrhundert ist diese Bühne die Öffentlichkeit, die durch Massenmedien dargestellt wird und die „Transportmittel oder Akteur*in bei der Inszenierung von Skandalen“ sind (Vgl. Ebd. S. 13).
3. **Aufnahmebereites Publikum:** Durch öffentliches Empören wird öffentliche Reaktion geschaffen, die „von dem Skandal lebt“ (ebd.)

Begrifflichkeiten wie Affäre oder Skandale werden in dieser Auseinandersetzung häufig synonym verwendet. (Vgl. Gehler/ Sickinger S. 13.) Die Affäre beschreibe etwas weniger Greifbares, sie scheint weiter weg und stehe für ein peinlich bis unangenehmes Ereignis. In Österreich würde diese Bezeichnung für Verfehlungen mit „internationalen Implikationen“ herangezogen oder wenn politische Akteur*innen sich peinliche Fehlritte geleistet haben. Ein Skandal wird vielfach für die Bezeichnung von Fällen der Korruption gewählt und wird häufig in massenmedialen Kontexten genannt. (Vgl. Ebd. S. 13) ¹¹

Rückschließend kann also auch postuliert werden, dass durch das bewusste Nicht-Thematisieren potenzieller politischer Skandale oder durch mediales Nicht-Aufgreifen dem Publikum Malversationen als weniger skandalös unterbreitet würden.

d. Legitimierungsstrategien und Defensive im politischen Skandal nach Schütz

In einen Skandal verwickelte Politiker*innen greifen auf Selbstdarstellungstaktiken zurück, die vor allem zur Defensive des Akteurs/ der Akteur*in dienen und die daher die Konsequenz möglichst gering und die Integrität des/ der Amtsträger*in möglichst hoch halten möchte. Die Verteidigung kann in der öffentlichen Arena der öffentlichen Kommunikation stattfinden und muss nicht der juristisch unterstützten Verteidigung vor Gericht gleichen. Hier geht es primär darum, den öffentlichen Schaden kleinzuhalten, nicht um juristische Schuldbarmachung.

Astrid Schütz unterscheidet drei Arten der Selbstdarstellung, die genutzt werden, um die Selbstbilder vor Schaden durch den Skandal zu schützen: Assertive, defensive und offensive Selbstdarstellung.

Tabelle 1: Formen der Selbstdarstellung nach Schütz

¹¹ In dieser Arbeit werden für die untersuchten Fälle die Worte Affäre, Skandal und Fall synonym verwendet und werden so genutzt, wie sich die Fälle begrifflich ins kollektive Gedächtnis eingeprägt haben.

Assertive Selbstdarstellung	Sympathien erzeugen, Integrität und Kompetenz darstellen
Defensive Selbstdarstellung	Leugnen, Umdeuten, Rechtfertigen, Verantwortung reduzieren
Offensive Selbstdarstellung	Angriff gegen Quelle des Vorwurfs, Direkte oder indirekte Abwertung des/ der politischen Gegner*in

(Astrid Schütz, 2000, S. 201)

Assertive Selbstdarstellung wird dann von Politiker*innen eingesetzt, wenn diese Sympathien generieren wollen, etwa im Wahlkampf durch Wahlversprechungen und die Darstellung als „Mensch, wie du und ich“ (Schütz, ebd.)

Integrität wird versucht herzustellen, in dem der/ die Politiker*in angibt, sich von moralischen Werten und Ethik leiten zu lassen. Quasi als Darstellung eines tadellosen Charakters. (Vgl. ebd.)

Kompetenz will durch Hervorhebung von Erfolgen, auch Wahlerfolgen, hergestellt werden.

Defensive Selbstdarstellung wird genutzt, wenn sich ein/e Politiker*in bei Kritik und/oder Vorwürfen des Fehlverhaltens verteidigen muss, etwa bei Korruptionsvorwürfen und politischen Skandalen. (Vgl. Schütz, ebd.) Es gibt unterschiedliche Stufen der defensiven Selbstdarstellung, die sich anhand des Grades unterscheiden lassen, wie viel Schuld oder Verantwortung eine beschuldigte Person übernimmt (Vgl. ebd. S. 202)

Dabei sind die Stufen:

Leugnen: Leugnen und Abstreiten. Dabei hat entweder der Vorfall nicht stattgefunden oder aber der Beschuldigte weist jedwede Schuld von sich. Schütz formuliert die Kernaussage: „Ich hab’s nie getan“ (ebd. S. 204)

Umdeuten: Der Vorfall habe stattgefunden aber das Ereignis und der Ablauf sei anders, weniger negativ, zu deuten. In diese Kategorie fiele auch die Richtigstellung. Schütz formuliert die Kernaussage: „Es war nicht so, sondern anders“ (ebd. S. 205)

Bestreiten der Urheberschaft: Das Ereignis ist zwar real, aber die/den Beschuldigten treffe keine Schuld. Schütz formuliert die Kernaussage: „Ich hab’s nicht getan“ (ebd. S. 205) **Rechtfertigen:** Da Ereignis hat stattgefunden und der/ die Beschuldigte habe es auch verursacht, allerdings sei es unausweichlich oder notwendig gewesen. Schütz formuliert die Kernaussage: „Es war unausweichlich“ (ebd. S. 205 f)

Bestreiten der Kontrollfähigkeit: Der/die Beschuldigte hat getan, was ihr/ihm vorgeworfen wird. Allerdings sei die Person aufgrund geistiger oder körperlicher Verfassung nicht vollschildfähig. Affekthandlungen, Alkohol- und Drogen-induzierte Zustände und daraus resultierende Handlungen

wären hier als Beispiel zu nennen. Schütz formuliert die Kernaussage: „Ich kann nichts dafür“ oder „das wollte ich nicht“ (ebd. S. 206)¹²

Verhindern der Etikettierung: Weder Schuld noch Ereignis können geleugnet oder verharmlost werden, allerdings verweist der/die Beschuldigte auf die Einmaligkeit des Ereignisses. (Vgl. ebd.)

Bitten um Verzeihung: Durch das Schuldeingeständnis und das Bitten um Verzeihung versucht der/die Beschuldigte, das Ereignis oder dessen Implikationen nicht schönzureden. Durch eine Entschuldigung aber soll der Anschein vermittelt werden, die Person würde Verantwortung übernehmen. Bei Amtsträger*innen ist das Bitten-um-Verzeihung häufig mit Rücktritt aus dem Amt verbunden.¹³ (Vgl. ebd.)

Dabei muss der/die Beschuldigte die Stufe der Selbstdarstellung wählen, die zwischen möglichst erfolgreicher Schadensvermeidung/Schuldeingeständnis und Plausibilität (wie viel ist bekannt, wird aufgedeckt?) liegt. Dabei müssen zwei Bereiche abgewogen werden: „Faktizität und die Negativität eines Ereignisses“ (Schütz, ebd. S. 203) und die Frage nach der Schuld des/der Beschuldigten.

Auch Schweigen beziehungsweise bewusstes Nicht-Reagieren des/der Beschuldigten, so es überhaupt schon ein/e Akteur*in als Verursacher*in bekannt ist, kann eine defensive Strategie sein.

Bei der **offensiven Selbstdarstellung** stellt sich eine Person durch ein Verhalten gegenüber eine/r Dritten dar. Entweder kann so Kritik durch einen Gegenangriff abgeschmettert werden oder politische Gegner*innen werden direkt oder indirekt abgewertet. (Vgl. ebd. S. 202)

Die defensiven Strategien können parallel angewandt werden und müssen keine aufeinander aufbauenden De-Eskalationsstufen sein. Zudem können die Strategien mit anderen aus den unterschiedlichen Kategorien der Selbstdarstellung gepaart werden oder sich abwechseln. (Vgl. ebd. S. 207)

So kann eine defensive Strategie, zum Beispiel Leugnen, mit der offensiven Strategie des Angriffs und Abwertung der Quelle der Kritik/des Vorwurfs und der assertiven Strategie der Betonung der eigenen Kompetenz des/der Beschuldigten kombiniert werden.

¹² Ein Beispiel hierfür wäre der österreichische Ex-Vizekanzler und Ex-FPÖ-Parteichef, der seine Malversationen, (Angebot des Erwerbs der Kronen Zeitung und Intervention, sowie die Vergabe staatlicher Aufträge an eine vermeintliche Oligarchen-Nichte) mit der Aussage „Es war eine besoffene G’schicht“ verteidigte. Hier wurde die Verursachung des „Korruptionsversuchs“ zwar eingestanden allerdings wurde die Schuld auf den Alkohol geschoben.

¹³ Heinz-Christian Strache ist nach der Veröffentlichung als Vize-Kanzler zurückgetreten.

e. Korruption als Gefahr für liberale Demokratie:

„Korruption im engeren Sinne bedeutet Bestechung, Stimmenkauf und Versuche finanzieller Einflußnahme in je konkreten Kontexten; in einem weiten, umfassenden Sinn verstanden, wird Korruption mit allgemeinen Verfall und sozialer Desintegration identifiziert und als Krankheit des gesamten politischen Körpers diagnostiziert“ (Bluhm, 2002, S.11)

Gelangt ein Fall der politischen Korruption an die Öffentlichkeit (durch den Akt der Aufdeckung auf die Bühne) gibt es, gesellschaftlich gesehen, unterschiedliche Reaktionen (eines mehr oder weniger aufnahmebereiten Publikum).

In manchen Staaten wird das politische System durch das Aufdecken des Korruptionsskandals erschüttert, anderenorts bekommt der Fall weniger Aufmerksamkeit. „Skandale und die gesellschaftlichen Reaktionsweisen sind für die politische Kultur und den demokratischen Entwicklungsstand eines Staates [...] sehr aufschlussreich.“ (Gehler/Sickinger, 1995, S. 11)

Reagiert die Bevölkerung erregt und mit einem Vertrauensverlust in die Politik und Demokratie, so kann das als Zeichen für ein sonst intaktes demokratisches System gedeutet werden. Ist das politische Beben schwächer oder bleibt gar ganz aus, kann man im Rückschluss deuten, dass das demokratische System nicht intakt ist oder in der Vergangenheit bereits häufiger durch politische Korruptionsfälle beschädigt wurde.

Das beschreiben auch Jana Rogge und Bernhard Kittel in ihrem Beitrag „Politisches Vertrauen in Europa: Das Zusammenwirken von Demokratiequalität und Korruption.“ in der *Zeitschrift für vergleichende Politikwissenschaft* (2014). Das Korruptionsvorkommen in einem Staat hat Einfluss auf das politische Vertrauen des Demos in das Regime und die Qualität der Demokratie. Jana Rogge und Bernhard Kittel gehen zudem davon aus, dass die Bevölkerung in Staaten mit einer hoher Demokratiequalität stärkere negative Effekte durch Korruption erfährt, ergo, dass das Vertrauen in die Demokratie stärker erschüttert werde als in Staaten mit niedriger Demokratiequalität. Weiters wird festgehalten, dass für den Erhalt einer Demokratie das Vertrauen in die Institutionen des Staates essenziell ist.

Zusammenfassend kann festgehalten werden: Eine funktionierende Demokratie braucht das Vertrauen des Demos in die politischen Institutionen. Bei den unterschiedlichen Versionen politischen Fehlverhaltens sei es insbesondere Korruption, die „das politische Vertrauen unterminiert“. (Rogge/Kittel, 2014, S. 156) Argumentiert wird das durch Studien, die zeigen, dass das Vertrauen in die Politik in jenen Staaten geringer ist, die ein höheres Korruptionsvorkommen haben. (Vgl. ebd.) Das Vertrauen wird durch Korruption eher unterwandert, wenn der Staat hohe demokratische Kategorien hat: Rechtsstaatlichkeit, Machtbeschränkung, Pressefreiheit und Gewaltenteilung als hohe Güter ihres staatlichen Selbstverständnisses erachtet und achtet (Vgl. ebd. S. 157), als jene in denen die Qualität ohnehin nicht oder geringer gegeben ist. Das liegt auch daran, dass der Demos die Demokratiequalität

an der Einhaltung der demokratischen Grundprinzipien misst. In Ländern, in denen die Grundprinzipien weitgehend nicht eingehalten werden, fiel die Korruption im Vergleich zu weiteren Verstößen gegen die Grundprinzipien weniger ins Gewicht, ergo würde es den Demos weniger erschüttern.

Letzteres verhält sich in Österreich nicht (oder noch nicht) so. Es wird eher davon ausgegangen, dass Österreich eine noch funktionierende liberale Demokratie hat. Auch wenn Österreich in unterschiedlichen Rankings unterschiedlicher Demokratiemessungen im vergangenen Jahrzehnt an Wert verloren hat.¹⁴

Allerdings: Eine liberale Demokratie, die funktioniert, bedeutet im Umkehrschluss nicht, dass dieses politische System historisch frei von politischer Korruption ist. Es bedeutet hingegen, dass die Skandale, sollten sie passieren, als gravierender wahrgenommen werden. Dies trifft auch auf Österreich zu. Dennoch ist die Demokratiequalität Österreichs vulnerabel, das Vertrauen des Demos in die liberale Demokratie nicht unerschütterlich. Je häufiger und gravierender Malversationen aber auch in Österreich sind, desto weniger Erschütterung würden sie im Laufe der Zeit auslösen, desto geringer wohl auch das Vertrauen der Bevölkerung

Durch die unterschiedliche Macht der rechtsstaatlichen Institutionen, deren Macht (Power) auch auf dem Glauben der Bevölkerung in sie beruht, ziehen politische Korruptionsfälle unterschiedliche persönliche und politische Konsequenzen nach sich. Wie Christian Brünner (Vgl. Brünner, 1981, S.13f) feststellt, reagieren Österreich und vergleichbare liberale Demokratien auf Korruptionsvorfälle mit parlamentarischen Untersuchungsausschüssen, Gerichtsverfahren und der Erarbeitung „neuer Kontrollinstrumente.“ (ebd.)

Das zeigt sich klar im Falle Österreichs. Die Aufdeckungen des Ibiza-Videos 2019 zog etliche Korruptionsermittlungen, weitere Aufdeckungen, mindestens zwei parlamentarische U-Ausschüsse, mehr Kompetenzen für den Rechnungshof und eine Verschärfung des Korruptionsstrafgesetzes sowie Verfahren gegen Amtsträger*innen, privatwirtschaftliche Personen und politischen Mitarbeiter*innen nach sich. Zum Beispiel: Nach Urteilen des Rechnungshofes, wonach die ÖVP 2019 die Wahlkampfkostenobergrenze überschritten hatte und nicht korrekt bilanziert hat, nivellierte die österreichische Bundesregierung das Korruptionsstrafrecht¹⁵ und das Parteienfinanzierungsgesetz¹⁶. Damit wird Christians Brünners gesellschaftliche Reaktion an einem praktischen Beispiel bestätigt.

Der Demokratiemonitor des österreichischen Forschungs- und Umfrageinstitut Foresight (bis 2024 operativ unter dem Namen Sora Institut) erhebt seit 2018 Daten zum Zustand der Demokratie in Österreich. Die Ergebnisse der Umfrage aus dem Jahr 2019, als die Veröffentlichung des Ibiza-Videos, Neuwahlen, Amtsenthebungen, Misstrauensvoten sowie etliche Korruptionsvorwürfe und -ermittlungen

¹⁴ Darauf wird im kommenden Abschnitt noch konkreter eingegangen.

¹⁵ Korruptionsstrafrechtsänderungsgesetz 2023 – KorrStrÄG 2023 (244/ME), beschlossen 7. Juli 2023

¹⁶ BGBl. I Nr. 125/2022

gegen Amtsträger*innen der Bundesregierung und Nationalratsabgeordnete ausgelöst hat, zeigen den Einfluss innenpolitischer Korruptionsvorwürfe auf das Vertrauen der Bevölkerung in das politische System. Während bei der Befragung 2018 noch 64 Prozent der Befragten angeben haben, sie glaubten an das politische System in Österreich, hatten aufgrund der innenpolitischen Entwicklungen (vgl. oben angeführt) 2019 nur noch 51 Prozent Vertrauen ins politische System. (Foresight Demokratiemonitor 2019 <https://www.demokratiemonitor.at/ergebnis/bundespraesident-faengt-erschuetterndes-systemvertrauen-auf/>) [1.11.2024]

Nicht unerwähnt bleiben darf hierbei allerdings, dass gleichzeitig das Vertrauen in der Bevölkerung in den Bundespräsidenten (zu diesem Zeitpunkt Alexander Van der Bellen) von 58 Prozent auf 67 Prozent gestiegen ist. (Vgl. Ebd.)

f. Corruption Perception Index

Korruption, so lässt sich postulieren, ist überall. Jedes politische, soziale und wirtschaftliche System weist Korruption auf. (Vgl. Bruckmüller, 2011, S. 8) Allerdings, wie Ernst Bruckmüller 2011 anführt, haben nicht alle Regionen und Staaten das gleiche Korruptionsausmaß. Darauf lässt nicht zuletzt der Korruptionsindex Corruption Perception Index (CPI) von Transparency International schließen. Der CPI ist ein wissenschaftliches Ranking der Non Governmental Organization (NGO) Transparency International (TI). Das Ranking von TI ist eigenen Angaben zufolge der meist verbreitete und meist genutzte Korruptionsindex weltweit.

Der CPI von Transparency International ist ein seit Jahrzehnten von Politik, Wissenschaft und Wirtschaft anerkanntes Messwerkzeug und Indikator für Korruption, das Daten zur Wahrnehmung beziehungsweise empfundenen Korruption in einem Staat erhebt und bereitstellt. (Vgl. Graf Lambsdorff, Johann, „Wie lässt sich Korruption messen? Der Korruptionsindex von Transparency International“, in: Jens Borchert (Hg.) „Politische Korruption“, 2000, S. 45)

Verlässliche Daten zu Korruption gibt es kaum, was wiederum daran liegt, dass rechtliche Verurteilungen oder Freisprüche nicht gleich Illegitimität von Verhalten politischer Akteur*innen ist. (Siehe oben). Zudem spielt die Wahrnehmung für diese Forschung eine große Rolle, da die Wahrnehmung zur Korruption untrennbar mit dem Vertrauen ins politische System zusammenhängt und weiters die Wahrnehmung durch die Sichtbarmachung und Einordnung durch Medien geschieht.

Beim CPI werden die Wahrnehmungen von Akteur*innen der Wirtschaft und Expert*innen eines gegebenen Staates erhoben, die beurteilen, wie korrupt der öffentliche Sektor ist. (Transparency International, „The ABCs of the CPI: How the Corruption Perceptions Index is calculated“, <https://www.transparency.org/en/news/how-cpi-scores-are-calculated> [4.1. 2023]) Durch den jährlichen Korruptionsindex lassen sich zumindest Entwicklungen der Korruptionsdichte festmachen.

Die Wahrnehmung der Befragten ist untrennbar mit Medien verbunden, da die Thematisierung von Korruption auf die kollektive Wahrnehmung von Korruption einzahlt. Beim CPI kann das dann zum Problem werden, wenn in einem untersuchten Staat keine freie Presse agiert, die über politische Skandale und Korruption berichtet und aufklären kann. (Vgl. Graf Lamsdorff, 2000, S. 58). Limitiert könnte das Problem werden durch die generelle Wahrnehmung einer Bevölkerung zum Zustand des Staates, indem also potenziell Befragte um den Umstand der politischen Korruption wissen, auch wenn keine freie Presse darüber berichtet.

Die Wahrnehmung des Demos hat ergo einen besonderen Aussagewert für die Demokratiequalität – auch in Österreich, wo, wie bereits geschildert, eine hohe Demokratiequalität herrscht.

Zum Vergleich: Dänemark, Neu Seeland und Finnland belegen im Ranking 2021 den ersten Platz. Sie erreichen 88 Punkte. Das heißt, die Expert*innen und Wirtschaftsakteur*innen nehmen im öffentlichen Sektor in diesen Ländern das geringste Korruptionsvorkommen wahr. Österreich schneidet schlechter ab. 2021 erreichte Österreich den 13. Platz mit 74 Punkten. Seit 2019, dem Jahr, in dem das Ibiza-Video veröffentlicht wurde und die ÖVP-FPÖ Regierung platzte, in dem aufgrund von Misstrauensvoten und Korruptionsvorwürfen Neuwahlen ausgerufen wurden und beinahe ständig neue politische Malversationen öffentlich wurden, wurde Österreich jährlich schlechter eingestuft. 2019 erreichte Österreich noch 77 Punkte und lag auf Platz 12. (Vgl. Transparency International Index 2019, <https://www.transparency.org/en/cpi/2019> [4.1.2023])¹⁷

Diese Entwicklung kann ebenfalls als Bestätigung des oben erläuterten Einflusses von politischer Korruption auf das Vertrauen der Bevölkerung in die Demokratie gewertet werden. Die Korruptionsverdachtsfälle der Administrationen Kurz I und II haben dazu geführt, dass Österreich im Corruption Perception Index abrutschte. Politische Korruption wird in der Öffentlichkeit debattiert, die rechtstaatlichen Instrumente schalten sich ein, Justiz und Presse arbeiten auf – ergo nimmt die Bevölkerung mehr Korruptionsvorkommen wahr.

In einer weiteren Forschung, die den Rahmen dieser Arbeit übersteigt, könnte man anhand der Liste des Corruption Index die Veränderungen der Platzierung evaluieren und sie mit Implementierungen von Kontrollmechanismen und anderen demokratischen Werkzeugen oder gesetzlichen Rahmenbildungen vergleichen und so feststellen, welche Mechanismen Korruption erleichtern oder behindern.

g. Historischer Abriss Politische Korruption in Österreich in der Zweiten Republik

Es gibt keinen Zeitpunkt in der Geschichte seit dem alten Ägypten und Babylon, der frei von Korruption war. (Vgl. Bruckmüller, 2011, S. 10) Auch religiöse Institutionen wie die katholische Kirche sind nicht

¹⁷ <https://www.transparency.org/en/cpi/2021> auf der Website von Transparency International kann man die Korruptionsindex bis 1995 zurückverfolgen und die Entwicklungen unterschiedlicher Staaten vergleichen.

frei von Korruption. Ein viel kritisiertes und offizielles Korruptionssystem ist der Ablasshandel der katholischen Kirche gewesen.

Das Mittelalter bildete eine Phase mit weniger klassischer Korruption. Das liegt an den bloßen Tatsachen, dass Geld knapp war und die Gesellschaft so strukturiert, dass man vor allem durch körperliche Kraft und durch den von Geburt gegebenen Status an Positionen bei Kaisern, Königen und Fürsten kam und weniger durch Bestechung und korruptes Verhalten. (Vgl. Bruckmüller, 2011, S.10)

Bruckmüller bezieht sich auf den Rechtshistoriker Willhelm Brauner (Vgl. auch Willhelm Brauner: „Korruption als historisches Phänomen“ in: Brünner (Hg.): „Korruption und Gesellschaft“, 1981, S. 97f), der anmerkt, dass Korruption zu einem elementaren Problem wurde, als der „moderne (Beamten-)Staat“ entstand. (Bruckmüller, 2011. S. 10 nach Brauner, S. 97). Dann nämlich trat die sogenannte Stellvertreter-Korruption in Kraft, da der Beamte im Namen des Herrschenden Entscheidungen treffen konnte und aufgrund dieser Entscheidungsmacht empfänglich für materielle Bestechungen war. (Vgl. Bruckmüller 2011, S. 10)

Ein Problembewusstsein des Machtapparates sorgte für erste Antikorruptionsmaßnahmen. Die Dienstprofile der Posten wurden konkretisiert; das Geschenkannahmeverbot wurde in den Beamteneid geschrieben; die Beamten wurden ausreichend entlohnt und kontrolliert, um Korruptionsmotivation zu minimieren. Werden Beamte ausreichend bezahlt, reduziert sich der Mehrwert der Korruption und Bestechung. So wollte man dem Korruptionspotenzial vorgreifen. (Vgl. Bruckmüller S. 11f) ¹⁸

Im liberalen Bürgertum wurden hingegen im Zuge der französischen Revolution „Korruption und Freunderlwirtschaft wahre Orgien gefeiert“ (Alfred Stürminger „Die Korruption in der Weltgeschichte“, München/Wien, 1982, S. 86f). Grund waren in der französischen Revolution zu Geld gekommene Bürgerliche, die „ihre nun errungene bürgerliche Freiheit auch ordentlich ausnutzen wollten“ (Bruckmüller, 2011, S. 12 nach Stürminger 1982)

Das 20. Jahrhundert bot neuerlich Korruptionspotenzial. Allen voran durch neue Akteur*innen, die mitmischten. Darunter Staaten, Parteien, Unternehmen. So sollen laut Bruckmüller in einigen Staaten mafiose Vereinigungen zentrale Teile der Wirtschaft kontrollieren¹⁹. (Vgl. ebd. S. 15)

Neben den im 18. Jahrhundert reformierten Beamtenstaaten, die durch aufgewertetes Gehalt, Kontrollen und Berufsprofile Korruption weitgehend verhindern sollten, hat der Wohlfahrts- und Wirtschaftsstaat das oben bereits genannte Problem der monopolistischen Nachfrageposition. (Vgl. Kapitel 3.b.i.)

Im modernen Verfassungsstaat soll dieser durch parlamentarische Budgetkontrolle und Gewaltenteilung eingeschränkt werden. Hierzu sind Rechnungshöfe errichtet worden, die Verstöße

¹⁸ Gendern der Beamten ist zu diesem Zeitpunkt nicht nötig, da diese Posten nur von Männern besetzt wurden.

¹⁹ Ob dies nicht nach wie vor in manchen Regionen der Fall ist, kann nicht ausgeschlossen werden.

gegen das Gesetz ahnden sollten. (In Österreich wird dem Rechnungshof mit dem neuen Parteienfinanzierungsgesetz 2022 mehr Kontrollkompetenz erteilt.)

In diesen gewaltenteiligen Verfassungsstaaten bildet sich allerdings durch die Entwicklung des Parteienstaates eine politische korruptionsbegünstigende Situation. Der Parteienstaat weicht von der liberalen Theorie des gewaltenteiligen Verfassungsstaates ab, der in Justiz, Verwaltung und Gesetzgebung geteilt sein sollte. Die Gewaltenteilung ist bedroht, wenn durch die die Mehrheit innehabende Parlamentspartei Verwaltung und Gesetzgebung verwoben werden und die Staatsanwaltschaft, damit die Justiz, einem durch die Partei besetzten Justizministerium weisungsgebunden ist. (Vgl. ebd. S. 21), wie es in Österreich der Fall ist. Bruckmüller nennt dieses System Parteienstaat. Auch in Österreich ist die Staatsanwaltschaft dem Justizministerium weisungsunterstellt. (Vgl. Sickinger, 2011, S. 111ff.)

Und Österreich ist bei der politischen Korruption kein Einzelfall. Michael Gehler und Hubert Sickinger beschreiben im Einleitungskapitel zum Sammelband „Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim“ (1995), dass die Häufung der Affären in den 1980er Jahren kein rein österreichisches Phänomen ist, sondern dass man diese Entwicklungen global beobachten konnte. (Vgl. Gehler/ Sickinger, 1995, S. 9)

Durch die Hochkonjunktur der Berichterstattung der Malversationen in Österreich aber in den 1980er Jahren, in denen über Skandale wie AKH, Lucona, Noricum medial viel berichtet wurde, entstand der Eindruck, dass diese Zeit in Österreich eine besonders korrupte war. Sickinger widerspricht dieser Wahrnehmung. Er postuliert hingegen, dass sich nur der öffentliche Umgang mit entsprechenden Skandalen verändert hätte. Breits in den Anfängen der zweiten Republik gab es eine, so Sickinger „viel stärkere Verbreitung von Korruption“. (Sickinger, 2011, S. 114). Sickinger argumentiert, dass die „Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg [...] mit Sicherheit die Phase in der Zweiten Republik waren, in der Korruption am meisten verbreitet war.“ (Sickinger S. 120 f in Bruckmüller, 2011)

Auch die Jahre 2002 und 2006 weisen besonders viele Polit-Skandale auf. Das Polit-Jahr 2006 ist gezeichnet von BUWOG-Skandal, Karl Heinz Grassner, der Eurofighter-Beschaffung oder dem der BAWAG-Skandal. (Vgl. Sickinger, S. 114, 2011)

Einige dieser Causae beschäftigten die Justiz noch heute im Jahr 2024. Sickinger analysiert im zitierten Aufsatz, dass die Skandalfälle nicht in ihrem Ausmaß ins kollektive Bewusstsein übergegangen sind, weil die Erinnerungen die Polit-Affären der 1980er Jahren noch nachhallten.

Im Österreich der zweiten Republik herrschte in den 1940er bis 1970er, vor allem aber in den 1960er bis 1970er Jahren eine politische Lagertrennung in ÖVP und SPÖ. Beide Parteien verzeichneten 600.000 – 700.000 Parteimitglieder, mit denen auch eine „Parteibuchwirtschaft“ einherging. Aber beide Parteien, bis zur absoluten Mandatsmehrheit der ÖVP 1966, brauchten einander für eine große Koalition aus ÖVP und SPÖ. Der Staat wurde im Proporz aufgeteilt – aber jene mit Parteibuch profitierten. Nach dem Ende

des zweiten Weltkriegs 1945 wurden wichtige Posten des Verwaltungs-, Industrie-, Bankensektors nach der „richtigen“ Parteizugehörigkeit vergeben. (Vgl. ebd. S. 115f). Die Partei-Patronage ging in weiten Teilen auch in die Vergabe von Sozialleistungen, etwa Gemeindewohnungen über. (Vgl. Ebd.)

Die gesellschaftliche und politische Situation des Nachkriegs-Österreich mit den zu integrierenden vormals Illegalen, Verfolgten und ehemaligen Nationalsozialisten, gepaart mit der wirtschaftlichen Situation und „extensiver Schattenwirtschaft“ führt zu Anomie und weitverbreiteter Korruption“. (Sickinger, 2011, S. 116 nach Roman Sandgruber: „Ökonomie und Politik“ Wien, 1995, S. 448f)

In der Nachkriegszeit ging das von Nationalsozialisten enteignete Eigentum, das dann sogenannte „deutsches Eigentum“ wurde, an die öffentliche Verwaltung, die zum Teil zum eigenen Nutzen handelte. (Siehe Kapitel Krauland-Skandal.) Die erlaubten Parteien SPÖ, ÖVP und KPÖ hatten großes politisches Interesse, nach 1945 kritische Unternehmen, die sie in ihrem politischen Wettkampf nutzen konnten, in ihrem Einflussbereich zu haben. Besonders wertvoll waren da Papierfabriken, Druckereien und Medienhäuser. (Vgl. Sickinger, S. 116).

Von „massenhafter politischer Kleinkorruption“ spricht Hubert Sickinger bei der „Parteibuchwirtschaft“ in der Zeit von 1945 – 1970. Das ließe sich auch durch repräsentative Umfragen der Parteianhänger*innen belegen, so postuliert Sickinger, da die Anhänger*innen ihre Mitgliedschaft mit „beruflichen und sozialpolitischen Vorteilen“ begründeten (ebd. S. 117).

Diese Parteibuchwirtschaft und der Verwaltungsapparat, der im Einflussbereich der parteipolitischen Interessen und Individualinteressen von Regierungsmitgliedern und Nationalratsabgeordneten liegt, resultiert in einer Patronage und fragwürdigen Klientelpolitik, so Sickinger. Sie beeinflusst(e) einerseits „das interventionsorientierte Rollenbild österreichischer Politiker“ (ebd.), andererseits führt es zu „politisch motivierten Formen des Amtsmissbrauches“ in der öffentlichen Verwaltung. (ebd. S.118). Die parteipolitisch besetzten Posten ergingen sich in politischer Kontrolle der Ressortspitze der Exekutive, die entsprechende Korruptionsfälle ermittelt und ahnden sollte. (Vgl. ebd.). Problematisch ist - und war es auch in der Nachkriegszeit - dass die Justiz sich von politischer Kontrolle relativ unabhängig halten konnte, jedoch ist sie, wie bereits an vorangegangener Stelle erläutert, bei Anklageerhebung dem politisch besetzten Justizministerium und den Oberstaatsanwaltschaften weisungsgebunden. Bei öffentlichkeitsrelevanten Causae muss bis heute an das Justizministerium schon bei Ermittlungsbeginn Report gegeben werden (Vgl. ebd.)

Veruntreuung, Bestechung und Unterschlagung waren in der Zweiten Republik als gängige Malversationen ins kollektive Gedächtnis eingegangen. Sickinger argumentiert, dass aber nur gerichtlich aufgearbeitete Fälle von Korruption nachhaltig Eindruck im Demos machten. (Vgl. ebd. S.120)

Erst in den 1960er Jahren kam es zu judikativen Anti-Korruptionsmaßnahmen. 1964 wurde das erste Antikorruptionsgesetz verabschiedet, das Straftatbestände im Strafgesetzbuch verschärfte und den

Straftatbestand „Verbotene Intervention“ einführt, das aber tatsächlich bis in die 1990er Jahre „totes Recht“ war, da es nicht zur Anwendung kam. (ebd.)

In den Jahren nach 1970 wurden Korruptionsfälle und die Strukturen dahinter mehr in den Fokus gerückt. (Vgl. ebd. S. 121) Zusätzlich haben sich bis in die 1980er Jahre auch die politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen stark geändert: Einerseits verschwand das „Kernmilieu der Großparteien“, wie Bauern und Industriearbeiter. Zusätzlich verlor die katholische Kirche an gesellschaftlichen Einfluss, was sich auch am Rückgang der wöchentlichen Kirchengänge ablesen lässt. Hubert Sickinger folgert, dass daraus auch die Lager-, beziehungsweise Parteibindung der Wählerschaft nachließ, Wechselwähler*innen und Nichtwähler*innen wurden mehr. (ebd.)

Gleichzeitig veränderte sich die Medienlandschaft. Parteizeitungen wurden vom Massenmedium zum Nischenblatt und nunmehr vom harten Parteikern konsumiert, ab den 1990er Jahren verloren sie fast gänzlich an Bedeutung. Anfang der 1970er Jahre beendete die ÖVP ihre Parteizeitung *Kleines Volksblatt*, Ende der 1980er Jahre stellt auch die *Arbeiter Zeitung* der SPÖ die Produktion ein. (Vgl. ebd.)

Da das Fernsehen das wichtigste innenpolitische Medium wurde, wurde Innenpolitik TV-tauglich inszeniert. Die „Skandalberichte ab den 1980er Jahren (beginnend mit dem AKH-Skandal) beziehungsweise Berichte über innerparteiliche Konflikte brachten (etwa zwischen Kreisky und Hannes Androsch) die Parteien zunehmend unter Stress“. (ebd. S122)

Ab den 1980er Jahren wurde die Subalternpatronage (Vergabe Gemeindewohnungen und „niederrangiger Posten im öffentlichen Dienst“ (ebd. S.123) weniger, was auf die zunehmende Privatisierung großer Infrastrukturunternehmen zurückzuführen ist, wodurch Parteien ihren Einfluss verloren. Anders als Versorgungsunternehmen im Staatseigentum, bei denen politischer Einfluss ungebrochen blieb. (Vgl. ebd.)

Auch das Strafmaß und damit der judikative Umgang veränderte sich und gilt mit Novellen bis heute. „Strafbar sind Einflusszahlungen an Politiker*innen oder Nationalratsabgeordnete, und Regierungsmitglieder, wenn ein direktes Gegengeschäft für ein amtliches Handeln nachweisbar sind“ (ebd. S.126)

Das Problem dabei ist aber, dass dies schwer nachzuweisen ist. Die Justizbeamt*innen und Staatsanwäl*innen schrecken daher im Angesicht des öffentlichen Drucks, wenn es sich um eine politische Person handelt, vor einer Anklage häufig zurück. Dadurch können Politiker*innen Anschuldigungen in der Öffentlichkeit von sich weisen und auf eine mögliche, aber wie beschrieben eher unwahrscheinliche Klärung vor Gericht verweisen.

Weil eben Gerichte bei politischen Akteuren häufig zögern und Lücken im Korruptionsstrafrecht und der Parteienfinanzierung bestehen, bleiben mutmaßliche Korruptionsgeschehen und Einflusszahlungen häufig folgenlos, argumentiert Sickinger weiter (Ebd. S. 127)

Ein Kontrollinstrument ist der bereits genannte österreichische Rechnungshof. Er übernimmt seit den 1960er Jahren in Österreich eine wichtige „indirekte Korruptionskontrolle“ (Ebd.). Die Berichte bei Parteienfinanzierungsvergehen oder auch anderen Übertretungen im öffentlichen Dienst haben mediale Debatten angestoßen und häufig Anti-Korruptionsreformen ermöglicht. (Vgl. Ebd.)

De facto handelt es sich bei „Skandalwellen“ Anfang der 2000er Jahre und zuvor in den 1980er Jahren (Ebd.) aber nicht um eine Häufung von Korruptionsfällen. Das Aufkommen/Aufdecken der Skandale hängt viel mehr mit zwei konkreten Punkten zusammen. Einerseits der bereits erwähnten lückenhaften rechtlichen Durchschlagskraft, die einerseits auf rudimentären Straftatbeständen beruhten und andererseits auf dem zögerlichen Handeln der Staatsanwält*innen. Weshalb einige Fälle nie vor Gericht landeten. Andererseits aber auch an der medialen Präsenz politischer Korruption. Die Wahrnehmung hängt also damit zusammen, ob Fälle in den Medien aufgegriffen und skandalisiert wurden oder ob die mediale Berichterstattung ausblieb, die Malversationen also für die „Täter*innen“ folgenlos blieben.

Zudem bezeichnet Hubert Sickinger die Skandal-Zeiten der 1980er Jahre und der 2000er Jahre eher als eine „Neu-Thematisierung an sich informeller oft bekannter Fakten“ (Ebd. S. 130), wogegen die Nachkriegszeit der 1940er – bis 19760er Jahre die Korruptions-intensivste Zeit der zweiten Republik war.

Freilich ist hier anzumerken, dass die jüngste österreichische Korruptionsgeschichte der Regierung Sebastian Kurz II derzeit noch juristisch, politisch und journalistisch aufgearbeitet wird, eine politikgeschichtliche- bzw zeitgeschichtliche Einordnung kann zu diesem Zeitpunkt von der Autorin noch nicht vorgenommen werden. Es lassen sich aber Folgen der Malversationen unter der Administration Kurz und davor feststellen: Rücktritte, Neuwahlen sowie die Casag- Ermittlungen und Verfahren. Bezieht man die Folgerung Sickingers auf die Entwicklungen 2019, so waren die Konsequenzen wohl auch deshalb so groß, weil die Aufdeckung durch das „skandalöse“ Ibiza-Video medial enorme Aufmerksamkeit und dadurch Reaktion beim Demos ausgelöst hat.

h. Rolle der Massenmedien: historisch und theoretisch

Wie bereits postuliert, hat jede Gesellschaft mit all ihren inhärenten politischen und demokratischen Instrumenten und der Reaktion der Bevölkerung auf Malversationen, einen ihrem Zustand entsprechenden individuellen Umgang/Ausgang. In vergleichbar intakten Demokratien gibt es allerdings vergleichbare Reaktionen, etwa Vertrauensverlust oder auch politische und juristische Konsequenzen, wie oben erläutert.

Den Effekten auf das Vertrauen des Demos und den juristischen und politischen Folgen (sollte es überhaupt welche geben) geht allerdings, wie bereits kurz thematisiert, eine öffentliche Auseinandersetzung nach der Aufdeckung voraus, die vor allem durch Medien und Presse dirigiert wird und die die „Öffentlichkeit“ darstellt.

Ein typisch österreichischer Reflex oder eine gezielte Strategie, die in Österreich häufig zum Einsatz komme, ist eine Art abgewandelte Täter*innen-Umkehr. Das „öffentliche“ Österreich stilisiert im Umgang mit „unangenehmen Fakten, mit Korruption“ den/die Korrupte*n (also den/ die Täter*in) zum Opfer eines medialen (Feld)zuges gegen ihn/sie und macht die Aufdecker*in, die Presse, denjenigen/diejenige der/die die Causa öffentlich macht, zum „Übeltäter“ beziehungsweise zu einer Exekutive eines/ einer politischen Gegner*in. (Werner Berninger, 2011, S. 167).

In liberalen Demokratien erfüllen Medien und Presse gesellschaftlich die Rolle der Watchdogs, der Aufpasser*in und Kontrolleur*innen. Die freie und unabhängige Presse ist die vierte Macht in der liberalen Demokratie. Als Watchdogs decken sie Korruptionsfälle und Malversationen auf und ordnen diese „Skandale“ gesellschaftlich und politisch ein. Diese Rolle ist ihnen unbestritten und kann daher auch behauptet werden. Für die Forschung dieser Arbeit muss die Presselandschaft Österreichs in der zweiten Republik und davor beleuchtet und verstanden werden, wie politische Berichterstattung in Österreich funktioniert hat und sich entwickelt hat:

In der Zwischenkriegs- und Nachkriegszeit des zwanzigsten Jahrhunderts gab es in Österreich hauptsächlich Partei-, parteinahe Zeitungen/ Presse und Pressemedien der Besatzungsmächte. Die Tageszeitung der *Kurier*²⁰ etwa ist eine Zeitung, die von der amerikanischen Besatzungsmacht gegründet wurde.

In der Nachkriegszeit hat Korruption und haben politische Skandale weniger Einfluss auf die liberale Demokratie oder zumindest auf das Wähler*innenverhalten. Das liegt daran, dass Parteizeitungen, die hauptsächlich vom eigenen Lager konsumiert wurden, eher dazu tendierten Verfehlungen nur dann zu skandalisieren, wenn sie im Kontrahent*innen „Lager“ stattfanden und den Gegen*innen daher schaden. Die Anzahl der Wechselwähler*innen war sehr gering. Unabhängige Medien wurden nur wenig „lagerübergreifen“ konsumiert. (Vgl. Sickinger, 2011, S. 119)

Parteizeitungen konnten durch die Nähe zur Politik besser wirtschaften als eine unabhängige Presse. 1955 bis 1958 hatten erstere eine größere Reichweite und Auflage bis parteiunabhängige Zeitungen aufholten. Bis 1967 kontrollierte die Politik Radio und Fernsehen. Inhalte wurden politisch nach dem Proporzregime aufgeteilt. Durch die Rundfunkreform des Jahres 1967 konnte der ORF (Öffentlich

²⁰ Aus Gründen der Transparenz muss an dieser Stelle angemerkt werden, dass die Autorin dieser Masterarbeit als Redakteurin der Tageszeitung KURIER beschäftigt ist.

Rechtlicher Rundfunk Österreichs) seine Berichterstattung ausweiten und sich weitestgehend von Parteipolitik unabhängig machen. (Vgl. Sickinger, 2011, S. 119)

Die nächste mediale Veränderung geschah in den 1970er Jahren, als immer mehr TV-Geräte in die Haushalte einzogen. TV-Berichterstattung wurde zum „innenpolitischen Leitmedium“ (Ebd.)

Der Enthüllungsjournalismus erlangte in den 1990er Jahren seinen Höhepunkt. Dabei hatte das 1970 gegründete Enthüllungsmagazin *Profil* eine Vorreiterrolle. Dazu kam die konservative Wochenpresse, die spätere *Wirtschaftswoche Österreich* und in den 1990er Jahren das SPÖ-nahe Monatsmagazin *Basta* und das *NEWS Magazin*. (Vgl. Ebd. S.124)

Mit der wachsenden Nutzung des Internets ab den 1990er Jahren verloren Zeitungen und Magazine weitgehend die „Gate-Keeper“-Funktion. Gleichzeitig wurden die von Werbeaufträgen (auch durch die „öffentliche Hand“) stark abhängigen Gratis-Zeitungen wie *Heute* oder *Österreich* gegründet. Der ORF verlor durch Kabel- und Satellitenfernsehen massiv an Reichweite. (Vgl. Ebd. S. 125) Sickinger erläutert daher, dass die Medienlandschaft sich Ende des Jahrhunderts stark fragmentierte.

Innenpolitisch bedeutete das für Skandalisierungen von Polit-Affären eine neue Verteilung der Gate-Keeper-Funktion der öffentlichen Wahrnehmung und politischen Konsequenz bei Korruptionsfällen. Diese Aufgabe fiel zunehmend der Boulevardzeitung *Kronenzeitung* und dem ORF zu. Sollten ORF und *Kronenzeitung* die Skandalisierungen nicht groß debattieren, sondern nur, wenn überhaupt, eine kurze Meldung bringen, hatten betroffene Politiker große Chancen, den Skandal politisch zu überleben (Vgl.Ebd.).

Der Umgang der Aufdecker*innen mit einem Korruptionsfall bestimmte und bestimmt wohl noch heute in Österreich nicht nur die Funktionsfähigkeit einer intakten liberalen Demokratie, sondern auch das Ausmaß eines Skandals.

Dennoch: Zeithistoriker Oliver Rathkolb gibt in seiner Monografie „Paradoxe Republik. Österreich 1945 – 2015“, (2015, Wien) an, dass der Glaube, Österreichs Presselandschaft könne immer ungehindert und frei über Korruption in der österreichischen Politik berichten, nicht der Realität entspreche, da politischer Druck zu fürchten sein könnte. Als Beispiel führt Rathkolb den Fall des ehemaligen ÖVP-Innenministers und Delegationsleiter beim Europäischen Parlament, Ernst Strasser, an. Ursprünglich wollte ein österreichischer Brüssel-Korrespondent über die Bestechlichkeit Strassers recherchieren. Seine Redaktion aber habe Strassers Netzwerk gefürchtet und weitere Recherchen daher untersagt. Besagter Journalist soll den Tipp an zwei Journalist*innen der britischen *Sunday Times* weitergegeben haben, die Strasser dann die Video-Falle stellten, mit der sie den Bestechungsversuch mit Strasser aufzeichneten²¹. (Vgl. Rathkolb, 2015, S. 154f.)

²¹Ernst Strasser hatte damals angeboten EU-Gesetze im Gegenzug für eine Zahlung von 100.000 Euro nach Wunsch der Bestecher*innen zu beeinflussen

Genau dieser Umgang unterschiedlicher Zeitungen wird Teil der Analyse sein, damit eruiert werden kann, mit welcher Strategie manche Zeitungen einen Korruptionsfall in der Öffentlichkeit „skandalisieren“ oder aufgrund ihrer Nähe zur politischen Partei des Korrupten oder zu ihm/ ihr persönlich, kleinhalten (potenziell mit der Absicht Konsequenzen für Person oder Partei zu verhindern).

i. Blattlinien des Zeitungssamples

In der Analyse für diese Arbeit wurden fünf unterschiedliche österreichische Zeitungen ausgewählt. Im Folgenden möchte ich kurz erklären, warum sie ausgewählt wurden und welche Erkenntnisse erwartet werden.

Die *Kronen Zeitung* wurde ausgewählt, da sie über den gesamten Zeitverlauf der Analysebeispiele rund um Franz Olah 1955-1965 und auch zu Zeiten der BUWOG-Causa erschien und als Boulevardzeitung den öffentlichen Diskurs mitbestimmt hat. Sickinger hat, wie im Kapitel zuvor zitiert, erläutert, dass die *Kronen Zeitung* eine enorme Gate-Keeper-Position innehatte und davon ausgegangen werden kann, dass die Konsequenz für ein/e korrupte Politiker*in vom Umgang der *Kronen Zeitung* mit der Causa zusammenhängen kann.

Die *Kronen Zeitung* wurde für diese Arbeit als Stellvertreter*innenmedium für den österreichischen Boulevard gewählt. Sie wurde 1958 von Hans Dichand erworben, nachdem die Vorgängerzeitung die *Kronen Zeitung* nach dem Einmarsch der Nationalsozialisten 1938 von ihnen kontrolliert und 1944 eingestellt wurde (Vgl. Die Geschichte der *Kronen Zeitung*, <https://www.krone.at/263526>, [1.10.2024]) Hans Dichand kaufte den Namen *Kronen Zeitung* 1958 und gründete eine *neue Kronen Zeitung* als Boulevard Zeitung, finanziell unterstützt von SPÖ-Politiker Franz Olah.

Ihr Wesen als Boulevard Zeitung macht ihren Umgang mit den politischen Korruptionsfällen interessant und wird die Frage beantworten, wie österreichische Boulevardzeitungen mit politischer Korruption umgehen und wie Korruptionsfälle skandalisiert werden.

Der Berichterstattung der *Kronen Zeitung* im Umgang mit dem Fall Franz Olah stellt einen besonderen Fall da, weil dadurch die narrativen Strategien eines Mediums untersucht werden kann, das zum Subjekt der Causa ein finanzielles Abhängigkeitsverhältnis hat. Der ehemalige SPÖ-Politiker hat den Kauf der *Kronen Zeitung* durch Hans Dichand 1958 maßgeblich finanziert. Eine Berichterstattung über den Skandalfall Olahs könnte also zu Gunsten Olahs ausgefallen sein. Auch ist zum jetzigen Zeitpunkt – vor der Diskursanalyse der *Kronen Zeitung* - zu erwarten, dass die *Kronen Zeitung* zugunsten Olahs gänzlich auf Berichterstattung zur Korruptionscausa Olah verzichtet hat.

In der Bearbeitung des gleichen Falles wird auch die Arbeiter Zeitung herangezogen. Sie (erschien bis 1991) wurde ab 1945 als offizielle SPÖ Parteizeitung produziert. (Wien Geschichte, Arbeiter Zeitung <https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Arbeiterzeitung> [10.1.2024])

Der Umgang in der Berichterstattung der SPÖ-Parteizeitung mit dem Skandal des SPÖ-Politikers Franz Olah beantwortet also die Frage, wie ein offiziell parteinahes Medium mit dem SPÖ-Fall umgeht und welche Strategien hier angewandt werden. Auch hier ist zu erwarten, dass zugunsten Olahs legitimierend und nicht skandalisierend – wenn überhaupt - berichtet wurde.

Die Zeitung *die Presse* und ihre Wochenausgabe die *Wochenpresse* wurde 1848 von August Zang gegründet. In einer Neuauflage wurde sie von Ernst Molden 1946 neu als Wochenzeitung, ab 1948 dann als Tageszeitung produziert. Sie gilt als unabhängige „Qualitätszeitung“. Die Presse als Qualitätszeitung versteht sich als bürgerlich-liberale Zeitung. Die Werte der Presse, wie sie in ihrem Redaktionsstatut festgeschrieben sind, sind:

Unabhängigkeit von politischen Parteien, "bürgerlich-liberale Auffassungen auf einem gehobenen Niveau", "soziale Gerechtigkeit bei Aufrechterhaltung der Eigenverantwortlichkeit. Sie verteidigt die Grundfreiheiten und Menschenrechte und bekämpft alle Bestrebungen, die geeignet sind, diese Freiheiten und Rechte oder die demokratische rechtsstaatliche Gesellschaftsordnung zu gefährden". (Die Presse, Redaktionsstatut, (<https://www.diepresse.com/1418349/die-presse-redaktion-verhaltensregeln> [2.10.2024]))

Nach 1948 stand die Presse allerdings im Einflussbereich ÖVP-naher Wirtschaftskreise. Dabei waren Mautner-Markof-Konzern, Lauda-Konzern, Maurrig und Kapsreiter „Repräsentanten der Eigentümer“ (Rathkolb, 2015, S. 245) Letztere hat Julius Raab, damaliger Obmann des ÖVP-Wirtschaftsbundes, vertreten. Es gibt also eine nicht zu negierende ÖVP-Nähe in der Geschichte des Wiederaufbaus der Presse, allerdings auch zur Industrie, die, so postuliert Rathkolb, in „manchen Fragen größer war als zur ÖVP-Parteizentrale im Palais Todesco“ (Ebd.). Heute gilt *die Presse* als rechts der Mitte angesiedelt.

Die Berichterstattung der Presse gilt für alle drei Korruptionsfälle als Untersuchungsgegenstand, anhand dessen die „objektive“ Kommunikation einer selbstsogenannten Qualitätszeitung analysiert werden kann.

Das Volksblatt erschien zwischen 1967 und 1970 als ÖVP-Parteizeitung. Zuvor erschien es ab 1945 als ÖVP-Tageszeitung und war als offizielles Parteiorgan in die Partei eingegliedert. (Das Volksblatt, Austria Forum, TU Graz, https://austria-forum.org/af/AEIOU/Volksblatt_Tageszeitung [2.10.2024])

Es ist das Parteizeitungs-Äquivalent der Arbeiterzeitung für SPÖ. Das Volksblatt dient dieser Forschung als Analysegegenstand für die Frage, wie eine ÖVP-nahe Zeitung über die Malversationen eines ÖVP- und SPÖ-Politikers als politischer Gegner berichtet hat und beantwortet somit auch die Frage nach der narrativen Strategie von Partei-Zeitungen, wie es die Analysen der *Arbeiter Zeitung* macht.

Für den Krauland-Skandal wird auch die Berichterstattung der *Wiener Wochenausgabe* herangezogen, sie dient als Boulevard. Die Quellenlage zur Wiener Wochenausgabe ist dürftig. Allerdings sind ihre Ausgaben im Zeitschriften-Archiv der Wien Bibliothek zu finden. Außerdem wird an mehreren Stellen

der journalistischen und parlamentarischen Aufarbeitung von politischen Skandalen der Zweiten Republik auf die Berichterstattung der Wiener Wochenausgabe Bezug genommen. Sich selbst bezeichnet die Zeitung in einem Artikel über Malversationen von Peter Krauland als „parteiloses unabhängiges Blatt“ und habe es nicht „nötig, einer Partei nach dem Munde zu reden oder einer anderen eines auszuwischen“ (Wiener Wochenausgabe, 16. September 1950, S. 4) Das deutsche Magazin *Der Spiegel* schreibt am 20.2.1951 im Artikel „Zugunsten der Parteikasse“, dass die Wiener Wochenausgabe zu diesem Zeitpunkt mit einer Auflage von 300.000 Stück die größte Wochenzeitung Österreichs war. (Vgl. *Spiegel* vom 20.02.1951, 8/1951, „Zugunsten der Parteikasse“)

Zudem findet sich eine Wesensbeschreibung der *Wiener Wochenausgabe* im stenografischen Protokoll der 89. Sitzung des Nationalrates vom 14. Mai 1952. Darin zu lesen: „Die „Wiener Wochenausgabe“ war listig und munter und hat ebenfalls mit dicken Überschriften über Skandale usw. zu berichten gewusst.“ (Stenographisches Protokoll, 89.Sitzung des Nationalrat der Republik Österreich, IV. Gesetzgebungsperiode, am Mittwoch 14. Mai. 1952, https://www.parlament.gv.at/dokument/VI/NRSITZ/89/imfname_159661.pdf) [14.11.2024] Es kann also beschrieben werden, dass es sich hierbei um eine Boulevard-Zeitung mit großer Auflage handelte.

Zusammenfassend soll bei dem Sample festgestellt werden:

Wie Parteizeitungen bei politischen Gegnern skandalisieren und/oder bei den „eigenen“ legitimieren.

Wie der Boulevard skandalisiert und im Spezialfall von Franz Olah seinen Financier „deckt“, und wie und ob Qualitätszeitungen „objektiv“ berichten. Zusätzlich kann die Qualitätszeitung bei der Analyse als Kontroll-Analyse erachtet werden. Welche Narrative werden konstruiert, um gegebene Korruptionsfälle wie darzustellen und welche Wirkung wird dadurch erzielt?

4. SAMPLE

a. Der Krauland-Skandal

Der Krauland-Skandal rund um den ehemaligen Minister für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung Dr. Peter Krauland (ÖVP)²² gilt als erster großer Polit- und Korruptionsfall der Zweiten Republik. Krauland war Teil der ersten freigewählten Regierung der Zweiten Republik nach dem Zweiten Weltkrieg in der Regierung unter Leopold Figl (ÖVP). (Vgl. Julia Kopetzky „Die Affäre Krauland – oder: Die Aufteilung der Republik“, 2011, S. 131)

²² Peter Krauland wurde von Julius Raab in die Regierung geholt. Er war von 20. Dezember 1945 bis 8. November 1949 Minister für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung

1950 berichtete die Presse in Österreich über „Unregelmäßigkeiten im Zusammenhang mit der Verpachtung staatlicher Vermögensschaften“ (Kopetzky, „Die Affäre Krauland“, S.131 ebd.) des Ministeriums für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung unter dem VP-Politiker und ehemaligen Minister Peter Krauland. Das Ministerium war nach 1945 für die Neu- und Umverteilung der Vermögen nach dem zweiten Weltkrieg zuständig, ua. für die Restitution, Verwaltung des „Deutschen Eigentums“, die „verstaatlichte Industrie“, die Verteilung der ERP-Mittel. Beide Großparteien SPÖ und ÖVP hatten Interesse, die Verteilung zu ihren Gunsten zu beeinflussen. (Vgl. Ebd. S.132) Es wurde unterstellt, dass „Verpachtungen und Verkäufe der an die Republik verfallenden Vermögensschaften von Spenden an die Österreichische Volkspartei abhängig gemacht“ wurden (Vgl. Ebd. S.131)

Causa Guggenbacher Papierfabrik

Die Papierfabrik wurde unter den Nationalsozialisten enteignet und „arisiert“. Späterer Besitzer war der Nationalsozialist Adolf Sandner. Nach dem Ende des 2. Weltkriegs ging die Fabrik als „enteignetes Vermögen“ an die Republik Österreich. Der rechtmäßige und einzige überlebende Erbe Karl Ruhrmann und seine verwitwete Schwägerin Martha Ruhrmann beantragten eine Rückstellung, für die das Ministerium für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung zuständig war. (Vgl. Ebd. S. 142ff) Dem Rückstellungsantrag der Ruhrmanns gab das Gericht statt. Die Finanzprokuratur legte mit Unterschrift von Peter Krauland gegen das Urteil Berufung ein mit dem Vorwand, es solle Verfahrensfehler gegeben haben (Vgl. Ebd. S.144) Bei dem zweiten Verfahren entschied das Gericht gegen eine Rückstellung, weil das Unternehmen wegen Überschuldung schon vor der Enteignung nicht mehr im Besitz der Familie von Karl Ruhrmann gestanden haben soll (Vgl. Ebd. S. 145) Bei einer weiteren Berufung der Familie Ruhrmann kam es nicht zu einer „Berufungsentscheidung“ Krauland hatte als Minister Entscheidungsmacht und zögerte die Entscheidung über die Rückstellung lange hinaus (bis nach Nationalratswahl 1949) Erst unter dem späteren Finanzminister Eugen Margarétha 1950 wurde die Rückstellung positiv befunden. (Vgl. Ebd)

Zeitgleich wurde im Geheimen ein Pachtvertrag mit der Continental Papiergesellschaft m.b.H. verhandelt und 1947 unterzeichnet. Die Verpachtung erfolgte mit Unterschrift von Peter Krauland, sowie des Staatssekretärs Mantler und Dr. Fuchs aus dem Personalreferat II, einen Tag nachdem der Familie Ruhrmann der erste positive Rückstellungsbescheid ausgesprochen wurde. Der Pachtvertrag sah eine Verkaufsoption vor, sollten alle rechtlichen Rückstellungscausae geklärt sein. Dabei hätte die ÖVP allerdings Vorkaufsrecht eingeräumt bekommen (Vgl. Ebd. S. 147)

Später wurde gegen Krauland Anklage erhoben. Der Vorwurf gegen Krauland und sechs weitere Mitarbeiter lautete „§§ 101 und 102 a StG ihr Amt zum Schaden der Republik und zum Schaden der angeführten physischen und juristischen Personen missbraucht zu haben“ (Ebd. S. 142). Krauland wurde in einem von sechs Anklagepunkten (der Verpachtung der Papier- und Zellstofffabrik Guggenbach) als Beschuldigter geführt. Zudem wurde ihm (neben Ministeriumsmitarbeiter Dr. Ernst Schloissnigg) auch § 5 StG Mitschuld vorgeworfen (Vgl. Ebd. S. 142) In der Causa Guggenbacher Papierfabrik, in der

Krauland neben Dr. Wilhelm Kalousek angeklagt ware, sollen die Angeklagten die Fabrik „unverhältnismäßig günstig verpachtet“ haben. (Ebd. S.142) Die Zulage sowie nicht begründete Preisnachlässe beim Erwerb der Waren und Materialien für den Pächter wurden von einer Zahlung von 700.000 Schilling an die ÖVP abhängig gemacht, im Falle einer Veräußerung sollten weitere 1,8 Millionen Schilling an die Volkspartei gezahlt werden. Das Rückstellungsverfahren an die Erben der von den Nationalsozialisten enteigneten Fabrik Karl Ruhrmann und Martha Ruhrmann soll absichtlich verlängert worden sein. Angeblich habe Krauland weitere 1,8 Millionen Schilling für die ÖVP bei positiven Rückstellungsbescheid haben wollen, geht aus dem Anklageakt hervor (Vgl. Ebd.)

In den anderen Anklagepunkten soll politische Interventionen dazu geführt haben, dass Verpachtungen zugunsten von persönlichem Interesse der Angeklagten oder zugunsten eines Pachtwerbers unüberprüft vergeben worden sein sollen. (Vgl. Ebd. S. 143)

Es wurde bereits im Vorfeld der Ministeriumsgründung, nämlich während der Verhandlungen zur Regierungsvereinbarung, vermutet, dass die Verpachtung, Vermietung oder Veräußerung der Vermögen im Gegenzug für „parteipolitische Tribute“ beeinflusst werden könnten. Dazu zitiert Julia Kopetzky einen Brief von Gustav Wihreim an SPÖ-Parteikollegen Karl Waldbrunner, der ihn aufforderte, in der Regierungsvereinbarung festzuschreiben, dass eben keine Gegenleistungen in Form von

„parteipolitischen Tributen entweder mittel – oder unmittelbar abverlangt oder geleistet werden dürfen. [...] da die Tendenz augenfällig war, Ariseuren die Unternehmungen gegen die derzeitigen gesetzlichen Bestimmungen wieder zu überantworten, wenn sie bereit sind, einen Tributteil zugunsten der ÖVP zu leisten“ (Brief von Gustav Wihreim an Karl Waldbrunner, vom 21. Oktober 1949. Zitiert nach Julia Kopetzky, 2011, S. 133)

Krauland setzte keine parteinahen Personen in der Planungssektion des Ministeriums ein, sondern „Fachleute aus der Wirtschaft“. Darunter sollen auch ehemalige Nationalsozialisten aus der Wirtschaft gewesen sein. (Vgl. Ebd. S. 135).

Der parteipolitische Einfluss und die Interessen der Parteien wurden im Ministerium über zwei politische Abteilungen gesichert (Staatsekretariat war sozialistisch – sollte SPÖ Interessen im ÖVP-Ministerium sichern und ÖVP-Minister kontrollieren. Das Personalreferat war ÖVP-politisch besetzt und sollte die ÖVP- Interessen vertreten) Sie sollten die eigenen jeweiligen parteipolitischen Interessen sichern. In der Urteilsverkündung wurde kritisiert, dass die vertretenen Interessen entgegen der in der Verfassung festgeschriebenen Regelung parteipolitisch waren und nicht die Interessen der Allgemeinheit vertraten. (Vgl. Ebd. S. 137)

Im Herbst 1950 wurden die Vorwürfe öffentlich. Am 31. Jänner 1951 wurde Kraulands Immunität als Nationalratsabgeordneter aufgehoben. Im Juli 1951 wurde er aus der Volkspartei ausgeschlossen, er

verblieb als „wilder Abgeordneter“²³. Im November 1951 folgte die Festnahme wegen Amtsmissbrauch. Krauland war bis Juni 1952 in Untersuchungshaft. Erster Prozesstag war der 20. Jänner 1954, am 6. Juli 1954 wurde am Landgericht Wien für Strafsachen das Urteil gesprochen. (Vgl. Kopetzky S. 141 in Bruckmüller 2011) Krauland wurde nur in einem Punkt schuldig -aber straffrei - gesprochen. Das umstrittene Urteil „endete aber mit einer moralischen Verurteilung“ (Ebd. S. 138). Der Fall beendet auch Kraulands politische Karriere.

Presseberichte waren in der Aufklärung der Causa von Anfang an involviert. Am 16. September erhob das k-u.k-nahen Boulevard-Blatt *Wiener Wochenausgabe* als eines der ersten mit dem Artikel „Es stinkt im Staate Österreich“ (*Wiener Wochenausgabe*, 16. September 1950, S. 4) heftige Vorwürfe gegen den ehemaligen Minister Krauland. Im Magazin wird der vermeintlich Korrupte zum Rückzug aus der Politik aufgefordert und dämonisiert. In der Ausgabe des 30. September wurde der Artikel „Krauland, der Dämon Österreichs“ (*Wiener Wochenausgabe*, 30. September 1950, S. 4) getitelt. Am 14. Oktober fordert die *Wiener Wochenausgabe* den Rückzug Kraulands „Verschwinden Sie, Herr Krauland“. (*Wiener Wochenausgabe*, 14. Oktober 1950, S. 4) Einige dieser Artikel werden auch in der KDA zum Fall Krauland analysiert.

Im Prozess hat Peter Krauland die Anschuldigungen von sich gewiesen. Er sah sich als Opfer eines medialen „Verleumdungsfeldzugs“ gegen seine Person. (Aussage Peter Krauland, Krauland-Akt, Aktenzeichen 6Vr. 10.078/49, Bd. XVII, ONr. 527, Snr. 55v. zitiert nach Kopetzky, 2011, S. 140) Der Feldzug soll von politischen Kontrahent*innen gegen ihn gesteuert gewesen sein, postuliert der Angeklagte Krauland vor Gericht. „Beim geöffneten Fenster durch den Sommerwind werden solche Dinge nicht in die Redaktionsstube hineingetragen“, sagt Krauland im Prozess aus. (Vgl. Ebd.)

Bei der Urteilsverkündung am 6. Juli 1954 wurde Peter Krauland von der Anklage freigesprochen, obwohl er im Punkt schuldig gesprochen wurde: Er habe von der Zahlung der 700.000 Schilling an die ÖVP durch die Pächter gewusst und somit in Parteiinteresse und zum Nachteil der betroffenen Familie Ruhrmann und zum Nachteil des Staates gehandelt. Allerdings berief sich das Gericht auf das Amnestiegesetz von 1950. Krauland hatte sich nicht persönlich bereichert, jedoch als Parteimitglied im Interesse der Partei agiert. „Was allerdings der Rechtswidrigkeit seines Handelns keinen Abbruch tut“ (Vgl. Ebd. S. 160 zitiert nach Urteilsbegründung, Krauland Akt, Aktenzeichen 6Vr 10.078/49, Bd. XXX, ONr. 528, Snr. 435v.) Das Gericht befindet den „Tatbestand des Verbrechens des Missbrauches der Amtsgewalt in allen seinen Merkmalen erfüllt“ (Ebd. SNR. 433v) Das Gericht rechnete beim Freispruch aber dennoch einerseits den „sonst unbescholtenen Lebenswandel“ Kraulands an und andererseits auch die rechtstaatlichen Unklarheiten, denen Amtsführende in der Nachkriegszeit ausgesetzt gewesen sein sollen, erklärt Julia Kopetzky die Urteilsfindung. (Vgl. Kopetzky, 2011, S. 159)

²³ Abgeordnete/r zum Nationalrat ohne Parteizugehörigkeit.

Nach dem Freispruch erwarb Krauland Unternehmen und Anteile, die zuvor vom Ministerium für Vermögenssicherung und Planungswirtschaft verwaltet wurden. 1977 wurde er wegen des Straftatbestands der fahrlässigen Krida von 500 Millionen Schilling und Veruntreuung von 16 Millionen Schilling angeklagt. Der Prozess wurde eingestellt, da Krauland aus gesundheitlichen Gründen für verhandlungsunfähig erklärt wurde. (Vgl. Ebd. S.138)

Trotz der Lagerteilung der Nachkriegszeit wird von Historiker*innen und der Auslandspresse ein auffälliges Schweigen der SPÖ in der Causa bemerkt. So schreibt der Spiegel etwa in seiner Ausgabe vom 20.2.1951 im Artikel „Zugunsten der Parteikasse“, dass der Skandal durch einen Bericht der *Wiener Wochenausgabe* vom 16. September 1950 enthüllt wurde. Die *Wiener Wochenausgabe* war eine Wochenausgabe mit der zum damaligen Zeitpunkt größten Auflage von 300.000 Stück. „Es stinkt im Staate Oesterreich“ hieß es im Enthüllungsbericht vom 16. September. Dabei wurde, wie bereits dargelegt, über Kraulands Malversationen und Verwirschaftungen „deutschen Eigentums“ berichtet, die Österreich, das für Schaden haften muss, enormen wirtschaftlichen Schaden zugefügt hat. Er habe als Minister sein Amt missbraucht, um sich selbst zu bereichern. Er habe Unternehmen, an denen er beteiligt war, (Krauland Konzern) als Minister „deutsche“ Vermögenswerte verschafft und sie mit Rohstoffen und Devisen bestückt (Ebd.) Er habe seinen Ministeriumsmitarbeitern hochdotierte Posten in der Privatwirtschaft vergeben. Auch über die Bereicherung durch und unrechtmäßige Vergabe von der Guggenbacher Papierfabrik und dem Einheimsen des Verkaufsgeldes zugunsten der ÖVP wurde berichtet.

Krauland wird als „Dämon Oesterreichs“, „Feigling“ und „Wirtschaftsfreibeueter“ bezeichnet. Die ÖVP hielt sich lange zurück. Auch die Partei musste sich vor Gericht wegen Bereicherungsvorwürfen rechtfertigen.

Interessanterweise hielt sich aber auch die SPÖ bedeckt. Und das trotz Lagerteilung (auch in den Medien in die Parteizeitungen). Die SPÖ nutzte den Krauland-Skandal trotz nahendem Nationalratswahlkampf, in dem Vorwürfe und Enthüllungen gegen die politischen Gegner*innen genutzt hätten werden können, nicht.

Der Spiegel berichtet, dass das am Proporz lag. Dadurch waren alle Regierungs- und Verwaltungsstellen im Verhältnis 1:1 besetzt. Das heißt, jeder wichtigen Stelle war, ein Vertreter der „anderen“ zur Seite gestellt. Man musste zusammenarbeiten. Das ergab auch monetäre und unredliche Vorteile für beide Parteikassen. So berichtet etwa *der Spiegel* in seiner Ausgabe vom 20.2.1951, dass beide für „die »gleichmäßige« Aufnahme neuer Staatsbürger oder für die »gleichmäßige« Rehabilitierung von Ex-Nazis - dabei fallen häufig Spenden für die Parteien ab - zu sorgen [hatten].

Bei den Malversationen Kraulands im Ministerium hat also auch ein sozialistischer Staatssekretär (Karl Mantler) mitverantwortlich gezeichnet und auch die Vergaben von Stellen in verstaatlichten Betrieben, öffentliche Verwaltungen und etwa Wohnungen seien entlang des Proporzses vergeben worden. (ebd.).

Kraulands korruptes Verhalten geschah also auch zum Vorteil der sozialistischen Partei. Und auch die SPÖ hatte das Interesse, wichtige Schlüsselinstitutionen und Fabriken unter ihre Kontrolle zu bringen, (Vgl. „Wer konnte, griff zu "Arisierte" Güter und NS-Vermögen im Krauland-Ministerium (1945-1949), Peter Böhmer und Vgl. Kopetzky, 2011, S. 135).

Die Zurückhaltung der SPÖ ist also nachvollziehbar, weil sie sich wohl davor schützen wollte, selbst in Beschuldigungen und Vorwürfe verwickelt zu werden. Offen bleibt die Frage – und sie soll auch Gegenstand dieser Arbeit sein – wie sich die Parteizeitungen verhalten haben, wie sie berichtet haben – oder ob.

Kurze Zusammenfassung politischer und medialer Kontext des Krauland Skandals:

Nach 1945 und bis in die 1950er Jahre steckte Österreich in der Phase des Wiederaufbaus. Es gab kaum Kontroll- oder Strafmechanismen. Die Bundesregierung war auch mit den Aufgaben eines Wiederaufbaus der Republik, einer Aufteilung, Verwaltung und beginnenden Restitution von „arisierten“ Eigentums, dem Umgang mit verbliebenen Nationalsozialist*innen befasst. Wie eben beschrieben passierte die Verwaltung und die Besetzung politischer Ämter im Proporz-System und einer Art Zusammenhalt in den unsicheren Zeiten nach dem 2. Weltkrieg. Juristisch bewegten sich die Regierungen in rechtsstaatlichen Unklarheiten und einer florierenden Parteibuchkorruption.

Medial war das Land in Lagerzeitungen/ Parteizeitungen aufgeteilt, die hauptsächlich von dem eigenen Lager konsumiert wurden. Es gab weniger Wechselwähler*innen.

b. Der Fall Franz Olah

Franz Olah erhielt in den 1980er Jahren vom Wiener Bürgermeister Helmut Zilk das Große Goldene Ehrenzeichen der Stadt Wien. Ihm verdankte der Staat die Abwendung des kommunistischen Putsches in den 1950er Jahren. Der Sozialistische Politiker Franz Olah fiel allerdings in den 1960er Jahren in Ungnade – in seiner Partei und vor den Wähler:innen. Schuld daran war der „Megaskandal der Zweiten Republik“ in dem „...Jener, dessen Namen unter den Lebenden nicht genannt werden mag“ verwickelt war. (Manfred Lechner, „Der ‚Fall Olah‘ – Ein Megaskandal der Zweiten Republik?“ in: Gehler/Sickinger (Hg.), „Politische Affären und Skandale in Österreich: Von Mayerling bis Waldheim.“ 2007, S. 419)

Olahs politische Karriere fußt auf einer klassischen Sozialistischen Politikerkarriere. Er trat während der Lehre der Gewerkschaft bei und war stark im sozialistischen Milieu der ersten Republik sozialisiert. (Vgl. Lechner, 2007, S. 420). Nach dem Sieg der Heimwehr und Dollfuß über die sozialistischen Aufständischen im Bürgerkrieg von Februar 1934 schloss sich Olah den Revolutionären Sozialisten an. Laut Manfred Lechner, der aus einer persönlichen Verteidigungsschrift Franz Olahs zitiert, war Olah dennoch 1938 bei Beratungen mit dem Schuschnigg-Regime engagiert, bei denen die Übernahme

Österreichs durch Hitler hätte verhindert werden sollen, deren Bemühungen aber vergeblich blieben. (Vgl. Ebd. zitiert nach Manfred Lechner und Helmut Konrad, „Millionenverwechslung. Franz Olah. Die Kronenzeitung. Geheimdienste, Wien Köln Weimar, 1992)

Nach dem „Anschluss“ Österreichs an Nazi-Deutschland wurde Olah am 13. März 1938 mit dem Prominententransport nach Dachau deportiert. (Vgl. Lechner, „Der ‚Fall Olah‘“, 2007, S.420) Nach der gelungenen Flucht aus dem Konzentrationslager Südharz stilisierte sich Olah zum Symbol-Sozialisten. Begründet wird diese Annahme Lechners durch Olahs zwei Verhaftungen im Widerstand gegen den Ständestaat und seine Inhaftierungen in Konzentrationslagern während des Nationalsozialismus. Spekulationen über Olahs Rolle in den Konzentrationslagern können von den Sozialisten als Angriff der Kommunisten abgetan werden, was wiederum, postuliert Lechner, Olah zum „herzeigbaren außenpolitischen Repräsentanten eines offiziellen Österreichbildes“ (Ebd. S. 421) machte.

Olah trat wieder in die Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter ein und erlebte einen rasanten Aufstieg auf der politischen Karriereleiter. 1948 übernahm er ein SPÖ-Nationalratsmandat. Nach dem Tod des Gewerkschaftsvorsitzenden Franz Novy 1949 trat Olah dessen Nachfolge an und erhielt als Vorsitzender der Gewerkschaft für Bau- und Holzarbeiter einen Platz im ÖGB-Vorstand. Bereits in dieser Zeit soll es erste Finanzprobleme mit Gewerkschaftsgeldern gegeben haben: Bei der Errichtung eines Schulungsheimes der Gewerkschaft gab es Ungereimtheiten. 1955 wurde Olah zum Vizepräsidenten des ÖGB gewählt und zwei Jahre darauf zum geschäftsführenden Obmann des SPÖ-Parlamentsklubs. (Vgl. Ebd. S. 421ff)

Olah übernahm in der Partei eine umstrittene Position – er hielt Kontakt zum „Dritten Lager“ und zur katholischen Kirche. Die Fraktion der „Niederösterreich“ (sic! Lechner S. 423), nämlich Kreisky, Olah und der SPÖ-Innenminister Helmer sahen in der Entwicklung des Verbands der Unabhängigen VdU, aus der dann die Freiheitliche Partei Österreich (FPÖ) hervorging, wohl politische Vorteile. Der nächste Skandal um Olah hängt mit einer Finanzierung der FPÖ durch Olah zusammen. Olah hatte 1961 von fünf Einzelgesellschaften insgesamt 4,5 Millionen Schilling erhalten, um die Zeitung *Express* zu sanieren. Vier Millionen ergingen auch für zwei Jahre an die Tageszeitung, die den Kredit rechtzeitig und verzinst nach 2 Jahren zurückzahlte. Eine Million Schilling ergingen von Olah 1962 aber an die FPÖ, die in Geldnot war. Olah informierte die Gewerkschaften weder darüber noch über die rechtzeitige Rückzahlung der vier Millionen Euro durch die Tageszeitung *Express*. Die Subvention an die FPÖ sicherte der SPÖ im Anschluss an baldige Nationalratswahlen die „Neutralität“ der FPÖ. Zuvor hatte Olah der FPÖ noch zu einer Wahlrechtsreform verholfen, durch die die FPÖ bessere Chancen bei Wahlen hatte (Vgl. Ebd. S. 424ff) Olah hatte dadurch großen Einfluss auf die FPÖ, laut Lechner gar bis zu Personalentscheidungen.

Der Fall Olah

1959 wurde Olah zum Präsidenten des ÖGB und zweiter Nationalratspräsident. Weil Olah den Mehrwert medialer Präsenz verstanden hatte, half er der *Kronen Zeitung* bei der Gründung. Sie sollte als „unabhängige Zeitung“ neue Leser*innen erschließen und helfen, seine politischen Ziele durchsetzen, ihm ergo wohlgesonnen sein, wie Olah selbst in einem Interview mit *der Furche* vom 10.10.1970 gestand. (Vgl. Lechner, 2007, S.426). In den 1970er und 1980er Jahren wurde die *Kronen Zeitung* „zum eigentlichen Zentralorgan der SPÖ“, wie Manfred Lechner nach Hans Heinz Fabris (in „Zwischen Lager und Telekratie. Vom schwierigen Umgang der SPÖ mit den Medien“, in: Anton Pelinka, „Auf dem Weg zur Staatspartei. Zu Geschichte und Politik der SPÖ seit 1945, Wien 1988, S. 395) erklärt.

Grundlage des Skandals ist die Finanzierung der Gründung beziehungsweise Wiederbelebung der *Kronen Zeitung*:

Im März 1959 verfügte Hans Dichand nur über 10 Prozent der Kaufsumme der „alten Kronen Zeitung“. Die übrigen 90 Prozent kamen über zwei Mittelsmänner von Franz Olah. Und zwar aus einem Kredit der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien. Ermöglicht durch die persönliche Bürgschaft eines der Mittelsmänner, Dr. Levar, der ein „Vertrauensanwalt“ von Franz Olah war, und ein Sparbuch mit der Nummer Nr.557536, „das aus dem Verfügungsbereich Olahs stammte und aus den Geldern des sogenannten Sonderprojekts mit anderen Mitteln vermischt wurde.“²⁴ Kurz danach, im April 1959, wurde der persönliche Anteil, jene zehn Prozent, die Hans Dichand beisteuerte, auf die gemeinsame Firma Dichands mit Kurt Falk transferiert. Kurt Falk wurde Dichand von Franz Olah zur Seite gestellt, er war der Sohn eines Gewerkschaftsfreundes Olahs. Im September des gleichen Jahres übernahm Falk die 90 Prozent des zweiten Mittelsmannes Dr. Stamm. Stamm war der Treuhänder des Dr. Lendvar, der wiederum der Vertrauensanwalt Olahs war. (Vgl. Ebd. S.426ff.). Ein komplexes Verdeckungskonstrukt, welches die Beteiligung Olahs nicht auf den ersten Blick erkennen lässt.

1960 wurde das Stammkapital der *Kronen Zeitung* erhöht, und zwar auf eine Million Schilling. 600.000 Schilling dafür kamen von einem neuen Investor, Dr. Sandmann, der wiederum Treuhänder für Ferdinand Karpik war. Aus einer undatierten Abschrift einer Treuhandvereinbarung aus der Sammlung Olah geht hervor, dass auch Ferdinand Karpik selbst Treuhänder von Dr. Levar war und die Summe aus den Mitteln von Dr. Levar erhielt. (Vgl. Ebd. S. 428)

Im Prozess gegen Franz Olah wurde postuliert, dass das Umgehungskonstrukt über Dr. Levar nicht praktiziert wurde und der letztgenannte Anteil wohl direkt von Olah stammen soll. Endgültig wurde das nicht aufgeklärt. Gewichtiger als die Gründungsfinanzierung waren allerdings die rund drei Millionen

²⁴ Das Sonderprojekt war eine von Olah geführte paramilitärische und geheime Abwehrtruppe gegen kommunistische Putschversuche, erklärt Manfred Lechner, (S.428, 1995) und bemerkt, dass es mit aus dem Ausland stammenden Geldern finanziert wurden, allerdings wurde dieses „Sonderprojekt“ außerhalb kommunistischer Medien nicht problematisiert.

Schilling, die Kurt Falk für die erste Phase nach der Gründung einbrachte. Manfred Lechner erläutert, dass dieses Geld aus einem weiteren Kredit der Zentralbank der Gemeinde Wien kam. Für diesen Kredit wurde wiederum ein Sparbuch hinterlegt mit der Nummer Nr. 586622, das der Gewerkschaft Bau – und Holzarbeiter gehörte. (Vgl. Ebd. S. 429). Der Kredit wurde zudem mit 5,5 Prozent für damalige Verhältnisse extrem niedrig verzinst, Lechner argumentiert daher, dass die Bank bei der Verpfändung des Sparbuches nur ein Vermittlungsgeschäft durchführte. Für die Verpfändung des Sparbuches waren Josef Las und Walter Jeschko zuständig. Sie waren der Zentralsekretär und der Kassier der Bau- und Holzarbeitergewerkschaft und enge Mitarbeiter von Franz Olah, schreibt Manfred Lechner in seinem Beitrag zu Franz Olah (Vgl. Ebd.).

Zusammenfassend lässt sich der Sachbestand so erklären: Olah hat über die Verpfändung von Gewerkschaftsgeldern der Bau- und Holzarbeitergewerkschaft sowohl die Neugründung als auch die erste Phase nach der Gründung finanziert, und zwar mit der Absicht, eine breitenwirksame Boulevard Zeitung zu ermöglichen, die seine Person favorisiert und er erwartete dadurch politische Vorteile für sich und die SPÖ.

Aus Seite 49 der Anklageschrift geht hervor, dass außer Olah, Jeschko und Las keine anderen Gewerkschaftsfunktionäre eingebunden waren. (Vgl. Ebd.)

Noch nach seiner Entlassung aus dem ÖGB 1969 behob Olah eine Million Schilling von ÖGB-Sparbüchern, die er für die Gründung seiner neuen Partei Demokratischen Fortschrittlichen Partei (DFP) einsetzen wollte.

1969 wurde Olah zu einem Jahr unbedingte Haft verurteilt. Allerdings belief sich sein Schuldspruch auf nur eine Facette der undurchsichtigen Finanztransaktion und nicht auf das korrupte Verpfänden von Gewerkschaftsgeldern. (Vgl. Ebd. S. 430)

Olah machte sich zu mehreren Gelegenheiten seinen Einfluss auf die Kronen Zeitung zu Nutze, um die Meinung in der Öffentlichkeit nach seinen Wunschvorstellungen zu beeinflussen. Das geht unter anderem aus einem Aktenvermerk über ein Telefonat zwischen dem Dichand-Bekannten und Wirtschaftswissenschaftler Eduard März mit Fritz Klenner vom 30.10.1964 hervor. (Vgl. Manfred Lechner, S. 433, 2007 zitiert nach Sammlung Olah, S. 1)

„Eduard März ist mit dem Chefredakteur der ‚Kronen-Zeitung‘, Dichand, dadurch bekannt, daß sie einige Zeit gemeinsam in seinem Haus in Kritzendorf wohnten und er dieses Haus nun Dichand verkaufte. D. hat ihn in letzter Zeit besucht, [...], und ihm dabei, anscheinend mit Absicht, einige Mitteilungen hinsichtlich Olah gemacht: 1. Olah habe Dichand bezüglich Broda die direkte Weisung gegeben, die Beschuldigung gegen Broda in der ‚Kronen-Zeitung‘ zu veröffentlichen. 2. Die Angelegenheit Benya war ein betriebsunfall und wurde hiezu kein Auftrag gegeben. Dichand selbst war in Italien und Olah im Urlaub. Die Redakteure haben

geglaubt, aus eigenem so handeln zu müssen, um ihren Auftraggebern genehm zu sein.“

(Manfred Lechner, 2007, S. 433 zitiert nach Sammlung Olah, S. 1)

Lechner schreibt in seinem Beitrag, dass der öffentliche Skandal um den „Fall Olah“ noch nicht dessen korruptes Verhalten zum Gegenstand hatte, sondern seinen Rücktritt als Innenminister und aus der Sozialistischen Partei.

Der Fall Olah sollte medial noch kein Korruptionsskandal sein, sondern fokussierte sich auch medial auf innerparteiliche Querelen. Lechner erklärt, dass sich erst in den achtziger Jahren des 20. Jahrhunderts die mediale Berichterstattung änderte und dabei die Medien eine stärkere Aufdeckerrolle einnahmen – wodurch „das Österreichbild sich von der Insel der Seligen hin zur Skandalrepublik verändert“ hat (Lechner, 2007, S. 436).

Aus diesem Grund sind die drei gegenständlichen Fälle und Skandale auch mögliche Anhaltspunkte, um die Veränderung des öffentlichen Umgangs beziehungsweise des medialen Umgangs mit Korruption lesbar zu machen.

Kurze Zusammenfassung des politischen und medialen Kontextes:

Als der Fall Olah ab dem Jahr 1964 öffentlich thematisiert und skandalisiert wurde, befand sich Österreich in den ersten Monaten der ersten Regierungsadministration von ÖVP-Bundeskanzler Josef Klaus und Vize-Kanzler Bruno Pittermann von der SPÖ. Der Fall wurde zum politischen Skandal und Schreckgespenst für die SPÖ. Bei der Nationalratswahl 1966 verlor die SPÖ und die ÖVP bestritt unter Josef Klaus die erste Alleinregierung der zweiten Republik. Die SPÖ machte Olah dafür verantwortlich.

Zeitgleich verloren die Partei-Zeitungen gegenüber erstarkenden Unabhängigen Zeitungen an Bedeutung. Unabhängige Presse wurde wichtiger. Zudem wurde die *Kronen Zeitung* zum wichtigen Meinungsmacher. (Vgl. Kapitel 3.h.). Olah hat die Kronen Zeitung auch aus diesem Grund unterstützt, er wollte sich freundliche Berichterstattung kaufen, weil die Parteizeitungen untergingen. (Vgl. Rathkolb, „Die Paradoxe Republik“, 2015, S. 253f.)

c. Die BUWOG-Affäre

Nach der medial gefühlten Korruptionswelle der 1980er Jahre fand eine zweite „Skandalkonjunktur“ in den 2000er Jahren statt und ging mit der ÖVP-FPÖ Koalition 2000 – 2007 einher. Im Zuge der Aufarbeitung der Insolvenzen im Rahmen der Finanzkrise 2008/2009 sind einige Malversationen erst entdeckt worden. Einer dieser Skandale ist der BUWOG-Skandal, der bei der gerichtlichen Insolvenzverhandlung der Eigentümerfirmen Constantia Privatbank und der Tochterfirma Immofinanz entdeckt wurde. (Gerichtsverfahren sind bis 2022 nicht endgültig abgeschlossen. Nach einem Urteil im Jahr 2021 können die Verurteilten Rechtsmittel einlegen. Stand 2022)

Bei der Privatisierung der 60.000 Bundeswohnungen (BUWOG) gingen Provisionszahlungen von 9,6 Millionen Euro an Vertraute des damaligen Finanzministers Karl Heinz Grasser (parteilos, auf FPÖ-Ticket). Die Involvierung der Grasser-Vertrauten und Lobbyisten Peter Hohegger und Walter Maischberger als auch Karl Heinz Grasser selbst führten zu dem Verdacht, dass es sich bei Teilen der Zahlungen bei der Privatisierung um „politische ‚side payments‘“ handelte. (Vgl. Sickinger, 2011, S. 129)

Bei der als BUWOG-Affäre ins kollektive Gedächtnis eingegangenen Privatisierung der 60.000 Bundeswohnungen durch den österreichischen Finanzminister Karl Heinz Grasser soll dieser durch korruptes Verhalten finanzielle Vorteile für sich selbst und seine Klientel erzielt haben. Grasser und seine Vertrauten Hohegger und Maischberger verabredeten sich dazu, Karl Petrikovics (damals Chef der Immofinanz) dazu zu bringen, als Immofinanz für den Kauf der BUWOG zu bieten. Die Immofinanz kaufte zusammen mit den RLB Oberösterreich, Hypo Oberösterreich, Wiener Städtische Versicherung und Oberösterreichische Versicherung die vier Wohnbaugesellschaften des Bundes für 961,2 Millionen Euro. Sie boten damit nur etwas mehr als der Gegenbieter, die CA-Immo AG, die 959,3 Millionen bot. (Vgl. Werner Beninger, „Korruption in der Zweiten Republik. Einige Fälle und deren mediale Aufbereitung“, 2011, S. 185 Bruckmüller) Um die CA-Immo zu überbieten, wurde der Kärntner Landeshauptmann Jörg Haider, ein Vertrauter Grassers, überzeugt, für das Land Kärnten auf das Vorkaufsrecht zu verzichten, dadurch überbot das Konsortium rund um die Immofinanz die CA-Immo, um nur 1,19 Millionen Euro. (Vgl. Ebd. S. 184 f)

Im Anschluss wurden Provisionszahlungen, die offiziell für Maischberger waren (7,7 Millionen Euro) über die zypriotische Firma Astropolis von Peter Hohegger auf ein Liechtensteiner Konto der Firma Omega, die offiziell in Delaware, USA saß, transferiert. Das Geld wurde in bar behoben und wiederum auf drei Liechtensteiner Konten eingezahlt. Zugriff auf die Konten hatte Maischberger, ein weiteres lief auf die damalige Lebensgefährtin von Grasser, das dritte auf die Familie des BUWOG-Aufsichtsrates Karl Plech.

Anhängend an diese Causa sind noch weitere Malversationen mit dubiosen Provisionszahlungen und Absprachen rund um einen Beratervertrag mit Lehmann Brothers, den Linzer Terminal Tower sowie der Wiener City Tower, der via Immofinanz für das Wiener Handelsgericht als neuen Standort dienen hätte sollen. Bei all diesen Deals sollen Maischberger, Hohegger und Grasser mitgeschnitten haben. Grasser wurde wegen Amtsmissbrauchs und Missbrauchs der Amtsgewalt angeklagt. Er soll Gelder veruntreut und durch illegale Absprachen eigenen Vorteil generiert haben - für sich, Vertraute und ihm Nahestehende – und zum Schaden der Republik. (Vgl. Ebd. S. 186)

Noch eine Facette der Malversationen betrifft die Vergabe eines Aufsichtsrats-Postens an Grassers „Nenn-Onkel“ Burkhard Graf in Finanzministeriumsumfeld, erläutert Beninger. Im Gegenzug wurde der damaligen Lebensgefährtin Grassers, Natalia Corrales-Diez, rafs Auto, ein Porsche Cayenne, zur

Nutzung zur Verfügung gestellt. „Klarer und eindeutiger lässt sich Korruption wohl nicht mehr darstellen“, stellt Werner Beninger in seinen Schilderungen fest. (Ebd.)

Die politische Korruption und deren öffentliche Aufarbeitung blieben nicht folgenlos. Für das Abrutschen Österreichs im Corruption Perception Index von Transparency International im Jahr 2012 von Platz 16 auf Platz 18 und das weitere Abrutschen im Folgejahr auf Platz 26 macht Zeithistoriker Oliver Rathkolb die Auswirkungen der Korruptionseenthüllungen der ÖVP-FPÖ Regierung von 2000 bis 2007 und eine verstärkende Wirkung durch die Wirtschaftskrise 2008 verantwortlich. (Vgl. Rathkolb, „Die paradoxe Republik Österreich 1945 -2015“, 2015,S.148) Schon Rathkolb grenzt ein, dass eine genaue Auseinandersetzung mit allen Entwicklungen, Vorwürfen, Gerichtsverfahren (nun auch Urteilen) gegen den ehemaligen Finanzminister auf FPÖ-Ticket, Karl Heinz Grassner und seine Mitangeklagten bei der Privatisierung der 60.000 BUWOG-Wohnungen den Rahmen eines Buches übersteigt. Auch in dieser Arbeit soll sich daher nur auf die anfänglichen Berichte ab Aufkommen der Involvierung Grassners in einen unsauberen Verkauf der BUWOG beschränkt werden.

Kurze Zusammenfassung des politischen und medialen Kontextes:

Mit der geschickten Koalitionsbildung des Wahl-Dritten an der Wahlsiegerin SPÖ vorbei kreierte ÖVP-Chef Wolfgang Schüssel 2000 eine Koalition mit der Haider-FPÖ. Ein Novum in der zweiten Republik. Es folgten EU-Sanktionen und Demonstrationen in Österreich. Schüssel und sein Finanzminister propagierten das System „weniger Staat, mehr Privatisierung“. In diese Privatisierungswelle fiel auch die Privatisierung der BUWOG. (Vgl. Rathkolb, 2015, S. 218)

Nach dem Erstarken der medialen Aufmerksamkeit für politische Korruption, erreichten politische Aufdeckermagazine wie *News*, *Format*, *Profil* oder *Basta* einen enormen Stellenwert. Tageszeitungen büßten Gate-Keeper-Funktionen ein. Gratis-Boulevard, wie *Heute* und *Österreich* waren auf dem Vormarsch.

5. METHODE

„Die Wahrheit ist von dieser Welt; in dieser wird sie aufgrund vielfältiger Zwänge produziert, verfügt sie über geregelte Machtwirkungen. Jede Gesellschaft hat ihre eigene Ordnung der Wahrheit, ihre ‚allgemeine Politik‘ der Wahrheit: d.h. sie akzeptiert bestimmte Diskurse, die sie als wahre Diskurse funktionieren lässt; es gibt Mechanismen und Instanzen, die eine Unterscheidung von wahren und falschen Aussagen ermöglichen und den Modus festlegen, in dem die einen oder anderen sanktioniert werden; es gibt bevorzugte Techniken und Verfahren zur Wahrheitsfindung; es gibt einen Status für jene, die darüber zu befinden haben, was wahr ist und was nicht.“ (Michel Foucault, Dispositive Der Macht: Über Sexualität, Wissen Und Wahrheit, 1978, S 51)

Für die Analyse der Berichterstattung österreichischer Zeitungen über Politische Korruption und ihre diskursiven Strategien sowie die Subfragen, wie Boulevard, parteinahe und Qualitätszeitungen über Korruption berichten und wie sich das im Verlauf der Zweiten Republik verändert hat, wird diese Forschungsarbeit die Methode der Kritischen Diskurs Analyse (KDA) nach Margarete Jäger und Siegfried Jäger (2012) heranziehen. Grundlage sind die Ausarbeitungen und Erläuterungen der Kritischen Diskursanalyse aus dem Einführungswerk, 6. Auflage. „Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung“ von Siegfried Jäger (2012).

Zusätzlich zu den Grundelementen der KDA, die in der Monografie Siegfried Jägers (2012) erarbeitet sind und die auch der gegenständlichen Arbeit zugrunde liegen, werden ergänzende Elemente aus „Deutungskämpfe: Theorie und Praxis Kritischer Diskursanalyse“ (Jäger, Margarete, et al. *Deutungskämpfe: Theorie und Praxis Kritischer Diskursanalyse*, VS Verlag für Sozialwissenschaften GmbH, 2007) herangezogen.

Im Folgenden wird erklärt, wieso die KDA genutzt wird, wo sie an ihre Grenzen stößt und wie diese Methode für die konkreten Fragen adaptiert wird, um sie noch passender zu machen.

Nach Michel Foucault geht es in der Sozialwissenschaft und insbesondere bei der Analyse von Diskursen nicht um das Dechiffrieren der Wahrheit, „weil wir der Wirklichkeit keine Wahrheit entnehmen können“ (Siegfried Jäger, „Kritische Diskursanalyse“, 2012, S. 11 nach Max Weber 1985, S. 192), vielmehr interpretiert der / die Wissenschaftler*in eine Wirklichkeit auf Basis oder in Beeinflussung des eigenen Vorwissens. (Vgl. Jäger, 2012, S. 11).

Genau hier setzt die Kritische Diskursanalyse (KDA) an. In dieser Welt, in der wir als Teile davon Wahrheiten zuweisen, und sie entlang unserer eigenen Vorstellungen, Interessenslage, Zielvorstellung, Traditionen, und „unterschiedlichen Geschichte“ (Jäger et. al. „Deutungskämpfe: Theorie und Praxis Kritischer Diskursanalyse“, 2007, S. 8), sozusagen entlang unserer eigenen Realität, deuten. Weil die Deutung einer Wahrheit auf intersubjektiven Deutungen beruht, gibt es immer, so Margarete und Siegfried Jäger, einen „Streit um die Wahrheit, um die Geltung von Normen, Werten, Gültigkeiten“ (Jäger und Jäger, 2007, S. 8). Dadurch ermöglicht die Diskursanalyse Kritik an vorherrschenden Diskursen, weil sie Selbstverständliches dechiffriert.

In ihrer Erläuterung der Methode der Kritischen Diskursanalyse, wie sie Siegfried und Margarete Jäger am Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS) seit Mitte der 19890er Jahre entwickelt haben, stellen die Wissenschaftler*innen klar, dass diese Methode nicht nach einer objektiven Wahrheit strebt. Vielmehr geht es um „diskursive Sagbarkeitsfelder“, die durch die Analyse dargestellt und kritisch betrachtet werden können. Das bedeutet im persönlichen Verständnis auch, dass die Kritische Diskursanalyse nicht objektiv, sondern per se intersubjektiv sein muss. Denn wie oben bereits erklärt, beeinflussen Erfahrungen von der/dem ausführenden Wissenschaftler*in die Wahrheit, die gedeutet wird. „Die gilt nicht nur für die in den jeweiligen Wissenschaften agierenden Subjekte, sondern auch

für den jeweiligen wissenschaftlichen Diskurs“ (Jäger und Jäger, 2007, S. 15). Das hat auch zur Folge, dass der/die angesprochene jeweilige Wissenschaftler*in Position bezieht und seine/ihren Einfluss auf die persönliche Deutung der Wahrheit reflektieren muss. In diesem Zusammenhang zitieren Margarete und Siegfried Jäger Ulrich Brieler, der dabei von der „Unerbittlichkeit der Historizität“ (Jäger und Jäger, 2007, S. 15 nach Brieler 1998) spricht. Es heißt, dass jede „wissenschaftliche Aussage auch die jeweilige historische Position des Sprechenden eingeht [!sic]“ (Jäger und Jäger, 2007, S. 15)

Da die Wissenschaft die Wahrheit in den Geisteswissenschaften nicht allgemeingültig konstatieren, sondern nur reflektiert deuten kann, ist die „Wissenschaft immer auch politisch“. (Jäger und Jäger, 2007, S. 16) Da die Autor*innen nach dem Wahrheitsbegriff von Michel Foucault gehen, muss an dieser Stelle dieser erläutert werden. In der angesprochenen Wahrheit hinter den zu dechiffrierenden Diskursen geht es, wie es Siegfried und Margarete Jäger darstellen, um ein „ethisches Wahrheitsverständnis, das auch Grundlage aller Problematisierung von und Kritik an herrschender Wirklichkeit ist“ (Ebd.)

Die Kritische Diskursanalyse nach Jäger und Jäger (2007) fokussiert sich in ihrem Anwendungsbereich vor allem auf die gesellschaftliche Konfliktdiskurse. Im Falle Siegfried und Margarete Jäger sind das vornehmlich Themen wie Einwanderung und Rassismus, Rechtsextremismus und Neo-Konservatismus, Krieg und Frieden, Biopolitik und Biomacht sowie Soziale Brennpunkte. (Vgl. Jäger und Jäger, 2007, S. 8)

Sie ermöglicht Analysen von Diskursen aus Politik, Medien, Alltag und Fiktion (Vgl. Jäger und Jäger, 2007, S. 17) und möchte zeitgenössische Diskurse analysieren, um

„(sprachlichen und ikonographischen) Wirkungsmittel, (...) und insgesamt die Funktion von Diskursen als herrschaftslegitimierenden und -sichernden Techniken kapitalistischen beziehungsweise globalisierten Gesellschaft“

sichtbar zu machen. (Ebd. S 18f)

An diesem Punkt wird die Kritische Diskursanalyse zweckentfremdet und weicht von dem von Jäger et al. geplanten Zweck ab. Diese Arbeit nämlich nutzt die Kritische Diskursanalyse nicht um aktuelle Diskurse zu analysieren, sondern wendet sie auf historische Diskurse der politischen und medialen Kommunikation an.

Zuvor aber muss definiert werden, welcher Kategorisierung von Diskursen diese Arbeit folgt. Jäger et al. (2007) beziehen sich ihrem Verständnis nach auch auf Jürgen Link, der Diskurse wie folgt definiert: „eine institutionell verfestigte Redeweise, insofern eine solche Redeweise schon Handeln bestimmt und verfestigt und als solche auch schon Macht ausübt und verfestigt.“ (Ebd. S. 19)²⁵

²⁵ Das Zitat wird auch Jürgen Habermas und Michel Foucault zugeschrieben.

Für die Arbeit wird die Kritische Diskursanalyse für öffentliche Diskurse von politischen Ausnahmezuständen adaptiert. Konkret auf öffentliche Diskurse kurz nach Aufkommen oder Enthüllung sogenannter Korruptionsskandale in der österreichischen Politiklandschaft – mit Fokus auf Bundesebene. Das ist möglich, da die KDA trans- und interdisziplinär auf unterschiedliche Untersuchungsgebiete angewandt werden kann. Dennoch muss auch eine adaptierte KDA bestimmten Regeln folgen. (Vgl, Ebd. S. 12f)

Kontext: Jede Aussage wird in einem sozialen, historischen und kulturellen Kontext getätigt. Dieser ist zu berücksichtigen.

Generiertes Wissen und Macht: Es wird analysiert wie versucht wird, Wissen oder Wirklichkeit in einer gegebenen Aussage zu generieren und welche Machtverhältnisse Einfluss haben.

Intertextualität: Verschiedene Aussagen/ Diskurse sind miteinander verknüpft, es muss daher berücksichtigt werden, worauf ein/e Akteur*in im Diskurs reagiert/ meint.

Ziel/ Motivation/ Interesse: Welche Motivation hat ein/e Akteurin mit einer Aussage. Was ist das Ziel? Diese Fragen müssen in die Analyse einfließen.

Selbst-Reflexion: Als Forscher*in muss die eigene Position bei der Analyse kritisch hinterfragt werden.

Jäger et al definieren die Struktur der Diskurse als eine Vielzahl miteinander verbundener Diskurse, sie nennen es „diskursives Gewimmel“, das gleichzeitig im „Wuchern der Diskurse“ endet. (Jäger, et. al, 2007, S. 25) Um dieses Gewucher analysierbar zu machen, stellen Jäger et al Diskurs-Strukturen vor, die helfen sollen, die Strukturen zu erkennen und Diskurse analysierbar zu machen. (Vgl. Ebd.)

Dabei unterscheidet Jäger zwischen Diskursen, Diskurssträngen und Diskursebenen. Diskursstränge sind miteinander verwoben und beeinflussen einander. (Jäger et al. 2007, S. 25ff)

1. **Diskursstränge** sind Diskursverläufe zu einer einheitlichen Thematik. Durch eine Analyse dieser werden Aussagen, Muster erkannt und die „Häufung“ dieser sichtbar. Aussagen sind hier keine einzelnen Sätze, sondern inhaltliche Äußerungen, die sich inhaltlich von anderen unterscheiden.
2. Die Diskursanalyse untersucht dann **Diskursfragmente** gleicher Inhalte, getrennt nach Themen, Unterthemen und den Diskurspositionen. Die Analyse listet sie empirisch nach Inhalten und/oder Häufungen auf, dadurch können Aussagen erfasst und interpretiert werden

Jeder Diskursstrang hat eine diachrone und synchrone Dimension. (Vgl. Ebd.) wobei die diachrone Dimension auf längere historische Ereignisse im Verlauf eines Zeitraums zutrifft, während die synchrone einen bestimmten Zeitpunkt heranzieht.

3. Die **diskursiven Ereignisse** und der **diskursive Kontext** beschreiben etwas, das passiert oder geäußert wird und dadurch den Diskurs beeinflusst. (Vgl. Ebd.)
4. Diskursstränge verlaufen auf unterschiedlichen **Ebenen**, etwa Wissenschaft, Politik, Medien, etc (Vgl. Ebd.) oder auch „soziale Orte“. Diese lassen sich allerdings nicht strikt trennen. Etwa finden auf der Medienebene auch politische Diskurse statt. Ebenen sind miteinander verkettet.
5. Jäger et al, konstatiert weiter, dass man von einem Mediendiskurs sprechen kann, der hegemoniale Medien betreffend relativ einheitlich ist. Allerdings können unterschiedliche **Diskurspositionen** eingenommen werden. Diskurse werden auch aus individuellen Positionen heraus geäußert oder bewertet, diese Position aber ergibt sich durch Erlebtes und Erfahrenes. Die Diskurspositionen sind allerdings erst das Ergebnis einer Diskursanalyse. (Vgl. ebd. S. 29) Diese sind auch Teil der Antwort der Forschungsfrage zur Position und Strategie der unterschiedlichen Medien-Kategorien, die in dieser Diskursanalyse untersucht werden.
6. **Diskurs(strang)verschränkungen** beschreibt den Zustand, dass ein Text/eine Aussage unterschiedliche Diskursstränge gleichzeitig behandeln kann.
7. **Gesamtgesellschaftliche Diskurse** können von einer Gesellschaft geteilt, gestaltet und erlebt werden. Etwa Diskurse, die ins kollektive Bewusstsein treten.
8. **Diskursgemeinschaften**, oder wie Foucault es nennt, **Diskursgesellschaften** ist die Bezeichnung für eine homogene Gruppe, die einem Diskurs gemeinsam Bedeutung zuweist. (Vgl. ebd. S. 30)

Auf das konkrete Forschungsinteresse umgemünzt heißt das: Es gibt den Diskursstrang der Berichterstattung objektiver Medien, den Diskursstrang des Boulevards und den Diskursstrang parteinaher Medien. Diese finden auf unterschiedlichen Ebenen statt: Politik, Medien, Justiz.

In der Diskursanalyse werden Diskursstränge entwirrt und in ihren einzelnen Diskursebenen analysiert. In diesem Fall öffentliche Kommunikation in den Medien. Im Ergebnis der KDA lassen sich Diskursposition erkennen und benennen.

Die Methodenwahl fiel auch deshalb auf die Kritische Diskursanalyse, weil mit ihr die Wirkung des Gesagten oder wie in diesem Fall des Geschriebenen auf die Gesellschaft analysiert werden kann. Margarete Jäger et al konstatieren, dass Diskursanalyse auch eine Wirkungsanalyse ist, weil sie die Wirkung des Diskurses auf ein „individuelles oder kollektives Bewusstsein und damit die Gestaltung der Wirklichkeit aufzeigt“ (Jäger und Jäger, 2007, S. 32)

Die Wirkung ist hier mit zwei Bedeutungen belegt. Einerseits hat der Diskurs, hier dienen Zeitungen als Senderinnen und als Akteurinnen, eine Wirkung auf das individuelle sowie kollektive Bewusstsein, andererseits attestieren Jäger et al. dem Diskurs aber auch eine Wirkung auf die Gestaltung der Wirklichkeit durch die individuellen oder kollektiven Bewusstseinsbildungen. Also einerseits wird das individuelle Bewusstsein durch Diskurse geprägt und in weiterer Folge gestaltet dieses durch Diskurse geprägte Bewusstsein die Wirklichkeit. Das verleiht dem Diskurs und dem Sprechenden in einem Diskurs Macht. Denn Diskurse prägen “das subjektive Handeln und die kollektive Gestaltung von gesellschaftlicher Wirklichkeit“ (Jäger und Jäger, 2007, S. 32)

Geformt und appliziert wird die KDA durch die Theorie dieser Arbeit, deren Kernaussage es ist:

-) Korruption „ist überall“;
-) die mediale Übersetzung der Korruptionsfälle – die ideologisch und parteipolitisch beeinflusst sein können – beeinflusst die Perzeption des Korruptionsfalls in einer Gesellschaft und beeinflusst daher auch die Implementierung ins kollektive Bewusstsein sowie die politische Konsequenz für den/ die der Korrupten;

Die Methode sucht also nach kommunikativen Strategien der medialen Akteur*innen, deren Aufgabe es ist, Korruptionsfälle und Skandale medial einzuordnen und den Leser*innen so auch Bewertungshilfe zu geben.

Genauer: Mit der Methode der KDA will diese Arbeit Strategien erkennen und zeigen, wie unterschiedlich ideologisierte Medien politische Korruption für eine Gesellschaft übersetzen.

Sollte hierbei von Medien auch eine Defensive Darstellung, also sollten Zeitungen als Verteidigerinnen von Beschuldigten auftreten, werden hierbei die Untersuchungsobjekte nach Parallelen von Legitimierungsstrategien von in Skandalen verwickelte Politiker*innen nach Astrid Schütz gefragt. Sie dienen hier als Vorlage. Sie wurden konkreter im Kapitel 3.d. erläutert.

Assertive Selbstdarstellung	Sympathien erzeugen, Integrität und Kompetenz darstellen
Defensive Selbstdarstellung	Leugnen, Umdeuten, Rechtfertigen, Verantwortung reduzieren
Offensive Selbstdarstellung	Angriff gegen Quelle des Vorwurfs, Direkte oder indirekte Abwertung des/ der politischen Gegner*in

Es wird erwartet, dass Medien auch andere Positionen beziehen, und dafür erforscht diese Arbeit zusätzlich, welche rhetorischen Strategien für die Skandalisierung, Bagatellisierung oder Aufklärung wiederholt zum Einsatz kommen, ergo: Welche Diskursposition welche Diskursstrategie einsetzt.

Diese Arbeit fragt also: Wie werden die Malversationen für einen Demos in den Printmedien übersetzt und eingeordnet. Relativieren parteinahe Zeitungen die Korruptionsfälle und versuchen den Korruptionsfall in ihrem ideologischen oder unternehmerischen Interesse zu „framen“, wie werden diese

Fälle bei politischen Gegner*innen skandalisiert und wie wird Korruption als Gefahr für die liberale Demokratie in ihrer Tragweite einer Leserschaft eingeordnet und übersetzt? Und: Wie hat sich die Korruptionsberichterstattung im Verlauf der Zweiten Republik entlang der sich verändernden Medienlandschaft selbst verändert?

Mit der Kritischen Diskursanalyse sollen diese Fragen beantwortet werden, die hinter den abgedruckten Diskursen Strategien und persönliche oder politische Agenden erkennen sollen. Kurz: Was wird gesagt/geschrieben, um was zu erreichen?

Wichtig dabei ist es, dass die Analytikerin, in diesem Fall ist die Autorin weiblich, ihre eigene Position reflektieren muss. Auch weil die KDA per se ethisch ist und eine Wahrheit, wie beschrieben, lediglich deutet. (Jäger, 2012, S. 12) ²⁶

Des Weiteren sind Diskurse, so Jäger nach Foucault, auch Ausdruck von Macht und Herrschaftsverhältnissen. (Vgl. Jäger, 2012, S. 150 f). Im vorliegenden Fall kann dieser Umstand geltend gemacht werden. So haben sowohl die korrupten Amtsträger*innen²⁷ konkrete Macht, in ihren Diskursen eine bestimmte Wirkung zu erzielen. In dem Fall etwa Verteidigung und Framing in der Gesellschaft. Einfach weil sie aufgrund ihres inhärenten Amtes eine Sendungsmacht haben.

Gleiches trifft aber auch auf die Untersuchungsgruppe zu, nämlich die Macht, die Medien ausüben, bestimmte Malversationen sowohl einer Öffentlichkeit bekannt zu machen als auch sie zu framen oder zu verschweigen.

Kurz: Die KDA ist kritisch, weil sie anhand von Diskursen herauszuarbeiten versucht, welche „Wahrheit“ zu vermitteln versucht oder konstruiert wird. Sie sind der Teil der Wirklichkeit, dem konkrete Bedeutungen und Wirkungen zugewiesen werden. (Vgl. Jäger, 2012, S. 171). Diskurse sind aber nichtgleich Sprache. Kurz: Sprache ist das Werkzeug, Diskurse das „Wissen“, das vermittelt werden soll. (Vgl. Jäger, 2012, S170)

Konkrete Schritte der Analysen:

Anhand eines Diskurses wird in dieser Arbeit ein Kontext gegeben. Etwa: Worum handelt es sich beim Krauland-Skandal.

²⁶ Diese Position soll an dieser Stelle noch einmal erklärt werden: Die Autorin ist hauptberuflich Journalistin und bei einer österreichischen Tageszeitung angestellt. Die Arbeitgeber-Zeitung ist nicht in diesem Sample enthalten. Auch fanden alle Fälle und historischen Ereignisse, die in dieser Arbeit untersucht werden, statt, bevor das Dienstverhältnis oder auch die Arbeit als Journalistin begonnen wurde. Dennoch ist der Autorin der aktive Prozess der Berichterstattung nicht fremd. Soll hier aber von einer anderen Seite beleuchtet werden.

²⁷ Bei den zu untersuchenden Fällen handelt es sich jeweils um männliche „Täter“

Am Untersuchungsbeispiel wird anschließend beschrieben, welche Akteur*in welche „Wahrheit“ ausdrücken möchte. Dabei geht es um die Interpretation des Inhalts des Diskurses und der Kontextualisierung der Akteur*innen. Anhand dieser werden die Ergebnisse der Analyse interpretiert, damit herausgefiltert werden kann, welche „Wahrheit“ die Leser*innen wahrnehmen sollen.

Konkret: Ein Politiker wurde z.B. bei XY erwischt. Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung einer zu untersuchenden Aussage in einem Artikel ist XY bekannt geworden und XY ist Teil der öffentlichen Debatte. Und der Untersuchungsgegenstand ergo die Zeitung gilt als ÖVP-nah. Eine Art Standpunktkritik/ Quellenkritik für den Sender im Diskurs. Wie ist die Agenda hinter der Botschaft einzuordnen?

Dann wird der Untersuchungsgegenstand (Auszug aus Zeitungsartikel) befragt, was gesagt wird, wie diese/r Akteur*in mit welcher Strategie diese „Wahrheit“ auszudrücken versucht.

Im nächsten Schritt wird nach der kommunikativen Strategie der zu untersuchenden Medien gefragt.

Am Schluss der Behandlung jedes der drei Untersuchungsgegenstände (die Causae: Krauland, Olah, BUWOG) wird summiert, welche „Wahrheiten“ die Akteur*innen (die Zeitungen, die entlang ihrer jeweiligen Positionen berichtet haben) in den Diskursen ausdrücken wollten und welche Strategie dahinter interpretiert werden können. Dann kann erkannt werden, welches Medium in welchem Fall, welche Position bezogen hat.

Die Ergebnisse einer jeden Untersuchung und die Ergebnisse der gesamten Forschung werden im Anschluss hermeneutisch interpretiert, um die Frage beantworten zu können, welche Muster und somit Strategien angewandt wurden und wie sich die Positionen und die Strategien der Medien-Kategorien im Verlauf der Zweiten Republik verändert haben.

Beispiel:

Kontext Diskurs	Aussage	Inhaltliche Bedeutung/ Ziel der Aussage	Angewandte Strategie
-----------------	---------	--	----------------------

Interpretation des Ergebnisses:

Es ist zudem wichtig festzuhalten, dass das Ziel der Arbeit ausdrücklich nicht ist, historisch investigativ festzustellen, ob untersuchte Politiker (in dem Fall sind es ausschließlich männliche Personen, weswegen Gendern nicht zielführend ist) die Wahrheit gesagt oder gelogen haben, sondern zu offenbaren, welche Strategien von den Medien angewandt und verfolgt wurden. Es handelt sich also nicht um die Suche einer allgemeingültigen Wahrheit, sondern lediglich die Frage, welche „Wahrheit“ erschaffen werden hätte sollen.

6. KRITISCHE DISKURSANALYSE

a. Krauland-Skandal

i. Wiener Wochenausgabe

-) 16.9.1950, Wiener Wochenausgabe, „Es stinkt im Staate Österreich!“, S. 4,²⁸

Wiener Wochenausgabe vom 16. September 1950 berichtet erstmals über Missstände im Ministerium für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung unter Minister A. D. Peter Krauland, ÖVP. Die Wiener Wochenausgabe mit ihrer größten Auflage gilt als Boulevard/Sensationszeitschrift.

Krauland ist bereits eine Woche zuvor aus dem Sechserausschuss für Personalpolitik in verstaatlichten Betrieben ausgeschieden. Diese Information wird auch in diesem Artikel kurz erwähnt.

Der wurde mit dem Pre-Titel: „Krauland-Sumpf zur Besichtigung freigegeben“ veröffentlicht. Mit dem Titel: „Es stinkt im Staate Österreich!“ Und dem Vorspann: „Ein Hellseher auf Kosten der Steuerträger“.

Dabei werden unterschiedliche Ungereimtheiten und Malversationen aus Kraulands Ministerium geschildert.

KDA 1.1:

Kontext des Diskurses	Aussage	Inhaltliche Bedeutung/ Ziel der Aussage	Angewandte Strategie
Postenschacher und Provisionsvergaben des Ministeriums werden geschildert.	„Hier ist eine Clique am Werke , die mit geradezu raffinierten Biedermannschlauheit den „ kleinen Mann “ von der Straße düpierten will“	Tätergruppe, nämlich Minister a. D. Krauland und seine Verbündeten benennen, die aktiv und vorsätzlich gehandelt haben und so Schaden für „kleine“ Bürgerinnen und Bürger hereinlegen	Schaden für den Staat und seine Bürger betonen. Fokus Skandal und Gefahr für Österreich,

Interpretation: Das Ziel in dieser Aussage ist durch die Wortwahl und die beschriebene Tätergruppe als „Clique am Werke“ erkennbar: Den Leser*innen soll deutlich werden, dass Krauland und seine Vertrauten als Gruppe organisierte Täter sind; dass diese Art der Malversationen zum Schaden der „einfachen“ Bevölkerung geschieht und die einfachen Bürger*innen Österreichs alias „der kleine Mann“

²⁸ Kopie von S. 4, Wiener Wochenausgabe 16.9.1950 siehe Appendix 1

lächerlich gemacht werden. Die Machenschaften sind skandalös. Leser*innen sollten wütend sein. Das Narrativ ist emotional skandalisierend.

KDA 1.2:

Kontext Diskurs	Aussage	Inhaltliche Bedeutung/ Ziel der Aussage	Angewandte Strategie
Es wurden viele Ungereimtheiten und Malversationen aufgezählt, die unter dem Begriff „Korruption“ eingeordnet werden könnten.	„Wo Politik und Geschäft miteinander eine Ehe eingehen, ist der Steuerträger jener >> Kren <<, der letztlich die Alimente für die diversen im Laufe der Zeit geborenen Wechselbälge bezahlen kann“	Es sind die Steuerzahler*innen, die den Schaden, der durch die Korruption entstanden ist, zahlen müssen.	Betonung des finanziellen Schadens für die Bevölkerung. Emotionale Skandalisierung

Interpretation: Leser*innen sollen verstehen, dass es die Bürger*innen, also sie selbst, sind, die für die Malversationen und Korruption zahlen müssen. Fokus ist neuerlich der Skandal und dass die Bevölkerung die Geschädigten sind. Zum Einsatz kommen negativ besetzte Sprachbilder, wie „Wechselbalg“, „Kren“ und „Alimente“ als Vergleich für den Schaden für die Steuerzahler*innen.

KDA 1.3:

Kontext Diskurs	Aussage	Inhaltliche Bedeutung/ Ziel der Aussage	Angewandte Strategie
Der Finanzminister wird angerufen, dass das „deutsche Eigentum“ ordnungsgemäß und redlich verwaltet wird. Forderung, dass den Machenschaften Kraulands ein Ende gesetzt werde.	„Und da ist es wohl notwendig, die Interessen unserer eigenen Haut , die uns wieder einmal über die Ohren gezogen werden soll, wahrzunehmen und zu fragen, wie lange dieser Sumpf noch seine Blasen werfen darf“	Die Zeitung setzt sich mit der Bevölkerung gleich („unsere Haut“), die zu gleichermaßen von den Korrupten (alias dem „Sumpf“) „die Haut über die Ohren gezogen“ bekommen. Das müsse beendet werden.	„Wir“ als Bürger*innen, werden von den Anderen „dem Sumpf“ betrogen. Schaden für die Bevölkerung durch die Übeltäter. Emotionale Skandalisierung.

Interpretation: Auch in dieser Aussage wird den Leser*innen übersetzt, dass das Verhalten der Korrupten, also Kraulands und seiner Vertrauten, übel ist und zum Schaden der Bevölkerung passiert. Verstärkt wird die Stilisierung der Täter und die Skandalisierung noch durch das „Wir“-Bild, das durch die Worte „unsere Haut“ erzeugt wird. Sie, der Sumpf, häuten „uns“, die Bürger*innen und dagegen müssen sich Leser*innen wehren.

-) 30.9.1950, Wiener Wochenausgabe „Krauland, der Dämon Österreichs“, S. 4, ²⁹

KDA 2.1:

Kontext Diskurs	Aussage	Inhaltliche Bedeutung/ Ziel der Aussage	Angewandte Strategie
Vorwürfe gegen die Zeitung, dass die Anwürfe gegen Krauland aus parteipolitischen Interesse seiner politischen Gegner herrühren. Verteidigung der Wiener Wochenausgabe, dass die unabhängig seien.	„Und da es im Interesse Österreichs liegt, sich von Menschen zu befreien, die dank ihrer politischen Stellung die übelsten Geschäfte machen, Geschäfte für die der Steuerzahler tief in den Säckel greifen muß, werden wir nicht müde werden, die Öffentlichkeit gegen diese Parasiten mobil zu machen	Die Beschuldigten haben ihre Macht missbraucht. Die Bevölkerung muss dafür finanziell zahlen. Und man müsse Österreich davon befreien, das liege in der Pflicht der Wiener Wochenausgabe.	Maßnahme gegen Bagatellisierung. Betonung auf Skandal. Fokus auf Schaden für Bevölkerung und Pflicht der Presse als Aufpasser*in. Entmenslichung der Täter*innen durch Bezeichnung als Parasiten.

Interpretation: Die Zeitung greift Bagatellisierungen der Korruption auf. Die Defensive Kraulands, wonach die Anwürfe durch politische Gegner*innen passierten, werden zu entkräften versucht. Die Bevölkerung solle weiter wahrnehmen, dass es ein Skandal ist. Dass Krauland das Übel ist. Dafür werden er und Korrupte im Allgemeinen entmenslicht und mit einem „Parasiten“ gleichgesetzt. Hier wird ebenfalls eine emotionale Skandalisierung erzeugt.

KDA 2.2:

Kontext Diskurs	Aussage	Inhaltliche Bedeutung/ Ziel der Aussage	Angewandte Strategie
Malversationsvorwürfe gegen Krauland und viele Personen, die mit ihm geschäftlich oder privat verbunden waren.	„Eine Treuhand wäscht die andere , wenn es sein muss, sogar mit Persil . Und das ist das Gefährliche , ja geradezu Dämonische an diesem Typ . Er ist ein Infektionsherd , jeder, der mit ihm in Berührung kommt, wird angesteckt“	Die Korruptionisten beschützen sich von Anwürfen gegenseitig. Waschen sich von Verantwortung frei. Krauland als Täter ist gefährlich und dämonsich. Korruption ist wie eine Krankheit, die von Krauland ausgeht.	Fokus liegt auf der Skandalisierung. Täter, also Krauland, ist eine Gefahr.

Interpretation: Die Leser*innen sollen Krauland für eine Gefahr halten. Korruption ist eine ansteckende Gefahr und Krauland der „Infektionsherd“, von dem die Gefahr ausgeht. Auch hier wird

²⁹ Siehe Appendix 2,

Krauland durch den Vergleich mit einem Dämon entmenslicht. Hier wird durch Worte und negative Vergleiche emotionalisiert skandalisiert.

KDA 2.3:

Kontext Diskurs	Aussage	Inhaltliche Bedeutung/ Ziel der Aussage	Angewandte Strategie
Ein potenzieller Machtkampf in der ÖVP hätte dazu führen können, dass Krauland und sein Lager noch mehr Macht in der ÖVP erhalten hätte. Krauland hatte Figl zuvor nicht unterstützt.	„Sie hätten dann nicht nur das ganze ‚Deutsche Eigentum‘, sondern ganz Österreich in ihre Tasche gesteckt. Österreich wäre ein Krauland der unbegrenzten Möglichkeiten geworden.“	In die Tasche gesteckt steht für die persönliche Bereicherung, den Diebstahl, den Krauland begangen hat. Es wird ein dystopisches Bild Kraulands Macht gezeichnet.	Fokus auf Diebstahl und der Gefahr durch Korruptionisten für das ganze Land.

Interpretation: Die Malversationen Kraulands werden für die Leser*innen als Diebstahl eingeordnet mit der drohenden Gefahr für ganz Österreich.

-) 14. 10. 1950, Wiener Wochenausgabe, „Verschwinden Sie, Herr Krauland!“, S.4³⁰

Der Artikel beschäftigt sich mit einer „faktischen“ Auflistung der bis zu diesem Zeitpunkt enthüllten Malversationen Kraulands und seiner Verbündeten.

KDA 3.1:

Kontext Diskurs	Aussage	Inhaltliche Bedeutung/ Ziel der Aussage	Angewandte Strategie
Die <i>Wiener Wochenausgabe</i> schreibt in ihrem Pre-Title zu diesem Artikel „Wir eröffnen die Gross-Offensive“. Die Zeitung hat eine Kampagne lanciert, die den politischen Rückzug und Konsequenzen für Krauland zum Ziel hat.	„Nun wir sind der Meinung, daß unsere bisherigen Veröffentlichungen in dieser so peinlichen und schmutzigen Angelegenheit genügen dürften, um selbst den dem naivsten Oesterreicher klarzumachen, daß Herr Krauland kein harmloser Bierbankpolitiker ist , sondern einer der gerissensten Wirtschaftsfreibeuter “	Korruption ist „schmutzig“ und „peinlich“. Alle Österreicher*innen sollten schockiert sein. Das größte aller Skandale.	Fokus auf das Ausmaß der Skandalisierung. Angriff, um Leser*innen Ausmaß klarzumachen. Wer dies nicht als solches wahrnehme, sei naiv. Druck auf Leser*innen.

³⁰ Siehe Appendix 3

	ist, die die Skandalgeschichte sämtlicher Republiken jemals aufzuweisen hatte“		
--	---	--	--

Interpretation: Leser*innen sollen die Enthüllungen nicht nur als Skandal, sondern als größten aller Skandale begreifen. Krauland wird hier nicht nur als einfacher korrupter Politiker bezeichnet, sondern als „Wirtschaftsfreibeuter“, also wird eine Gleichsetzung mit Piraterie ergo Verbrecher vorgenommen. Leser*innen, die dies anders sehen, seien naiv. Leser*innen werden also auch unter Druck gesetzt, damit sie den Krauland-Skandal als Skandal verstehen. Wer dies nämlich nicht tue, sei im Umkehrschluss naiv.

KDA 3.2:

Kontext Diskurs	Aussage	Inhaltliche Bedeutung/ Ziel der Aussage	Angewandte Strategie
Mediale Debatte über Korruption in anderen Medien. Bezugnahme auf Artikel im „Abend“, in dem Krauland nicht als Wurzel, sondern als Teil der Korruption in Österreich bezeichnet wird.	„Und wenn man schon von einem System der Korruption reden will, dann bedarf es keines „Globus“, sondern nur eines halbwegs vernünftigen Kopfes , um festzustellen, daß sich gerade in Krauland die ganze korrupte Clique eindeutig manifestiert. Fällt Krauland, dann fällt auch die Korruption in Österreich “	Ziel ist der politische Rückzug Kraulands. Krauland wird als Wurzel der Korruption gezeigt. Jeder der dies anderes sehe, habe im Rückschluss keinen „halbwegs vernünftigen Kopf“.	Fokus auf Stilisierung Kraulands zum Oberhaupt der Tätergruppe. Fokus auf Skandal und organisierter Verbrechergruppe.

Interpretation: Neuerlich sollen Leser*innen die gemachten Anwürfe gegen Krauland als Skandal verstehen und neuerlich sei jede*r, der Krauland nicht als Verbrecher-Oberhaupt sehe (korrupte Clique sei eindeutig in Krauland manifestiert), sei unvernünftig.

KDA 3.3:

Kontext Diskurs	Aussage	Inhaltliche Bedeutung/ Ziel der Aussage	Angewandte Strategie
Nach den Veröffentlichungen durch die Wiener Wochenausgabe gab es Kritik von Seiten Kraulands und Vertrauter, dass es sich um falsche Anschuldigungen und	„Wir führen diesen Feldzug gegen die Schädlinge nicht deshalb durch, [...]Aber wird sind den kleinen Leuten und den anständigen Bürgern in diesem Staate gegenüber	Das Wort „Feldzug“ steht für den Kampf der <i>Wiener Wochenausgabe</i> . Korrupte werden entmenslicht und als „Schädlinge“ bezeichnet.	Die Wiener Wochenausgabe erfüllt mit dieser Ausgabe den Selbstzweck, Beschützer der Bevölkerung und Watchdog zu sein.

„Beschmutzungen“ handle.	verpflichtet, auf Reinheit und Sauberkeit zu achten [...].“	Die Zeitung berichte im Dienste der Bevölkerung. Machenschaften sind schmutzig.	Fokus: Position der Zeitung als Watchdog. Entmenslichung der Täter.
--------------------------	--	---	---

Interpretation: Diese Aussage zeigt einen Selbstzweck der *Wiener Wochenausgabe*, sich als Medium als Watchdog und Aufpasser darzustellen. Leser*innen sollen wahrnehmen, dass die Wiener Wochenausgabe für ihre Rechte kämpfe. Und dass Krauland und seine Vertrauten Schaden anrichten. Durch die Bezeichnung als Schädlinge werden sie neuerlich entmenslicht. Zudem sei die Thematik sehr ernst, weil die Arbeit der Zeitung mit einem Kampf gleichgesetzt wird.

Zusammenfassung Wiener Wochenausgabe:

Schon die Titel der ausgewählten Artikel machen die Position des Senders, also der *Wiener Wochenausgabe* deutlich. Alle drei gewählten Artikel sind in den Druckprodukten im vorderen Teil der Zeitung und füllen viel Seitenraum, was auf die Gewichtung der Artikel rückschließen lässt.

Die *Wiener Wochenausgabe* führte eine Kampagne gegen Krauland. Sie bezeichnete es selbst als solche. Etwa wenn sie ihren Artikel vom 14. Oktober 1950 mit dem Pre-Titel „Wir eröffnen die Gross-Offensive“ ergänzen. Durch die Analysen wurde klar, dass die *Wiener Wochenausgabe* den Leser*innen vermitteln wollte, dass es sich bei den Machenschaften Kraulands um einen Skandal handelt. Ziel ist es, der Leser*innenschaft klarzumachen, dass die Österreicher*innen und allen voran die Steuerzahler*innen, also sie selbst, die Beschädigten sind.

Dabei setzt die *Wiener Wochenausgabe* eine klar kommentierende und emotionalisierende Skandal-Berichterstattung ab. Für Krauland und seine Komplizen wurden dafür Bezeichnungen der Herabwürdigung und Entmenslichung genutzt, um die Darstellung der „Täter*innen“ zu verstärken. Das gelingt etwa durch Bezeichnungen wie „Parasiten“, „Infektionsherd“ oder „Dämon“. Auch wurden Krauland und seine Vertrauten – vor einer juristischen Verurteilung – als organisierte Tätergruppe durch Bezeichnungen wie „Clique am Werke“ bezeichnet.

Das Wort Unschuldsvermutung findet sich in den Texten nicht. Krauland wird klar verurteilt.

Die vorgeworfenen Malversationen und Korruptionsvorkommnisse werden als Übel bezeichnet, für das die Bevölkerung zahlen muss. Etwa der Vergleich der Malversationen mit einem „Wechselbalg“ und den Steuerzahler*innen, die dafür „Alimente“ zahlen müssen. Als Opfergruppe werden hier die Steuerzahler*innen konstruiert.

Auch werden an einer Stelle durch ein „Wir-gegen-die-Anderen- Bild“ Krauland und seine „Clique“ zum Feindbild der „kleinen Leute“ stilisiert.

Die *Wiener Wochenausgabe* betreibt eine emotionale Skandalisierung der Malversationen, die darauf abzielt, Krauland und seine Mitbeschuldigten als Übel darzustellen, die Steuerzahler*innen als die Beschädigten.

ii. Die Presse Morgenblatt

-) 10.9.1950, *Die Presse Morgenausgabe* „Ein Fall Krauland?“, Titelseite + Fortsetzung auf S. 2³¹

KDA 4.1:

Kontext Diskurs	Aussage	Inhaltliche Bedeutung/ Ziel der Aussage	Angewandte Strategie
Krauland schied am 9.9.1950 aus dem Sechserausschuss für Personalpolitik in den verstaatlichten Betrieben aus. Vorwürfe wurden aus dem sozialistischen Lager geäußert. Gleichzeitig gab es in der Bevölkerung eine Proporz-Kritik, die auch medial aufgegriffen wurde.	„Die dabei erhobenen Vorwürfe hatten freilich von vornherein den Schönheitsfehler , daß sehr sichtbar die Parteipolitik bei ihnen Pate stand. Ihre Aufgabe war, der Propaganda der Linken gegen das „korrupte Bürgertum“ und den dito Kapitalismus neues Material zu liefern aber auch zur Beseitigung politisch unbequemer Fachleute Handhaben zu bieten.“	Die Vorwürfe gegen Krauland können nicht ernstgenommen werden, weil die parteipolitisch durch den politischen Gegner motiviert sein. Es stünde Sozialisten gegen Bürgertum. Die Vorwürfe seien Propaganda der Linken. Ziel der Vorwürfe ist es, „politisch unbequeme“ zu entfernen. In diesem Licht seien Vorwürfe nicht ernst zu nehmen.	Fokus ist Bagatellisierung. Der Artikel betreibt Offensive Selbstdarstellung an Stelle Kraulands, in dem die politische Gegnerin, die sozialistische Partei angegriffen wird und parteipolitische Propaganda attestiert wird. So sollen Vorwürfe entwertet werden.

Interpretation: Die Leser*innen der bürgerlichen Presse sollen wahrnehmen, dass die Vorwürfe nicht so ernst zu nehmen sind, da sie zum Ziel hätten, das Bürgertum anzugreifen. Die Presse betreibt hier eine parteipolitische Stellvertreter Defensive, wie sie hier in Ermangelung eines offiziellen Begriffs für diese narrative Strategie in dieser Arbeit bezeichnet werden soll. Die Presse als bürgerliches Blatt rückt hier aus, um an Stelle der Beschuldigten die Quelle der Vorwürfe offensiv anzugreifen. Hier lässt sich das Muster der offensiven Selbstdarstellung nach Schütz (Vgl. Kapitel 3.d.) erkennen. Die Akteurin *Die Presse* betreibt anstelle der Beschuldigten eine Defensive durch stellvertretende offensive Darstellung.

KDA 4.2:

Kontext Diskurs	Aussage	Inhaltliche Bedeutung/ Ziel der Aussage	Angewandte Strategie

³¹ Appendix 4

Die Presse plädiert in diesem Artikel auch dafür, dass die verstaatlichten Betriebe als wirtschaftliche Betriebe arbeiten können, dass sich also die „Verpolitisierung“ durch zu großen Fokus aus Einhaltung des Proporz eingrenzt.	„Denn noch größer als die Gefahr im geschäftlichen Sinn ist die Gefahr der Korruption durch das Hineintragen der Politik in Gebiete, die nichts mit ihr zu tun haben“	Die Gefahr besteht nicht durch politische Korruption. Vielmehr sollten sich Bürger*innen gegen Proporz und Politische Einflussnahme in der Wirtschaft fürchten.	Bagatellisierung. Viel schlimmer sei parteipolitischer Proporz in den staatlichen Betrieben. Herabspielen durch Vergleich, mit etwas, das schlimmer sei.
---	--	---	--

Interpretation: Die Presse folgt ihrem wirtschaftsliberalen Pfad und betreibt eine eigene Agenda, nämlich die Proporz-Kritik. Dadurch werden die Korruptionsvorwürfe gegen Krauland im Vergleich zur dargestellten Dramatik durch den Proporz in den staatlichen Betrieben bagatellisiert.

-) 22.9.1950 *Die Presse Morgenblatt* „Krauland ruft Partei-Ehrenrat an“, Titelseite³²

KDA 5.1

Kontext Diskurs	Aussage	Inhaltliche Bedeutung/ Ziel der Aussage	Angewandte Strategie
Der Bericht über Krauland nimmt nur zwei sehr kurze Spalten auf der Titelseite ein. Zudem befasst sich der Text nur zu einem Teil mit den Vorwürfen gegen Krauland. Es wird das Kommuniqué der ÖVP indirekt zitiert.	„Im Zusammenhang mit den Presseangriffen gegen Minister a. D. Peter Krauland stellte das Parteipräsidium neulich fest, daß sich die ÖVP selbstverständlich wie bisher auch weiterhin zum Prinzip der Sauberkeit in allen Bereichen des öffentlichen Lebens bekennt. Die gehässigen und widerspruchsvollen Angriffe scheinen allerdings viel weniger einem gleichen Bedürfnis nach Reinheit und Sauberkeit zu entspringen, als anderen zum Teil sehr bekannten Interessen und	Die Vorwürfe seien nichts anderen als böswillige Angriffe der Presse.	Stellvertreter Offensive gegen die Quelle der Vorwürfe, indem Fall Presse. Bagatellisierung. Vom Kommuniqué scheint nicht abgewandelt – so werden auch eindeutig kommentierende Phrasen wiederholt und so zu den Worten der Presse gemacht. Leser*innen nehmen die Vorwürfe gegen Krauland so auch als Presseangriffe gegen Krauland wahr, anstatt von Korruptionsvorwürfen zu sprechen.

³² Appendix 5

	Interessenten dienen zu sollen, [...]		
--	---	--	--

Interpretation: Auch in diesem Beitrag werden die Vorwürfe bagatellisiert. In diesem Fall wird in dem Bericht das ÖVP-Kommuniqué angeführt, allerdings wird dies nicht redaktionell eingeordnet, sondern scheinbar direkt übernommen. Leser*innen nehmen die Vorwürfe gegen Krauland jedenfalls nicht als ernsthafte Korruptionsvorwürfe, sondern als „Presseangriffe“ aus eigennützigen Interessen wahr.

Zusammenfassung Die Presse:

Für eine „Qualitätszeitung“ steht ihre politische Nähe der Objektivität im Weg. Die Presse bagatellisiert die Vorwürfe. In diesem Zeitraum gibt es zudem keine weitere Berichterstattung zu den fast täglich mehr werdenden Enthüllungen rund um die Malversationen von Krauland. Auch die Nicht-Berichterstattung ist hier interpretierbar. Das Thema wird für die Leser*innen möglichst klein, irrelevant und als Bagatelle dargestellt. An andere Stelle tritt *Die Presse* als bürgerliches Blatt zur Verteidigung des Beschuldigten auf, indem es an dessen Stelle die Quelle, politische Gegner*innen und konkurrierende Presse offensiv attackiert. Die Presse setzt so stellvertretend eine offensive Darstellung ein.

iii. Arbeiter Zeitung

Es wurde nach Berichterstattung der Arbeiterzeitung zum Fall Krauland recherchiert, allerdings konnte keine gefunden werden.

Interpretation: Da die Vergabe der Posten und Gelder auch im Proporz an SPÖ und ÖVP vergeben wurde und auch ein SPÖ-Staatssekretär Entscheidungen von Krauland abgesegnet hatte, wird interpretiert, dass sich die SPÖ-Parteizeitung mit Berichterstattung und vor allem Angriffen zurückgehalten hat, damit nicht SPÖ-Funktionäre in die Affäre mithineingezogen werden.

iv. Das kleine Volksblatt, ÖVP-Parteizeitung

-) 22.9.1950, *Das kleine Volksblatt*, „**Großes Arbeitsprogramm beschlossen. Bekenntnis zum Prinzip vollster Sauberkeit – Minister a.D. Peter Krauland wird gegen ihn gerichteten [sic] Angriffe die nötigen Schritte unternehmen**“, Titelseite³³

Deckungsgleicher Text, wie in der Presse vom 22.9. 1950 abgedruckt. Das bestätigt die Interpretation von KDA 5.1, dass die Presse wortgleich das Kommuniqué der ÖVP abgedruckt hat, ohne es

³³ Appendix 6

journalistisch und objektiv einzuordnen und es so dem offiziellen Parteiorgan gleichgetan hat, in dessen Interesse es ist, einen ehemaligen ÖVP-Minister in der öffentlichen Wahrnehmung von Anschuldigungen der Korruption frei zu halten.

-) 24.9.1950, *Das kleine Volksblatt*, „‘Enthüllungen‘, die in Wirklichkeit Erfindungen sind“, S. 3

KDA 6.1

Kontext Diskurs	Aussage	Inhaltliche Bedeutung/ Ziel der Aussage	Angewandte Strategie
Das vormalige eigenständige Ministerium für Vermögenssicherung wurde in das Finanzministerium unter Finanzminister Margaretha eingegliedert. Dieser weist Anschuldigungen gegen Ex-Minister und Beamte*innen von sich. Autor ist der Finanzminister. Der gewählte Zwischentitel hat viel Inhalt und soll hier analysiert werden	„ ‘Enthüllungen‘ , die in Wirklichkeit Erfindungen sind.“	Der Einsatz der Anführungszeichen beim Wort <i>Enthüllungen</i> , zeigt dass Margaretha zwar auf die Berichte, etwa durch die Wiener Wochenausgabe referenziert, sich aber von ihnen distanziert, weil sie nicht der Wahrheit entsprechen. Das wird durch <i>Erfindungen</i> noch deutlicher.	Indirekter Angriff auf die Quelle, der Vorwürfe. Vorwürfe werden geleugnet. Defensive und offensive Darstellung.

Interpretation: Sowohl der Finanzminister, der hier auf einer ganzen Seite zu Wort kommt, als auch *Das kleine Volksblatt* fungieren hier als Stellvertreter für Krauland und seine Mit-Beschuldigten, durch den Einsatz der defensiven (Leugnen) und offensiven Darstellungsstrategie. Die Quelle, Medien, die über die Korruptionsvorwürfe berichten oder sie enthüllen, werden als Lügner*innen verleumdet. Leser*innen sollen daher die Berichte nicht als wahr auffassen.

KDA 6.1

Kontext Diskurs	Aussage	Inhaltliche Bedeutung/ Ziel der Aussage	Angewandte Strategie
Das vormalige eigenständige Ministerium für Vermögenssicherung wurde in das Finanzministerium	„Man soll nicht von Korruption und Sumpf sprechen, wenn man direkt oder indirekt schuld daran	Umkehr der Täterschaft. Die Schuld oder Täterschaft liege nicht bei den Beschuldigten,	Angriff auf die Quelle, der Vorwürfe. Offensive Darstellung.

unter Finanzminister Margaretha eingegliedert. Dieser weist Anschuldigungen gegen Ex-Minister und Beamte*innen von sich. Autor ist der Finanzminister.	ist, daß so etwas entstehen kann“	sondern bei der Quelle der Anschuldigungen.	
--	-----------------------------------	---	--

Interpretation: *Das kleine Volksblatt*, das hier als direktes Sprachrohr des ÖVP-Ministers, der wiederum als Verteidiger Kraulands und seiner Mit-Beschuldigten auftritt, geht in die Offensive und greift die Quelle der Anschuldigungen an. Leser*innen sollen das Übel bei der Presse und den politischen Gegner*innen sehen, die die Vorwürfe erheben.

Zusammenfassung des Diskurs *Das kleine Volksblatt*:

Die ÖVP-Parteizeitung rückt klar zur Verteidigung der beschuldigten ÖVP-Funktionäre aus. Das geschieht einerseits durch den Einsatz der stellvertretenden Offensive und Defensive, durch Leugnen und Angriffe der Quelle.

v. Zusammenfassung der Ergebnisse der KDA zum Krauland-Skandal

Die *Wiener Wochenausgabe* als betont unabhängiges und parteiloses Medium mit Fokus auf Sensationsberichterstattung führt eine mediale Kampagne gegen Peter Krauland. Bei ihrer narrativen Strategie lassen sich einige wiederkehrende Muster erkennen: Erstens wird den Leser*innen vermittelt, dass es sich bei den Vorwürfen gegen Krauland klar um einen Skandal handelt. Den Leser*innen wird zudem deutlich gemacht, dass sie als Bürger*innen und Steuerzahler*innen die Opfer der Machenschaften sind. Die Schwere der vorgeworfenen Malversationen wird verdeutlicht durch die einerseits Entmenschlichung und Dämonisierung der Täter*innen, andererseits durch die im Diskurs eingesetzten Bezeichnungen für die Korruption als Übel. Die Täter*innen werden auch durch eine Wir-gegen-die-Anderen-Dynamik verstärkt zum Feindbild konstruiert.

Ganz anders gehen SPÖ-Parteizeitung *Arbeiterzeitung*, ÖVP-Parteizeitung *Das kleine Volksblatt* und scheinbar unabhängige *Presse* vor. Der Diskurs über Malversationen eines ÖVP-Politikers und Koalitionspartnerin wird den Konsument*innen entweder zur Gänze verschwiegen oder sie berichteten kaum – und in den Fällen wurde stellvertretend verteidigt und die Quelle verleumdet.

Die Annahme ist naheliegend, dass dies auch dem Proporz-System und daher Zusammenhalt zwischen den Koalitionspartnerinnen ÖVP und SPÖ in der Nachkriegszeit geschuldet ist und der Sorge der SPÖ, sie könnte durch den Fall des Kraulands mitgerissen werden.

b. Der Fall Franz Olah

i. Kronen Zeitung

Am 7. Juli 1964 schreibt die Kronen Zeitung auf Seite 2 in einem ungekennzeichneten Kommentar ein Loblied auf den damals amtierenden Innenminister Franz Olah. Darin wird er als Gegner des Kommunismus und Gegner des linken Flügels in der eigenen Partei gefeiert und die Einschätzung der bürgerlichen Zeitung Tiroler Tageszeitung ausführlich zitiert. Diese Information ist für die Einschätzung der parteinahen und ÖVP-nahen Berichterstattung relevant.³⁴ In den Monaten Juli und August fuhr die Kronen Zeitung eine Kampagne gegen den Olah-Nachfolger und amtierenden ÖGB-Präsidenten Benya, die ihm Intervention unterstellte. Der Innenminister stellte sich in dieser Causa an die Seite der Kronen Zeitung (Kronen Zeitung, 27. 8. 1964 siehe Appendix) Am 15. September 1964 trat abends das SPÖ-Parteigremium zusammen, um über den geforderten Rücktritt Olahs als Innenminister zu beraten.

-) 17.9.1964, *Kronen Zeitung*, „Ein Röntgenbild des Konflikts in der SPOe...“, S. 3³⁵

Geschrieben von Hans Dichand selbst, mit dem Autoren-Kürzel Cato gezeichnet.

KDA 7.1

Kontext Diskurs	Aussage	Inhaltliche Bedeutung/ Ziel der Aussage	Angewandte Strategie
Die SP-Parteitagung kam bezüglich der Forderung nach einem Rücktritt Olahs zu keiner Einigung. Olah hatte die Gründung der Kronen Zeitung finanziert. Auch diese Gerüchte kamen kurze Zeit zuvor medial hoch.	„In dem erstaunlichen Bemühen , sich eines ihrer fähigsten Männer zu entledigen [...]“	Die Vorwürfe seien ein Versuch, Olah loszuwerden. Diese Bemühung ist nicht nachzuvollziehen. Das schade der Partei, weil er einer ihrer „fähigsten“ sei.	Bagatellisierung. Stellvertretende offensive Strategie, durch Angriff auf Quelle.

Interpretation: Leser*innen der *Kronen Zeitung* erhalten die „Wahrheit“, dass Olah einer der „fähigsten“ Politiker sei und die Vorwürfe gegen Olah zum Ziel haben, ihn loszuwerden.

KDA 7.2

³⁴ Siehe Appendix 7

³⁵ Appendix 8

Kontext Diskurs	Aussage	Inhaltliche Bedeutung/ Ziel der Aussage	Angewandte Strategie
Den SP-Partei-Statuten kann das Schiedsgericht einen Parteiausschluss Olahs erlassen. Dies war zu diesem Zeitpunkt noch nicht geschehen.	„[...] daß unseren Wissens nicht einmal die Gegner Olahs ihre Vorwürfe für ausreichend erachten, um auf Ausschluß aus der Partei zu plädieren“	Die Vorwürfe seien sehr schwach. Nicht stichhaltig.	Bagatellisierung. Stellvertretende offensive Strategie, durch Angriff auf Quelle.

Interpretation: Die Leser*innen sollen die Vorwürfe gegen den Innenminister für unwahr halten. Die parteiinternen Vorwürfe werden dadurch bagatellisiert. Klare Verteidigung und Bagatellisierung durch Diffamierungs-Vorwürfe gegen Olahs-„Angreifer“ ergo der Quelle der Vorwürfe.

KDA 7.3

Kontext Diskurs	Aussage	Inhaltliche Bedeutung/ Ziel der Aussage	Angewandte Strategie
Medienberichten zu folge sollen Partei-interne Gegner Psychiater auf Olah angesetzt haben.	„Mit dem Einsatz von Psychiatern und mit der Ausstreueung von Gerüchten , die darauf abzielen, Olah persönlich zu diffamieren “	Die Vorwürfe seien Gerüchte, die es zum Ziel haben einen politischen Gegner zu schaden.	Stellvertretende offensive Strategie, durch Angriff auf Quelle. Vorwurf der Diffamierung.

Interpretation: Leser*innen sollen die Vorwürfe gegen Olah als Diffamierung des politischen Gegners ergo nicht als echten Skandal erachten. Es wird versucht, die Vorwürfe zu bagatellisieren.

-) 24.9.1964, *Kronen Zeitung*, „Olah: Ich habe keinen Schilling genommen!“, S. 2³⁶

KDA 8.1

Kontext Diskurs	Aussage	Inhaltliche Bedeutung/ Ziel der Aussage	Angewandte Strategie
Veröffentlichung am Tag des Zusammentreffens der SPÖ-Parteivertretung, um über den Bericht der Gewerkschaftskommission zu beraten, der zeigt, dass Olah Gewerkschaftsgelder entnommen hat.	„Olahs Gegner haben in den letzten Tagen sehr emsig Material zusammengetragen , um nun, da der Exinnenminister politisch nicht zu entmachten ist war, ‘finanzielle	Vorwürfe sind ein weiteren Versuch, Olah als politischen Gegner zu schaden. Sie greifen jetzt zu Vorwürfen der ‚finanziellen Manipulation‘, weil Olahs politische	Bagatellisierung der Vorwürfe. Stellvertretende offensive Strategie durch Angriff beziehungsweise Vorwürfe gegen Quelle der Vorwürfe.

³⁶ Appendix 9

	Manipulationen‘ in den Vordergrund zu rücken.“	Gegner ihn nicht entmachten konnten	
--	---	-------------------------------------	--

Interpretation: Nachdem Vorwürfe bekannt wurden, wonach Olah Gewerkschaftsgelder zweckentfremdet entwendet hat, sollen die Leser*innen der *Kronen Zeitung* diese Vorwürfe als Versuch seiner Gegner deuten, ihn weiter zu diskreditieren. Die *Kronen Zeitung* bagatellisiert die Vorwürfe, konkretisiert keine Details der Vorwürfe, lässt Leser*innen also im Dunklen. Vorwürfe sollen als nichtig erachtet werden. Zudem tritt die Kronen Zeitung als Verteidiger Olahs auf, indem sie an Olahs Stelle die Quelle der Vorwürfe angreift. Keine objektive Berichterstattung über Entwicklung in der Causa Olah.

KDA 8.2

Kontext Diskurs	Aussage	Inhaltliche Bedeutung/ Ziel der Aussage	Angewandte Strategie
Veröffentlichung am Tag des Zusammentreffens der SPÖ-Parteivertretung, um über den Bericht der Gewerkschaftskommission zu beraten, der zeigt, dass Olah Gewerkschaftsgelder entnommen hat.	„Aber die kompakte Majorität seiner Gegner im Gewerkschaftsbund und in der Partei wird höchstwahrscheinlich stärker sein als seine Argumente “	Da Olah die Mehrheit gegen sich hat, sei er chancenlos.	Bagatellisierung. Politische Gegner führen persönlichen Feldzug.

Interpretation: Leser*innen sollen schon vor dem Urteil durch die SP-Parteienvertretung das Ergebnis als irrelevant wahrnehmen. Vorwürfe werden als Feldzug der politischen Gegner*innen eingeordnet. Dadurch dieses Mal indirekterer Angriff auf Quelle der Vorwürfe und Konsequenz als Ungerechtigkeit gegenüber Olah. Nicht als Konsequenz auf sein Fehlverhalten.

KDA 8.3

Kontext Diskurs	Aussage	Inhaltliche Bedeutung/ Ziel der Aussage	Angewandte Strategie
Eckpunkte des Berichts der Kommission und damit Vorwürfe gegen Olah sind schon vor Beratung durch die Parteienvertretung bekannt geworden.	„Daß alle möglichen und unmöglichen Beschuldigungen , die bisher durch nichts bewiesen werden konnten, kolportiert werden, bevor das Gewerkschaftsgericht noch zusammengetreten war, um sein Urteil zu bilden, ist und bleibt verwerflich , wie die	Die Vorwürfe sind unwahr. Taktik der Gegner, dass unbewiesene Anschuldigungen verbreitet werden. Machenschaft der Gegner /Quelle der Vorwürfe ist „verwerflich“	Ablenkung und Bagatellisierung: widerkehrende Taktik: Bagatellisierung durch Angriff auf Quelle. Im Modus; Die anderen führen Böses im Schilde.

	ganze Affäre auch ausgehen mag“		
--	------------------------------------	--	--

Interpretation: Durch das stete Kritisieren der Vorgehensweise der Quelle der Vorwürfe sollen diese bagatellisiert werden. Leser*innen sollen nicht wahrnehmen, dass die Vorwürfe gegen Olah das Übel sind, sondern diejenigen das Übel erzeugen, die Olah beschuldigen.

-) 26.9. 1964, *Kronen Zeitung*, „Franz Olah jetzt weiter rehabilitiert“, S. 3³⁷

KDA 9.1

Kontext Diskurs	Aussage	Inhaltliche Bedeutung/ Ziel der Aussage	Angewandte Strategie
In einer Sitzung des ÖGB-Präsidiums wurde festgestellt, dass das Geld zwar entwendet, aber auch wieder zurückgeflossen ist. Anlass für die <i>Kronen Zeitung</i> , Olah als rehabilitiert zu erklären.	„Man hat Franz Olah in Winkelblättern mehr oder weniger offen vorgeworfen [...]. Es gab noch eine ganze Reihe weiterer Vorwürfe, aber uns ist dabei um das Papier zu schade “	Herabwürdigung der konkurrierenden Medien, die über Malversationen berichtet hatten. Diese Vorwürfe seien so abstrus, dass die <i>Kronen Zeitung</i> kein Druckpapier verschwenden möchte.	Bagatellisierung der Vorwürfe. Angriff auf Quelle der Kritik - in diesem Fall andere Medien.

Interpretation: Erneut setzt die *Kronen Zeitung* auf Bagatellisierung aller Vorwürfe gegen Olah, indem die Quellen als „Winkelblätter“ diskreditiert werden. Die Vorwürfe werden weiter bagatellisiert, indem sie als „zu schade“ für das Druckpapier entwertet werden. Die Leser*innen sollen so die Vorwürfe als nichtig und falsch wahrnehmen.

KDA 9.2

Kontext Diskurs	Aussage	Inhaltliche Bedeutung/ Ziel der Aussage	Angewandte Strategie
In einer Sitzung des ÖGB-Präsidiums wurde festgestellt, dass das Geld zwar entwendet aber auch wieder zurückgeflossen ist. Anlass für die <i>Kronen Zeitung</i> Olah als rehabilitiert zu erklären.	„All diese Verleumdungen , entspringen den Hirnen haßerfüllter politischer Gegner Franz Olahs [...]	Die Vorwürfe sind nicht wahr, sondern Verleumdungen. Es sind keine wahren Vorwürfe, sondern Diffamierungen durch politische Gegner*innen.	Bagatellisierung durch Leugnen und Angriff auf Quelle der Kritik. Vorwurf Verleumdung und Diffamierung.

³⁷ Appendix 10

Interpretation: Das Muster der *Kronen Zeitung* wiederholt sich. In dieser Aussage ist der Feind, der für die Leser*innen konstruiert wird, aber nicht die konkurrierende Presse oder die Presse, die über die Vorwürfe berichtet hat, sondern die politischen Gegner*innen. In beiden Fällen wird die Quelle der Kritik angegriffen und es zeigt sich durch die Analyse eine stellvertretende Offensive als Verteidigungsstrategie für Olah.

KDA 9.3

Kontext Diskurs	Aussage	Inhaltliche Bedeutung/ Ziel der Aussage	Angewandte Strategie
In einer Sitzung des ÖGB-Präsidiums wurde festgestellt, dass das Geld zwar entwendet aber auch wieder zurückgeflossen ist. Anlass für die <i>Kronen Zeitung</i> Olah als rehabilitiert zu erklären.	„Mehr ist sicher nicht geschehen , mehr ist nur behauptet worden.“	Die Vorwürfe sind unwahr und von der Quelle „nur behauptet“	Leugnung. Bagatellisierung durch defensive Darstellung der Leugnung von Unredlichem.

Interpretation: In dieser dritten Aussage wird unredliches Verhalten Olahs gar geleugnet. Leser*innen sollen alle Vorwürfe als unwahr wahrnehmen. Die *Kronen Zeitung* versichert so ihren Leser*innen, dass „sicher nichts geschehen“ sei. Hier tritt die Zeitung als stellvertretender Verteidiger durch die defensive Strategie der Leugnung auf.

Zusammenfassung der Diskurse der Kronen Zeitung:

Klare Kampagne als Verteidigerin Olahs. Olah wird als Opfer einer Diffamierungskampagne seiner politische Gegner*innen, des „extremlinken Flügels“ der SPÖ konstruiert. Somit werden die Vorwürfe bagatellisiert. Olah wird zum Opfer gemacht. Hier geschieht eine Opfer-Täter -Umkehr. Wo Olah mit seinen Malversationen eigentlich Täter ist und der ÖGB und die SPÖ Opfer (genauso wie Gesellschaft und Medien-Konsument*innen), macht die *Kronen Zeitung* Olah zum Opfer einer SP-internen Intrige und stilisiert ihn zum politischen Opfer. Das geschieht vornehmlich durch stellvertretende offensive Verteidigungsdarstellung, indem die Quelle der Vorwürfe in der Presse und in der SPÖ angegriffen wird und durch die defensive Taktik der Leugnung. Die Vorwürfe seien Verleumdungen oder bloße haltlose Behauptungen.

ii. Arbeiter Zeitung, SPÖ-Parteizeitung

-) 25.9.1964, Arbeiter Zeitung, „Das andere Verfahren“, S. 2

KDA 10.1

Kontext Diskurs	Aussage	Inhaltliche Bedeutung/ Ziel der Aussage	Angewandte Strategie
Olah hat das Ehrengericht der SPÖ anrufen. Die SPÖ distanziert sich von Franz Olah.	„Das, was die SP-Fraktion im ÖGB und nun der ÖGB selber untersuchen, ist für die Sozialistische Partei ebenso +wenig erfreulich, wie es das Olah-Interview war. Aber die konsequente Vorgangsweise der Parteivertretung in der rein disziplinarischen Angelegenheit bietet der Öffentlichkeit die Gewähr dafür , daß hier nichts vertuscht und nichts beschönigt wird.“	Die SPÖ will aufklären. Keine Verteidigung Olahs. Anders als Olah soll alles ans Licht kommen. SPÖ distanziert sich so von Olah und präsentiert sich im Gegensatz zu Olah als Aufklärer und sauber. Schaden für SPÖ soll kleingehalten werden.	Bagatellisierung durch Versprechung der Aufklärung. Zugeständnis allerdings wird die Schuld von der SPÖ ferngehalten.

Interpretation: Die *Arbeiter Zeitung* nimmt die Perspektive der SPÖ nach Olah als Olah-Geschädigte ein. Die Leser*innen sollen wahrnehmen, dass die Aufklärung im Vordergrund der SPÖ steht. Die Berichterstattung erläutert das Vorgehen der Partei post Olah und ist eine klare SPÖ-Agenda-Vertretung. Hier sollen Wähler*innen angesprochen werden. Damit das Vertrauen in die Partei nicht geschädigt wird, wird Aufklärung betont.

KDA 10.2

Kontext Diskurs	Aussage	Inhaltliche Bedeutung/ Ziel der Aussage	Angewandte Strategie
SPÖ und ÖGB haben Aufklärung versprochen. SPÖ in Sorge, dass die Partei bei den nächsten Wahlen abgestraft werden wird. ³⁸	„[...] daß nämlich eine so schmerzhaft Klärung am Beginn eines Wahlkampfes vor sich geht, kann der breiten Öffentlichkeit zum Beweis dafür dienen, daß die Sozialisten auch in dieser für sie durchaus	Die SPÖ ist auch ein Opfer, dem durch Olah Schaden zugefügt wurde. Aber SPÖ verspricht Sauberkeit und will alles aufklären.	Konstruktion als Opfer der Malversationen. Betonung von eigener Integrität und Kompetenz.

³⁸ Bei den Nationalratswahlen 1966 verlor die SPÖ und gab dem Fall Olah die Schuld daran.

	unerfreulichen Sache das Licht nicht scheuen. “		
--	---	--	--

Interpretation: Leser*innen sollen hier wahrnehmen, dass die SPÖ ebenfalls Opfer der Malversationen ist. Aber neben Olah präsentiert sich die SPÖ als integer und an Aufklärung interessiert, nimmt also die defensive Selbstdarstellung ein.

Dennoch erfahren Leser*innen Details zu den Vorwürfen. Der Fokus des Artikels liegt auf der Absicht der SPÖ zur eigenen Aufklärungsarbeit. Eine Vertrauensbindung einer Wähler*innenschaft wird konstruiert. Hier wird zudem eine assertive Darstellung gewählt, weil eingestanden wird, dass die Partei in einer schmerzhaften Lage ist und dies durch Aufklärung wieder gut machen möchte. Hier wird Integrität und Kompetenz betont. Die Interessen, die vertreten werden, sind die der SPÖ ohne Olah und nicht Olah.

KDA 10.3

Kontext Diskurs	Aussage	Inhaltliche Bedeutung/ Ziel der Aussage	Angewandte Strategie
SPÖ und ÖGB haben Aufklärung versprochen.	„Die SPÖ hat einen vorübergehenden taktischen Nachteil in Kauf genommen , um in einer Frage, die ihre Integrität betrifft, keinen Zweifel aufkommen zu lassen.“	Aufklärung und Sauberkeit ist der SPÖ wichtiger als politisches Kalkül, dafür nimmt SPÖ auch Nachteil in Kauf	Assertive Selbstdarstellung, indem Integrität der Partei betont wird.

Interpretation: Leser*innen sollen die SPÖ trotz des Skandals als integre Partei wahrnehmen. Die Arbeiter Zeitung setzt an Stelle der SPÖ eine assertive Darstellung der SPÖ ein.

Zusammenfassung Arbeiter Zeitung über Franz Olah:

Die *Arbeiter Zeitung* wählte eine assertive Strategie im Umgang mit dem Skandal mit dem Ziel, im Interesse der SPÖ die Causa „im Licht“ und im Namen der „Integrität“ aufzuklären. Die Berichterstattung liegt klar im Interesse der SPÖ. Olah wird nicht diabolisiert, auch die Vorwürfe werden nur begrenzt geschildert. Der Fokus liegt darauf, den Schaden durch Olah von der SPÖ fernzuhalten. Leser*innen sollen an eine lückenlose Aufklärung glauben, wodurch die SPÖ ihre Integrität betont.

Die Analyse zeigt, dass die Arbeiter Zeitung sich in der Causa auf Schadensbegrenzung (Integritätsbetonung und Aufklärungsversprechen) und Ablenkungsmanöver auf politische Gegner (ÖVP) fokussiert.

Die *Arbeiter Zeitung* hat am 24. September 1964 einen großen Artikel dem Umgang der ÖVP und der ÖVP-nahen Presse gewidmet und weniger den Vorwürfen gegen Olah.³⁹

Am 26. 9. 1964 wird auf der Titelseite nur noch ein Ausschnitt des Kommuniqués der SPÖ publiziert, in dem sich auch der ÖGB von den Transaktionen Olahs distanziert. (siehe Appendix)

iii. Wochenpresse

In der *Presse*, *Wochenausgabe*, konnte nur ein Artikel zum Fall Franz Olah in der Hochphase der Enthüllungen (in den letzten zwei Septemberwochen und Anfang Oktober 1964) gefunden werden. Ansonsten wird die Causa in der tagesaktuellen Berichterstattung ausgelassen.

-) **3. Oktober 1964, Die Wochenpresse, „Des Olah-Rätsels Lösung“ S. 4**⁴⁰

KDA 11.1

Kontext Diskurs	Aussage	Inhaltliche Bedeutung/ Ziel der Aussage	Angewandte Strategie
Es ist öffentlich bekannt, dass Olah als Gewerkschaftspräsident 1,8 Millionen Schilling statutenwidrig der SW-Möbelaktion zu gewendet hat. Die Presse stellt fest, dass diese für Inseratenschaltungen in der <i>Kronen Zeitung</i> eingesetzt wurde. Die <i>Kronen Zeitung</i> druckte Inserate der SW-Möbelaktion	„Es blieb nicht das einzige. Beim Schürfen am Ideenberg waren die Olah-Freunde auf eine Goldgrube gestoßen.“	Sowohl jene bei der SW-Möbelaktion als auch bei der <i>Kronen-Zeitung</i> profitieren von der Malversation.	Einordnung der Taten in der Berichterstattung als Vorsätzlichkeit. Darstellung der Verwickelten als Mittäter durch Darstellung als Goldgräber.

Interpretation: Die *Wochenpresse* hat in diesem Artikel die Malversionen detailliert erklärt und gibt Leser*innen einen klaren Überblick, wie die Malversionen vonstattengegangen sind und beantwortet die Frage: Cui bono. Leser*innen sollen einen Überblick erhalten und aufgeklärt werden. Die ausgewählte Aussage soll die Vorsätzlichkeit der Täter*innen zeigen.

KDA 11.2

Kontext Diskurs	Aussage	Inhaltliche Bedeutung/ Ziel der Aussage	Angewandte Strategie

³⁹ Appendix 12

⁴⁰ Appendix 13

Die <i>Kronen Zeitung</i> hat ihre Inseratenvergabe erweitert und verkauft in der Sonntagsausgabe den Umschlag für Inserate.	„Von den neuen Ideen lag den Goldgräbern eine besonders am Herzen: der Sonntagsumschlag [...]“	Beteiligte machten profitables Geschäft. Verkauf der Inserate läuft, wie Goldschürfen. Vorsätzlich.	Einordnung als Skandal durch negativ eingesetzte Bezeichnungen und dadurch Betonung der Vorsätzlichkeit.
--	---	---	--

Interpretation: Leser*innen sollen wahrnehmen, dass das Inseratengeschäft für die Beteiligten ein profitables Geschäft ist. Causa wird als vorsätzliches Geschäft dargestellt.

KDA 11.3

Kontext Diskurs	Aussage	Inhaltliche Bedeutung/ Ziel der Aussage	Angewandte Strategie
Ein weiterer Beteiligter aus dem Umfeld Olahs und der <i>Kronen Zeitung</i> , der in das Inseratengeschäft mit der <i>Kronen Zeitung</i> verwickelt ist, taucht in der Öffentlichkeit auf.	„Der ‚Amor‘-Hauptgesellschafter wird der <i>Kronen Zeitung</i> nicht neiden. Er heißt Kurt Falk, gilt als enger Freund Franz Olahs und ist Teilhaber jenes Blattes , dessen Inseratenplantage er als Modist bepflanzte .“	Olahs Freund ist beteiligt und hat sich mit Olahs Gewerkschaftsgeldern über das Inseratengeschäft bereichert.	Mittels Metapher wird gezeigt, dass Falk vorsätzlich am Geschäft beteiligt ist und aufgezeigt, wie das Inseratengeschäft konstruiert wird. Aufklärende Berichterstattung und Fokus auf Anschuldigungen gegen den Täterkreis. Aber keine

Interpretation: Leser*innen erhalten eine Einordnung der Beteiligungen. Der Ton ist durch die Metapher nicht neutral, wodurch das Berichtete verstärkt in negativem Licht wahrgenommen wird. Dadurch entsteht bei den Leser*innen die Wahrnehmung, dass es sich um einen Skandal handelt, weil es gegen die Werte verstoßen muss.

Zusammenfassung der Berichterstattung zum Fall Olah der Wochenpresse:

Keine Thematisierung, dass die Malversationen eine Gefahr für die Demokratie sind oder zum Schaden der Gesellschaft geschehen. Aber der Fokus liegt auf einer umfassenden und detaillierten Aufklärung über die bekannten und recherchierten Details zur Causa rund um die Inseratenvergabe. Leser*innen erhalten einen eingeordneten Überblick über Olahs Umgang mit Gewerkschaftsgeldern und dass dieser für die persönliche Bereicherung eines engen Personenkreises geschehen ist und wie. Die gewählten Aussagen zeigen, dass die Leser*innen die Causa als Skandal wahrnehmen sollen. Die geschilderten Geschäfte verstoßen gegen die Moral, das wird durch den Einsatz von Worten wie Goldgräber, Goldgrube und Inseratenplantage ausgedrückt.

iv. Das Volksblatt

Die ÖVP-Parteizeitung hat seit dem Aufkommen der Berichte über Ungereimtheiten, die von Olah ausgingen, sowie angekündigten Untersuchungen der SP- und Gewerkschaftsgremien aus der Haltung berichtet, dass die SPÖ „ein Bild der Zerrissenheit“ bietet (*Volksblatt*, 16.9.1964⁴¹) und einen „schmutzigen Kampf“ gegen Olah führt. (*Volksblatt*, 13.9.1964⁴²)

-) 24. 9.1964, *Volksblatt*, „**Millionenskandal um Olah im ÖGB**“, Titelseite⁴³

KDA 12.1

Kontext Diskurs	Aussage	Inhaltliche Bedeutung/ Ziel der Aussage	Angewandte Strategie
Zwei Tage vor Veröffentlichung dieses Artikels wurde der Bericht über statutenwidrige Transaktionen der Gewerkschaftsgelder durch Olah veröffentlicht.	„[...] wobei die Rückflüsse von Zuwendungen für ein Zeitungsprojekt sodann – angeblich eigenmächtig – von Olah für ein anderen Objekt verwendet worden sein soll. „	Es wird insinuiert, dass Olah möglicherweise nicht eigenmächtig gehandelt habe.	Indirekter Angriff auf Quelle, deren Wahrhaftigkeit der Aussage bezweifelt wird.

Interpretation: Leser*innen erfahren von den Vorwürfen, sollen allerdings Olah nicht getrennt von der Partei in der Täterschaft sehen. Die Quelle der Vorwürfe ist die sozialistische Gewerkschaftsfraktion. *Das Volksblatt* konstruiert in dieser Aussage zumindest den Zweifel, dass Olah allein gehandelt hat.

KDA 12.2

Kontext Diskurs	Aussage	Inhaltliche Bedeutung/ Ziel der Aussage	Angewandte Strategie
Die SP-Vertretung befasst sich mit einem „Funktionsverbot“ für Olah. In der Vergangenheit hat das <i>Volksblatt</i> über einen internen „schmutzigen Kampf“ gegen Olah geschrieben.	„Den bisherigen Informationen zufolge handelt es um eine weitere Etappe in den Versuchen, Olah auszuschalten und ihm ein Comeback entweder über den Gewerkschaftsbund oder über die niederösterreichische	Die Vorwürfe seien nicht mehr Kalkül der SPÖ. SPÖ würde Olah diffamieren.	Bagatellisierung der alten und neuen Vorwürfe aber Skandalisierung der politischen Gegnerin. Allerdings wird die Quelle der Vorwürfe angegriffen ergo die eigene politische Gegnerin = Offensive gegen politischen Gegner.

⁴¹ Appendix 14

⁴² Appendix 15

⁴³ Appendix 16

	Landesorganisation abzuschneiden.“		
--	--	--	--

Interpretation: Diese Aussage in der VP-Parteizeitung ist ein Beispiel für offensive Selbstdarstellung eines/einer beschuldigten Politiker*in. Nur tritt hier eine VP-Zeitung für einen SPÖ-Politiker stellvertretend in die Verteidigung ein. Die Vorwürfe werden bagatellisiert, indem sie als Versuch dargestellt werden, Olah als politischen Gegner zu diffamieren, was wiederum der SPÖ schaden soll. Es kann angenommen werden, dass diese Taktik angewandt wurde, um die Integrität und die Moral der SPÖ beider Wähler*innenschaft anzukreiden.

-) 25.9.1964, Volksblatt, „Mehr Demokratie in die Arbeiterkammer“, von ÖGB-Vizepräsidenten (ÖVP) Erwin Altenbruger, Titelseite + Fortsetzung S. 2⁴⁴

KDA 13.1

Kontext Diskurs	Aussage	Inhaltliche Bedeutung/ Ziel der Aussage	Angewandte Strategie
Nahende Kammerwahlen, Volksblatt publiziert einen Kommentar von VP-Funktionär und ÖGB-Vizepräsident Erwin Altenburger sehr präsent.	„Also handelt es sich um ein statutenwidriges Vorgehen von Mitgliedern dieser Kontrollkommission, das dieses Anti-Olah-Material seinen Gegnern in der SPÖ zuspelte.“	Die sozialistische Fraktion habe sich statutenwidrig verhalten. Die Vorwürfe seien von Olahs politischen Gegner*innen.	Stellvertretende Offensive gegen SP-Fraktion im ÖGB. Bagatellisierung der Vorwürfe durch Bezeichnung des Anti-Olah-Materials und Skandalisierung der SPÖ.

Interpretation: Das Volksblatt befindet sich durch die ÖVP im Kammer-Wahlkampf. Dadurch wird die SPÖ und vor allem die sozialistische Fraktion im ÖGB, die als Gegnerin der VP bei den Kammerwahlen antritt, zum Feind. Ihr Verhalten wird den Leser*innen als falsch und verwerflich dargestellt. Negatives Licht fällt dadurch auf SPÖ und SP-Gewerkschaftsfraktion statt auf den eigentlichen Täter, Olah. Dieser wird als Opfer der eigenen Partei stilisiert.

KDA 13.2

Kontext Diskurs	Aussage	Inhaltliche Bedeutung/ Ziel der Aussage	Angewandte Strategie
Nahende Kammerwahlen, Volksblatt publiziert einen Kommentar von VP-Funktionär und ÖGB-Vizepräsident Erwin Altenburger sehr präsent.	„Der Österreichische Gewerkschaftsbund aber sieht durch das Verschulden der SPÖ nun plötzlich im schiefen Licht “	Die SPÖ ist die Schuldige an dem Skandal.	Offensive gegen SPÖ. Projektion des Olah-Skandals auf die SPÖ.

⁴⁴ Appendix 17

Interpretation: In diesem Beispiel zeigt sich die Projektion des Skandals von Olah auf die ganze SPÖ deutlich. Leser*innen sollen kurz vor der Kammerwahl die gesamte SPÖ als Schadensbringer für den ÖGB und damit alle Gewerkschaftsmitglieder wahrnehmen. Die SPÖ erhält die Täterschaft. In dieser Arbeit soll diese Strategie projizierte Offensive genannt werden, die SPÖ ist zwar die Quelle der Vorwürfe aber gleichzeitig die Täterin.

-) 26.9.1964, Volksblatt, „Der Fall ‚SPÖ‘“, Titelseite + Fortsetzung S. 2⁴⁵

An diesem Tag erschienen zwei Beiträge zum Fall Olah. Ein recht neutraler Bericht zu den Entwicklungen, in dem auch bestätigt wurde, dass Olah eigenmächtig agiert hat. Und ein Kommentar, der hier nun genauer untersucht werden soll.

KDA 14. 1

Kontext Diskurs	Aussage	Inhaltliche Bedeutung/ Ziel der Aussage	Angewandte Strategie
Propaganda-Kommentar gegen die SPÖ kurz vor der Kammerwahl. Die Causa Olah dürfte der SPÖ bei den Kammerwahlen.	„Das nachgerade schon Groteske am Fall Olah – der von Broda, Benya und Genossen geforderte Kopf Olahs steckt wie eine unknackbare Nuß zwischen den sperrangelweiten Kiefern Pittermans – darf uns nicht darüber hinwegtäuschen, daß das, was sich in der Sozialistischen Partei abspielt, eine Tragödie ist: kein Fall ‚Olah‘ , sondern ein Fall ‚SPÖ‘ “	Abberufung Olahs war ein interner Racheakt. Aber Olah ist unkackbar. Problematisch ist nicht Olah, sondern das Vorgehen der Partei.	Bagatellisierung des Falls auf SP-interne Intrige. Moral und Integrität der SPÖ angegriffen. Skandal betrifft gesamte SPÖ. Täter*innenschaft liegt bei gesamter SPÖ.

Interpretation: Leser*innen sollen den Skandal bei der gesamten SPÖ sehen, Rückschluss des Falls Olah auf die gesamte Partei. Projektion des Skandalträchtigen. Das wird schon im Titel deutlich: „Der Fall SPÖ“ statt „Der Fall Olah“.

Zusammenfassung der Berichterstattung des Volksblatts zur Causa Olah:

Das *Volksblatt* verwendet den Fall Olah, um der SPÖ zu schaden. Durch die Stilisierung Olahs als Opfer eines schmutzigen Kampfes gegen ihn wird die SPÖ zum Übeltäter gemacht. Das Volksblatt verwendet eine Offensive gegen die SPÖ als politische Partei und macht den Skandal um Olah zu einem Skandal der SPÖ. Leser*innen sollen die Täter*innenschaft bei der Sozialistischen Partei insgesamt sehen, die

⁴⁵ Appendix 18

gegen die Moral und die Werte verstößt. Die Täter*innenschaft wird von Olah auf die SPÖ projiziert beziehungsweise setzt die SPÖ anstelle Olahs in die Verantwortlichkeit.

v. Zusammenfassung der Ergebnisse der KDA zum Fall Olah

Bei der Berichterstattung über den Fall Franz Olah Mitte der 1960er Jahre werden durch die Kritische Diskursanalyse der Berichterstattung die Agenden der analysierten Zeitungen sehr deutlich. Besonders interessant ist, dass jedes Medium eine eigene Haltung eingenommen hat, die auch Aufschluss über die politischen und persönlichen Interessen der Akteur*innen geben.

Zunächst soll erklärt werden, dass die KDA der *Wochenpresse* gezeigt hat, dass die „Qualitätszeitung“ hier Wert auf ein aufklärendes Narrativ legt. Zwar wird rhetorisch eine klare Täter*innenschaft erzeugt. Allerdings fokussiert sich die Berichterstattung darauf, dass die Leser*innen einen Überblick erhalten und die Vorwürfe eingeordnet werden, allerdings zeigt sich kein deutliches parteipolitisches Kalkül.

Ganz andere Ergebnisse ergab die Analyse der Partei-Zeitungen *Arbeiter Zeitung* und *Volksblatt*. Das *Volksblatt* als ÖVP-Parteiorgan nutzt den Fall Olah narrativ, um der eigenen politischen Gegnerin SPÖ zu schaden. Wichtig bei der Einschätzung ist, dass zu diesem Zeitpunkt sowohl die Kammerwahl als auch die niederösterreichischen Landtagswahlen kurz bevorstanden. Es ist also naheliegend, dass das VP-Blatt den Skandal um Olah bewusst einsetzt, um einen eigenen politischen Vorteil zu haben. Dafür wird die Verantwortung des Skandals von Olah auf die SPÖ projiziert. Die SPÖ wird zusätzlich offensiv als Quelle der Vorwürfe und als Quelle des Übels angegriffen, wodurch ihre Werte und Integrität beschädigt werden sollen.

Die *Arbeiter Zeitung* versucht genau das Gegenteil. Die Causa wird zwar als Skandal behandelt, jedoch wird die Schuld klar Olah zugewiesen. Die mediale Vertretung der SPÖ versucht mittels assertiver Darstellung, die Integrität der SPÖ zu betonen und so den Skandal bei Olah als Einzelperson und nicht bei der Partei zu konstruieren.

Die vierte Position wird durch die *Kronen Zeitung* eingenommen. Hier wird eine klare Skandalisierung vorgenommen, allerdings ist eine Kampagne zur Verteidigung Olahs zu erkennen. Ähnlich dem *Volksblatt* wird der Umgang der SPÖ mit Olah skandalisiert, die Vorwürfe gegen Olah aber bagatellisiert. Durch die Analyse wird deutlich, dass die *Kronen Zeitung* zur Verteidigung Olahs, ihres Geldgebers, stellvertretend die Quelle der Vorwürfe angreift. Strategisch wird eine Opfer-Täter-Umkehr konstruiert und der Vorwurf der Diffamierung angewandt.

c. Der BUWOG-Skandal

i. Die Presse

Die Presse berichtet im Herbst 2009 regelmäßig über Entwicklungen rund um die Ungereimtheiten bei der Privatisierung der Bundeswohnungen GmbH.

-) 4. 10. 2009, *Die Presse am Sonntag*, „Der angepatzte Strahlemann“, S. 3⁴⁶

KDA 15.1

Kontext Diskurs	Aussage	Inhaltliche Bedeutung/ Ziel der Aussage	Angewandte Strategie
Die Provisionszahlungen an Grasser-Freunde Walter Maischberger und Peter Hohegger sind öffentlich bekannt.	„Es ist wieder das System Grasser , das jetzt am Pranger steht. Es geht um die Vermischung von Freundschaften, Politik und Geschäft“	Hinter den Vorwürfen steht ein System Grasser, ergo eine wiederholbare und vorsätzliche Taktik. Die Vorwürfe werden nicht von der Presse erhoben, sondern werden öffentlich kritisiert (Pranger)	Einordnung als öffentlicher Skandal durch die Betonung eines Vorsatzes und Systems.

Interpretation: Die Position *Der Presse am Sonntag* ist jene der Berichterstatlerin und neutralen Einordnerin. Allerdings wird die Causa als politischer und öffentlicher Skandal für Leser*innen konstruiert, weil das „System Grasser“ „am Pranger“ steht, ergo öffentlich kritisiert wird, eben weil Grasser sich gegen die Norm verhalten hat. Die Presse bezieht nur indirekt Position gegen Grasser, vielmehr erhalten Leser*innen den Eindruck, dass die Vermischungen im System Grasser unmoralisch sind, sonst würden sie nicht (scheinbar zum wiederholten Male) am Pranger stehen.

KDA 15.2

Kontext Diskurs	Aussage	Inhaltliche Bedeutung/ Ziel der Aussage	Angewandte Strategie
Im Magazin „Profil“ hat ein nicht näher benannter „Spitzenbeamter aus dem Kabinett Grasser“, Grasser schwer belastet und behauptet, die Auswahl von Lehman	„Die jetzt öffentlich gewordenen dubiosen Provisionszahlungen an Grassers Freunde , die dem Verkauf des Bundes-	Zahlungen sind nicht der Norm entsprechend. Betonung, dass die Zahlungen an	Einordnung als politischer Skandal plus Aufklärung.

⁴⁶ Appendix 19

Brothers, als Verkaufsverfahrensbeauftragte sei auf Grassers Wunsch ausgewählt worden	Wohnbaugesellschaften bezahlt wurden, machen dieses System öffentlich sichtbar: “	Grassers persönliches Umfeld gingen. Auch das entspricht nicht der Norm. Dahinter steckt ein System, wodurch Vorsätzlichkeit betont wird. Das System wurde nun enttarnt.	
---	--	--	--

Interpretation: Leser*innen sollen wahrnehmen, dass hinter den Provisionszahlungen ein vorsätzliches System steckt, das nun enthüllt wurde und durch das Grassers persönliches Umfeld profitiert hat. Diese Darstellung entspricht der Einordnung als politischer Skandal, da es nicht der Norm entspricht. Hinweis darauf gibt auch der Einsatz des Wortes “dubios”.

KDA 15.3

Kontext Diskurs	Aussage	Inhaltliche Bedeutung/ Ziel der Aussage	Angewandte Strategie
Der Rechnungshof hat kritisiert, dass im Kaufvertrag das Einweisungsrecht des Bundes fehlte, wodurch die Käufer*innen einen Vorteil von 200 Millionen Euro haben würden.	„Höchst aufklärungsbedürftig ist auch ein zweiter vom Rechnungshof gerügter Umstand“	Es gibt weitere Ungereimtheiten, die aufgeklärt werden müssen. Das Ausmaß der Korruption geht weiter als bisher bekannt. Aufklärung und Ermittlungen sind notwendig.	Einordnung als Skandal, der der Aufklärung bedarf.

Interpretation: Erneut schildert die *Presse* Ungereimtheiten und ordnet diese als Skandal ein. Das passiert durch die Forderung nach Aufklärung. Was der Causa rückwirkend Malversation unterstellt. Leser*innen sollen in dieser Schilderung ein unmoralisches Verhalten Grassers vermuten.

-) 9.10.2009, *Die Presse*, „Korruptionsaffäre Buwog eskaliert“, S. 15, Aufschlagsseite Wirtschaftsteil⁴⁷

⁴⁷ Appendix 20

KDA 16.1

Kontext Diskurs	Aussage	Inhaltliche Bedeutung/ Ziel der Aussage	Angewandte Strategie
Enthüllungen des Magazins „Format“ zeigen die Involvierung Grassers und die Manipulation des Verkaufsprozesses, wodurch die CA Immo einen Bieterinnen-Vorteil erhalten hat,	„ Skandal. Der finanzielle Rahmen für das konkurrierende Angebot war vorab bekannt. Auch Grassers war informiert“	Durch das Schlagwort „Skandal“ wissen Leser*innen sofort, wie sie das Berichtete einzuordnen haben.	Skandalisierung durch Bezeichnung des Skandals

Interpretation: Bei diesem Beispiel wurde der Vorspann analysiert, weil dieser Leser*innen auf einen Blick erklären soll, worum es sich in der berichteten Causa handelt: Um einen Skandal. Für Leser*innen soll so schon vor Beginn des Fließtextes deutlich werden, dass die Causa Buwog und die Involvierung Grassers ein Skandal ist.

KDA 16.2.

Kontext Diskurs	Aussage	Inhaltliche Bedeutung/ Ziel der Aussage	Angewandte Strategie
Enthüllungen des Magazins „Format“ zeigen die Involvierung Grassers und die Manipulation des Verkaufsprozesses, wodurch die CA Immo einen Bieterinnen-Vorteil erhalten hat,	„In der vermuteten Korruptionsaffäre Buwog [...] wird es für die Beteiligten immer enger“	Es ist noch nicht sicher belegt, dass es sich bei der Buwog-Causa um Korruption handelt, aber es deutet alles darauf hin. Das wird durch den Einsatz der Worte Affäre und Korruption erwirkt	Skandalisierung und Einordnung der „Affäre“ als Skandal. Aber keine definitive Behauptung, da sie nicht belegen können.

Interpretation: Den Leser*innen werden die Entwicklungen rund um den Verkauf der Buwog klar als Skandal konstruiert. *Die Presse* handelt jedoch journalistisch redlich, indem keine definitive Behauptung der Korruption aufgestellt wird, sondern die Causa als „vermutliche Korruptionsaffäre“ bezeichnet.

-) 13.10.2009, *Die Presse*, „Eine ziemlich verfilzte Republik“, Kommentar, Josef Urschitz, S. 17, **Wirtschaftsteil** ⁴⁸

KDA 17.1

Kontext Diskurs	Aussage	Inhaltliche Bedeutung/ Ziel der Aussage	Angewandte Strategie

⁴⁸ Appendix 21

Der Journalist und Kommentator fordert in diesem Text von der Regierung schärfere Anti-Korruptionsmaßnahmen.	„Was die vergangenen Tage in der Buwog-Affäre [...] an unfassbarer filziger Freunderlwirtschaft rund um Ex-Finanzminister Karl-Heinz Grasser an die Oberfläche gespült wurde, ist zwar verdammt unappetitlich , aber nicht wirklich überraschend“	Es handelt sich um eine der Norm widersprechende Affäre. Filz: Undurchsichtig, eng miteinander verwoben Freunderlwirtschaft: Dem eigenen Umfeld zugeschanzt Gespült: Es war verdeckt und kam unfreiwillig an die Oberfläche Verdammt unappetitlich: So schlimm, dass einem schlecht wird	Skandalisierung durch Einsatz vieler negativer Adjektive, um Ausmaß der Vorwürfe verständlich zu machen.
--	---	--	--

Interpretation: Durch diesen ersten Satz im Kommentar erhalten Leser*innen die Einordnung der Causa als „unappetitlicher“ Skandal. Das korrupte Verhalten, in dem Fall undurchsichtige, eng-verwobene Freunderlwirtschaft, wird als „verdammt unappetitlich“ dargestellt. Die Vorwürfe werden als Übel dargestellt, das so schlimm ist, dass es den Appetit verdirbt, Übelkeit erzeugend wirkt. Durch die Sammlung an negativen Adjektiven zur Beschreibung der Causa wird diese skandalisiert.

KDA 17.2

Kontext Diskurs	Aussage	Inhaltliche Bedeutung/ Ziel der Aussage	Angewandte Strategie
Der Journalist und Kommentator fordert in diesem Text von der Regierung schärfere Anti-Korruptionsmaßnahmen	„Da gibt es einen größeren (mutmaßlichen, muss man derzeit noch sagen) Korruptionsskandal im Herzen der Republik“	Juristisch sei zwar korrekt, dass man offiziell von „mutmaßlich“ schreibt, jedoch sei schon klar, dass es um Korruption ginge und dies werde wohl auch bald belegt. Klare Bezeichnung als Korruptionsskandal	Skandalisierung durch Bezeichnung der Causa als „Korruptionsskandal“

Interpretation: Leser*innen sollen die Causa klar als Korruptionsskandal wahrnehmen.

Zusammenfassung der Berichterstattung der Presse:

Die Analysen zeigen, dass die Leser*innen die Buwog-Causa als politischen Skandal wahrnehmen sollen. Das wird durch die klare Sprache und den Einsatz der Worte „Skandal“, „Korruptionsaffäre“ in

den Titeln, Schlagwort und Vorspann der Artikel erzeugt. Dadurch wissen Leser*innen, ohne den aktuellen Artikel zu lesen, wie die Enthüllungen rund um die Buwog-Privatisierung einzuordnen sind.

Der Fokus der Berichterstattung liegt auf der Aufklärung: Den Leser*innen wird also auch eingeordnet, warum es sich dabei um eine Korruptionsaffäre handelt. Die Beschreibung der Malversationen als „Freunderlwirtschaft“ erläutert zusätzlich, dass das Verhalten Grassers und seiner zu dem Zeitpunkt noch mutmaßlichen Komplizen gegen die Norm und die Werte verstößt.

Das verfolgte Ziel scheint die Aufklärung der Leser*innen.

ii. Kronen Zeitung

-) 3. 10. 2009, *Kronen Zeitung* „Razzia im BUWOG-Millionenkrimi“, S. 19⁴⁹

KDA 18.1

Kontext Diskurs	Aussage	Inhaltliche Bedeutung/ Ziel der Aussage	Angewandte Strategie
Nach der Selbstanzeige von Grassers Verbündeten Peter Hochegger und Walter Meischberger gab es bei beiden Hausdurchsuchungen bei deren Firmen- und Privatadressen.	„Knalleffekt im undurchsichtigen Millionen-Krimi um den Verkauf der Bundeswohnungen (BUWOG) an die Immofinanz.“	Der Ablauf des Verkaufs ist nicht transparent, entgegen der Norm abgelaufen. Millionen-Krimi: Es handelt sich dabei um kriminelle Machenschaften, bei denen es um viel Geld geht.	Skandalisierung. Klare Rhetorik der Skandalisierung durch den Einsatz der Worte „Krimi“ und „undurchsichtig“

Interpretation: Die Leser*innen der *Kronen Zeitung* sollen die Causa Buwog als Skandal wahrnehmen. Dafür greift die Kronen Zeitung rhetorisch auf Vergleiche mit Kriminalfiktion („Krimi“), also Erzählung über Verbrechen und das Wort „undurchsichtig“, also das Gegenteil einer transparenten Abwicklung zurück.

KDA 18.2.

Kontext Diskurs	Aussage	Inhaltliche Bedeutung/ Ziel der Aussage	Angewandte Strategie
Ans Licht kamen erste Ungereimtheiten spätestens nachdem Hochegger und	„Hintergrund der Razzia [...] bei der Finanz vor zwei	Es gab Malversationen, die geheim hätten bleiben sollen.	Skandalisierung durch Einsatz der skandalisierenden Rhetorik

⁴⁹ Appendix 22

Meischberger sich Ende September 2009 selbst angezeigt hatten.	Wochen aufgeflogene BUWOG-Affäre“	Die Causa ist ein Skandal und wird als Affäre bezeichnet	„aufgeflogen“ und „Affäre“
--	--	--	----------------------------

Interpretation: Die *Kronen Zeitung* skandalisiert die Causa durch die gewählte Rhetorik. Der Einsatz der Worte „Affäre“ und „aufgeflogen“ zeigt Leser*innen, dass der Ablauf des Verkaufs gegen Werte und Normen intransparent abgelaufen ist und dass es sich dabei um einen Skandal handelt, der vor den Augen der Öffentlichkeit hätte versteckt bleiben sollen.

-) 4. Oktober 2009, *Kronen Zeitung*, „BUWOG-Sumpf um Grasser“, S. 11⁵⁰

KDA 19.1

Kontext Diskurs	Aussage	Inhaltliche Bedeutung/ Ziel der Aussage	Angewandte Strategie
Nachdem der ehemalige Beamte aus dem Finanzministerium Lamprecht Grasser in einem Interview mit dem Nachrichtenmagazin <i>Profil</i> belastet hat, gibt es auch Vorwürfe gegen ihn.	„In der BUWOG-Affäre wird es nun aber auch für den einstigen ‚Sunnyboy‘ der Regierung ungemütlich. Denn trotz aller energischer Dementis gerät Ex-Finanzminister Karl-Heinz Grasser immer tiefer in das undurchsichtige Dickicht von Geschäften und Firmen“	Affäre steht klar für Verstoß gegen Norm und Werte Grasser ist kein Sunnyboy mehr, sondern in Ungnade gefallen Grasser ist involviert in die intransparente Zahlungskonstruktion.	Skandalisierung durch Rhetorik, die Involvierung Grassers negativ darstellt.

Interpretation: Schon im Titel wird das Wort „Sumpf“ eingesetzt. Dadurch wird den Leser*innen eingeordnet, dass es sich hier um einen Sachverhalt handelt, bei dem die Beteiligten wenig Moral besitzen.

Die Aussage zeigt, dass Leser*innen die Causa als Verstoß gegen Norm und Werte wahrnehmen sollen und dass auch Grasser selbst kein Opfer sondern zumindest Mittäter ist.

-) 8.10.2009, *Kronen Zeitung*, „Grüne verbeißen sich jetzt in Ex-Finanzminister Grasser“, S. 3⁵¹

⁵⁰ Appendix 23

⁵¹ Appendix 24

KDA 20.1

Kontext Diskurs	Aussage	Inhaltliche Bedeutung/ Ziel der Aussage	Angewandte Strategie
Nachdem enthüllt wurde, dass (wie schon zu einem früheren Zeitpunkt vom Rechnungshof gerügt) im End-Kaufvertrag der BUWOG an die Immofinanz das Einweisungsrecht fehlte und dadurch dem Bund 200 Millionen Euro entgangen sind, fordern die Grünen einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss.	„Die Grünen lassen bei ihrer Verfolgungsjagd auf Ex-Finanzminister K.-H. Grasser nicht locker: “	Grünen würden Grasser unermüdlich jagen.	Bagatellisierung durch Angriff auf Grüne, die Aufklärung durch U-Ausschuss wollen. Grasser wird zum Opfer einer Verfolgungsjagd gemacht.

Interpretation: Neuerlich ist schon der Titel der sehr kurzen Meldung in der *Kronen Zeitung* sehr aussagekräftig. Die negative Formulierung zeigt, dass die *Kronen Zeitung* darauf abzielt, dass die Leser*innen Grasser als Opfer einer politischen Verfolgung sehen, wodurch Grasser zum Opfer gemacht wird. Hier wird nicht die Malversation durch den Ex-Finanzminister skandalisiert, sondern die Forderung nach Aufklärung durch die Grünen.

-) 12.10.2009, *Kronen Zeitung*, „**BUWOG-Affäre: Mehrheit für U-Ausschuss**“, S. 3⁵²

KDA 20.2

Kontext Diskurs	Aussage	Inhaltliche Bedeutung/ Ziel der Aussage	Angewandte Strategie
Laut ORF/OGM Umfrage wünschen sich 60 Prozent der befragten Personen in Österreich einen U-Ausschuss zur Causa BUWOG. Regelmäßige Enthüllungen und Recherchen durch investigative Nachrichtenmagazine „Profil“ und „Format“	„Die Grasser-Jäger von ‚profil‘ bis ‚Format‘ haben sich in den Ex-Finanzminister verbissen“	Grasser werde gejagt. Negative Darstellung von Enthüllungsmagazinen durch indirekten Vergleich mit Kampfhunden. Grasser als Opfer stilisiert.	Bagatellisierung durch Angriff auf Quelle neuer Vorwürfe. Stellvertretende Offensive. Grasser wird zum Opfer einer Jagd gemacht

⁵² Appendix 25

Interpretation: In diesem Fall wird die Causa bagatellisiert, da nicht die enthüllten Vorwürfe skandalisiert werden, sondern die Enthüllungen durch Medien, also die Quelle der Vorwürfe angegriffen wird. Sie werden negativ als Jäger bezeichnet, wodurch Grasser, der eigentliche Täter, für Leser*innen zum Opfer einer medialen Jagd stilisiert wird.

Zusammenfassung der Berichterstattung der Kronen Zeitung zur BUWOG-Causa:

Die Positionierung der *Kronen Zeitung* zur BUWOG-Causa ist nicht einheitlich. Die Beispiele zeigen jedoch eine klare rhetorische Skandalisierungs-Tendenz der „Affäre“. So wird in den Titeln, dem Vorspann und den Texten selbst häufig negative skandalisierende Rhetorik eingesetzt. Das passiert etwa durch den Einsatz der Worte „Krimi“, „Sumpf“ oder auch „undurchsichtig“.

Gleichzeitig wird Grasser aber auch als Opfer einer Berichterstattung und einer Partei stilisiert. Das passiert durch den Einsatz von Worten, wie in Grasser „verbeißen“, „Verfolgungsjagd“.

iii. Zusammenfassung der Ergebnisse der KDA zur BUWOG-Affäre

Im Herbst 2009, als immer mehr Malversationen rund um den Verkauf der BUWOG an die Öffentlichkeit kamen und auch der Ex-Finanzminister Karl-Heinz Grasser in den Fokus der Öffentlichkeit geriet, haben sowohl die „Qualitätszeitung“ *die Presse* als auch die Boulevardzeitung *Kronen Zeitung* beinahe täglich berichtet. Die Kritische Diskurs Analyse der Artikel der beiden Zeitungen aus diesem Zeitraum (Oktober 2009) zeigt aber, dass die Medien unterschiedliche narrative Strategien zur Einordnung der Entwicklungen wählten. Während die *Presse* eine klare Rhetorik zur Einordnung der Causa als politischer Skandal nutzt, indem sie die Worte „Skandal“, „Korruption“ und „Freunderlwirtschaft“ einsetzt und damit Leser*innen darstellt, worum es sich handelt. Die Analyse zeigt, dass die Einordnung als politischer Skandal durch Schilderung der Fakten und Benennung dieser als „Skandal“ funktioniert.

Die *Kronen Zeitung* hingegen emotionalisiert Leser*innen durch einen erhöhten Einsatz von wertenden Adjektiven und sprachlich negativen Vergleichen: „Krimi“, „Sumpf“, „Verfolgungsjagd“, „Verbeißen“. Die Berichterstattung will durch diesen Einsatz und die negativen Vergleiche und Sprachbilder bei Leser*innen eine negative Bewertung erzeugen. Allerdings ist die Position der Berichterstattung nicht kohärent. So sind die Causa per se und die Beteiligten als Skandal beziehungsweise skandalös eingeordnet, allerdings werden auch die Quellen der Vorwürfe und politischen Gegner*innen (Grüne) des Beschuldigten Grasser skandalisiert und mit negativen Vergleichen dargestellt. Der Fokus liegt auf der Erzeugung einer negativen Wahrnehmung: Alle Seiten sind skandalös.

7. ZUSAMMENFASSUNG DER KDA-ERGEBNISSE

Die drei Analysen zeigen unterschiedliche Ansätze in der Berichterstattung über politische Skandale. Diese erkannten Unterschiede sind sowohl in den jeweiligen Medien-Kategorien (Boulevard, „Qualität“, Partei-Zeitungen) als auch im zeitlichen Verlauf auszumachen.

Die KDA der Berichterstattungen über den Krauland-Skandal der Boulevard-Zeitung *Wiener Wochenpresse* zeigt, dass die *Wiener Wochenausgabe*, wie selbst in ihren Artikeln selbstbezeichnet „als parteiloses Medium“ agiert. Die Analyse hat ergeben, dass die Zeitung eine mediale Kampagne gegen Peter Krauland geführt hat. Das wird erreicht, indem klare Skandalisierungen und Dämonisierungen des „Täters“ vorgenommen werden, während die Leser*innen als österreichische Steuerzahler*innen als Opfer dargestellt werden. Die Berichterstattung nutzt stellenweise eine Wir-gegen-die-Anderen-Dynamik, um ein Feindbild zu konstruieren und die Leser*innen negativ zu emotionalisieren und so Stimmung gegen Krauland zu machen.

Im Gegensatz dazu verschweigen die SPÖ- und ÖVP-Parteizeitungen weitgehend die Vorwürfe gegen einen ÖVP-Politiker oder verleumden die Quellen. Dies scheint vom Proporz-System und den Zusammenhalt zwischen SPÖ und ÖVP motiviert zu sein.

Die zweite Kritische Diskurs-Analyse über die Berichterstattung zum Fall Olah in den 1960er Jahren zeigt, dass die verschiedenen Zeitungen unterschiedliche narrative Strategien verfolgen. Die Berichterstattungen sind diversifizierter: Die „Qualitätszeitung“ die *Presse* legt Wert auf ein aufklärendes Narrativ und erzeugt eine klare Täter*innenschaft, ohne jedoch offensichtlich ein parteipolitisches Kalkül zu verfolgen. Die ÖVP-Parteizeitung *Das Volksblatt* nutzt den Skandal gezielt gegen die SPÖ, während die Arbeiterzeitung die Schuld klar bei Olah belässt und versucht, die SPÖ zu entlasten. Die *Kronen Zeitung* hingegen skandalisiert die SPÖ, während sie ihren Financier Olah verteidigt und die Vorwürfe gegen ihn bagatellisiert.

2009, als der Buwog-Skandal an die Öffentlichkeit kommt und Enthüllungsmagazine wie *Profil* und *Format* in ihren Ausgaben regelmäßig neue Details zur Involvierung Grassers publizieren, gibt es keine Parteizeitungen mehr. In dieser Zeit zeigen *Die Presse* und die *Kronen Zeitung* durch die Kritische Diskursanalysen unterschiedliche narrative Strategien in ihrer Berichterstattung.

Während *Die Presse* eine klare Rhetorik und faktische Berichterstattung verwendet und die Causa als politischen Skandal einordnet, emotionalisiert die *Kronen Zeitung* ihre Leser*innen mit wertenden Adjektiven und negativen Vergleichen, um eine negative Wahrnehmung zu erzeugen. Obwohl beide Zeitungen die Causa als Skandal darstellen, verfolgt jede ein anderes Ziel (Einordnung durch Fakten versus Einordnung durch Emotion) und nutzt unterschiedliche Mittel, um ihre Narrative zu formen.

8. CONCLUSIO:

Zusätzlich zum erfragten Forschungsinteresse haben die Kritischen Diskursanalysen (KDA) gezeigt, dass sich durch die Methode der KDA entlang der Berichterstattung zu den jeweiligen politischen Korruptionsskandalen die politischen Interessen und Haltungen der jeweiligen Medien zum jeweiligen Zeitpunkt reflektieren lassen. Diese Erkenntnisse untermauern die Ergebnisse der KDA zur angewandten Strategie des jeweiligen Mediums.

Im Folgenden sollen die Erkenntnisse kurz geschildert werden:

Die erste Analyse (Fall Krauland, 1950) zeigt eine aggressive Skandalisierung, während die zweite (Franz Olah, 1964) und dritte Analyse (BUWOG, 2009) differenziertere Ansätze in der Darstellung der Verantwortung für die Malversationen zeigen ebenso wie das politische Interesse der Akteur*innen.

Die Berichterstattung ist stark von den politischen Interessen der jeweiligen Zeitungen geprägt. Die Parteizeitungen verfolgen meist eine Strategie zur Diskreditierung der politischen Gegner, während die „Qualitätszeitungen“ versuchen, ein ausgewogeneres Bild zu präsentieren.

Der Boulevard neigt dazu, emotionalisierende Sprache zu verwenden, während die „Qualitätszeitungen“ eine sachlichere Herangehensweise wählen, um die Fakten zu präsentieren und ein aufklärendes Narrativ zu fördern.

Insgesamt reflektieren die Analysen, wie Medien durch ihre Berichterstattung nicht nur über Skandale informieren, sondern auch versuchen, politische Narrative zu gestalten und Einfluss auf die öffentliche Wahrnehmung zu nehmen.

Durch die Erkenntnisse sind die Forschungsfragen wie folgt zu beantworten:

Wie werden politische Korruptionsskandale in Österreich im öffentlichen Diskurs konstruiert?

Je nach politischer Agenda und Medien-Kategorie verfolgen die Zeitungen unterschiedliche Narrative, wie der Fall konstruiert wird. Dabei werden zwei Strategien erkennbar verfolgt: Skandalisierung beziehungsweise die Einordnung des Falls als Skandal und die Bagatellisierung.

Die Bagatellisierung funktioniert vor allem über Nicht-Berichterstattung und die stellvertretende Offensive. Dabei tritt die Zeitung als Verteidigerin des/der beschuldigten Politiker*in auf und attackiert stellvertretend für die beschuldigte Person die Quelle der Vorwürfe offensiv. Dafür wird eine gegen die beschuldigte Person gerichtete Diffamierungskampagne vorgeworfen, wodurch eine Art Täter*innen-Umkehr angewandt wird und der eigentliche Täter zum Opfer stilisiert wird. In wenigen Fällen konnte

auch eine defensive Verteidigung erkannt werden, allerdings wurde diese Darstellungsform wider Erwarten deutlich seltener in den Samples angewandt.

Als Skandal werden die Fälle vor allem durch den rhetorischen Einsatz von negativen Assoziationen des Falls mit Täter*innen, den Vorwürfen und in einigen Fällen der Nennung einer Opfer-Gruppe gewertet. Interessanterweise ergab die Forschung, dass die Nennung des Schadens für die Demokratie keine erkennbare Skandalisierungsstrategie ist. Stattdessen wird bei der Skandalisierung häufig Schaden für eine spezielle, abgegrenzte betroffene Gruppe, etwa Partei, Steuerzahler*innen (Krauland), finanzieller Schaden für den Bund (BUWOG) oder Angestellte (ÖGB-Mitglieder im Fall Olah) hervorgehoben. Es werden also konkretere Gruppen genannt und nicht das politische System.

Bei den gewählten Strategien, also der Einordnung und Konstruktion als Skandal oder Bagatelle, unterschieden sich je nach Medien-Kategorie und Zeitpunkt in der Zweiten Republik allerdings die Darstellungsformen, wie die verfolgten Ziele erreicht werden. Diese Unterschiede beeinflussen zusätzlich, wie politische Skandale zum Zeitpunkt wahrgenommen werden sollen und bei den Leser*innen interpretiert werden sollen. Die Erkenntnis über diese Unterschiede beantwortet die Subfragen, wie folgt:

Welche Narrativ-Strategien wählen Parteizeitungen, Boulevard und Qualitätszeitungen?

Die Kritischen Diskurs Analysen der unterschiedlichen Medien-Kategorien und ihr Umgang mit den ausgewählten politischen Korruptionsskandalen; also „Qualitätszeitungen“ (wie die *Presse*), Boulevardzeitungen (wie die *Kronen Zeitung* und die *Wiener Wochenausgabe*) und Parteimedien (die *Arbeiterzeitung*, das *(kleine)Volksblatt*) – zeigen verschiedene wiederkehrende narrative Strategien, die jeweils auf unterschiedliche Interessen ausgerichtet sind. Hier sind die erkennbaren Narrative:

1. Qualitätszeitungen (z. B. *Presse*)

- Aufklärendes Narrativ: „Qualitätszeitungen“ wie die *Presse* vermitteln in ihrer Berichterstattung ein aufklärendes und informatives Bild der Causae. Sie versuchen, die Leser*innen umfassend über die Hintergründe eines Skandals zu informieren, indem sie Fakten und Analysen bereitstellen.
- Faktenorientierung: Die Berichterstattung konzentriert sich auf die Schilderung von Fakten und die Einordnung der Vorwürfe. Begriffe wie „Skandal“, „Korruption“ und „Freunderlwirtschaft“ werden genutzt, um die Schwere der Vorwürfe zu verdeutlichen.
- Weniger parteipolitisches Kalkül: Im Vergleich zu Parteimedien zeigen „Qualitätszeitungen“ häufig eine neutralere Haltung, ohne eine klare politische Agenda zu verfolgen. Dies soll das Vertrauen der Leser*innen in die Objektivität der Berichterstattung stärken.

Der Fall Krauland stellt hier eine Ausnahme dar – auch die *Presse* als bürgerliche Zeitung mit ÖVP-Nähe in der Nachkriegszeit dürfte das politische Interesse verfolgt haben, die ÖVP als bürgerliche Partei nicht schädigen zu wollen. Sie verfolgten teilweise die gleiche Strategie wie die ÖVP-Zeitung *Das kleine Volksblatt*.

2. Boulevardzeitungen (z. B. *Kronen Zeitung*, *Wiener Wochenausgabe*)

- Emotionalisierung: Boulevardzeitungen verwenden häufig emotionalisierende Sprache und wertende Adjektive, um eine dramatische Wirkung zu erzielen. Begriffe wie „Krimi“, „Sumpf“ oder „Verfolgungsjagd“ erzeugen starke Bilder und Emotionen.
- Skandalisierung: Diese Medien neigen dazu, stark zu skandalisieren und die Berichterstattung auf Sensationslust auszurichten. Sie fokussieren sich oft auf die Negativität und die moralische Verurteilung aller beteiligten Akteure oder lassen eine klare Kampagne pro oder contra eines/einer Beteiligten erkennen. Etwa die *Wiener Wochenausgabe* in ihrer Kampagne gegen die Person Krauland oder die *Kronen Zeitung* in ihrer Kampagne für Franz Olah.
- Schaffung eines Feindbildes: Boulevardzeitungen konstruieren oft ein Feindbild, indem sie politische Gegner*innen oder Quellen der Vorwürfe diskreditieren und mit negativen Assoziationen versehen.

3. Parteimedien (z. B. *Arbeiterzeitung*, *Volksblatt*)

- Politische Instrumentalisierung: Parteimedien nutzen Skandale häufig strategisch, um politische Gegner*innen zu diskreditieren. Sie konstruieren Narrative, die darauf abzielen, die eigene Partei zu stärken und die Schuld auf die Opposition zu schieben oder die Schuld von sich abzuwälzen und sich reinzuwaschen, um in der Wähler*innen-Gunst nicht zu sinken, oder gar zu steigen.
- Differenzierung der Schuld: Während etwa die *Arbeiterzeitung* versucht, die Schuld in der Causa des SPÖ-Mannes Olah klar bei der Einzelperson zu belassen und die Integrität der eigenen Partei zu betonen, projiziert das *Volksblatt* die Verantwortung für Skandale auf die politischen Gegner, um deren Werte und Integrität anzugreifen. Gemein haben beide Beispiele, dass die Schuld von der eigenen Partei ferngehalten werden soll. Je nach politischem Interesse wird der/die Schuldige als Teil der Partei oder als eigenmächtige Einzelperson konstruiert.
- Narrative Unterstützung der eigenen Agenda: Parteimedien sind stark mit den politischen Zielen ihrer Parteien verknüpft und verwenden die Berichterstattung, um die eigene Position zu stärken und das Vertrauen in die eigene Partei zu fördern.

Es wurde auch deutlich, dass sich in manchen Fällen ein Medium aus einer Kategorie, der Strategie einer anderen bedient. Zum Beispiel, wenn die *Presse* sich, wie im Krauland-Skandal, wie eine

Parteizeitung verhält. Der politische, zeitliche und ökonomische Kontext spielt bei der Bewertung eine Rolle.

Wie verändert sich die Korruptionsberichterstattung über den Verlauf der Zweiten Republik von 1950er Jahre bis in die 2000er?

In der Nachkriegszeit leiten Parteimedien den Diskurs. Die Medienlandschaft ist in zwei Hauptlager geteilt, so wie es das politische System ist. Politische Skandale geschehen im Kontext eines Proporzsystems, in dem Parteien eng miteinander verflochten sind und im Sinne der Stabilität ÖVP und SPÖ zusammenhalten. Das zeigt sich auch in den redaktionellen Entscheidungen der Partei-Medien. Sensationsberichterstattung aber, wie durch die *Wiener Wochenausgabe*, bedient sich einer klaren moralischen Positionierung.

Mitte der 1960er Jahre sind die Parteizeitungen deutlich aktiver in der politischen Manipulation. Die Medien sind stark mit den politischen Parteien verbunden und die Berichterstattung wird oft verwendet, um politische Gegner*innen zu diskreditieren. Es zeigt sich eine klare Instrumentalisierung der Medien durch die Parteien oder einzelne Politiker*innen (Olah). Die Narrative in der Medienlandschaft sind aber differenzierter geworden. Es entstehen komplexere Erzählungen, die politische Interessen widerspiegeln. Der Skandal wird oft als politisches Werkzeug im Wahlkampf eingesetzt, was auf eine strategischere und opportunistischere Berichterstattung hinweist.

Mit der Zeit aber verliert Partei-Zugehörigkeit Einfluss auf die genutzte Strategie. Medien treten weniger offensichtlich als Verteidigerin eines Beschuldigten auf. In den 2000er hat sich die Medienlandschaft verändert und weiter diversifiziert. Medien sind Teil eines schnelllebigen Informationszeitalters. In den 1960er Jahren hat noch das politische Kalkül Einfluss darauf, ob überhaupt berichtet wurde und ob als Skandal berichtet wurde. Boulevard und Qualitätszeitungen ordnen Korruption als Skandal ein. In den 2000ern verkaufen Medien die Sensation des Skandals und weniger die Politische Angriffs- oder Verteidigungslinie. Sie unterscheiden sich hauptsächlich in der Strategie der Einordnung als Skandal: Faktisch oder emotional.

9. QUELLENVERZEICHNIS

a. Literatur

Beninger, Werner, (2011) „Korruption in der Zweiten Republik. Einige Fälle und deren mediale Aufbereitung“, in Ernst Bruckmüller (Hg.) „Korruption in Österreich: historische Streiflichter“, Braumüller, Wien

Böhmer, Peter., & Jagschitz, Gerhard, (2016). „Wer konnte, griff zu: „Arisierte“ Güter und NS-Vermögen im Krautland-Ministerium (1945-1949)“, Köln, Böhlau Verlag.

Blankenburg, Erhard. (1990). „Korruption und Skandal — Zwei Seiten derselben Medaille“ in: Hans Oswald (Hg.), „Macht und Recht“, S. 253-267, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Opladen

Bluhm, Harald, (2002) „Zwischen invisibler und sichtbarer Macht. Machttheoretische Verortung politischer Korruption in Sichtbarkeit und Unsichtbarkeit von Macht“ in Bluhm, Harald; u. Fischer, Karten; (Hg.), „Sichtbarkeit und Unsichtbarkeit der Macht“ Nomosverlagsgesellschaft, Baden-Baden,

Brauneder, Willhelm, (1981), „Korruption als historisches Phänomen“ in: Christian Brünner (Hg.) „Korruption und Gesellschaft“ S. 75 – 104, 1981, Böhlau, Wien-Köln-Graz,

Bruckmüller, Ernst. (Hg.) (2011). *Korruption in Österreich: Historische Streiflichter*. Braumüller.

Brünner, Christian. (1981). *Korruption und Kontrolle*. Wien-Köln-Graz, Böhlau

Burkhardt, Steffen. (2006). „Medienskandale : zur moralischen Sprengkraft öffentlicher Diskurse“, Halem, Halem

Dickinger, Christian. (2001). „Die Skandale der Republik : Haider, Proksch & Co.“ Ueberreuter, Wien

Fabris, Hans Heinz (1988) „Zwischen Lager und Telekratie. Vom schwierigen Umgang der SPÖ mit den Medien, in: Anton Pelinka, Gerhard Steger, (Hg.), „Auf dem Weg zur Staatspartei. Zu Geschichte und Politik der SPÖ seit 1945“, Verlag für Gesellschaftskritik, Wien

Foucault, Michel, (1978). „Dispositive der Macht: Über Sexualität, Wissen und Wahrheit“, Merve-Verlag, Print. Merve 77, Berlin

Gehler, Michael., & Sickinger, Hubert. (Hg.). (1995). „Politische Affären und Skandale in Österreich: Von Mayerling bis Waldheim“ Studienverlag, Innsbruck, Wien,

Gehler, Michael, & Sickinger, Hubert (Hg.). (2007), „Politische Affären und Skandale in Österreich: Von Mayerling bis Waldheim“, Neuauflage, erweiterte Ausgabe, Studienverlag, Innsbruck, Wien,

Graf Lambsdorff, Johann, (2000) „Wie lässt sich Korruption messen? Der Korruptionsindex von Transparency International“, in: Jens Borchert (Hg.) „Politische Korruption Jahrbuch für Europa- und Nordamerika-Studien 3“, S. 199-225, Leske + Budrich, Opladen

Heidenheimer, Arnold J., (1987) „Political Corruption : Readings in Comparative Analysis“, 2. Auflage, Transaction Books, New Brunswick, New Jersey

Horak, Eva, (2007) „Politische Korruption in Tschechien seit 1989 und ihre Auswirkungen auf die politische Partizipation der Bevölkerung“, Dipl.-Arb., Universität Wien, 2007, Wien

Jäger, Margarete und Sigfried Jäger, (2007) „Deutungskämpfe: Theorie und Praxis Kritischer Diskursanalyse“, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden

Jäger, Siegfried, (2012) „Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung“ 6., vollständig überarbeitete Auflage, Unrast, Münster,

Illies, Joachim (1981), „Korruption im Lichte der Verhaltensforschung“ in: Christian Brünner, (Hg). „Korruption und Kontrolle“, S.121-137, Böhlau, Wien-Köln-Graz,

Kepplinger, Hans Matthias (2005), „Die Mechanismen der Skandalierung: Die Macht der Medien und die Möglichkeiten der Betroffenen“ Olzog, München

Kopetzky, Julia (2011), „Die Affäre Krauland – oder: Die Aufteilung der Republik“, in: Ernst Bruckmüller (Hg.) „Korruption in Österreich: Historische Streiflichter“, S.131-165, Braumüller, Wien

Lechner, Manfred und Konrad, Helmut (1992), „Millionenverwechslung. Franz Olah. Die Kronenzeitung. Geheimdienste,“ Böhlau Verlag, Wien Köln Weimar,

Mantl, Wolfgang, (1981), „Korruption und Reform im österreichischen politischen System“ in: Christian Brünner (Hg.): „Korruption und Kontrolle“, S. 183-239, Böhlau, Wien-Köln-Graz,

Rathkolb, Oliver, (2015), „Die paradoxe Republik. Österreich 1945 -2015“, Paul Zsolnay Verlag, Wien

Rogge, Jana., & Kittel, Bernhard, (2014), „Politisches Vertrauen in Europa: Das Zusammenwirken von Demokratiequalität und Korruption“ in: *Zeitschrift für vergleichende Politikwissenschaft*, 8(2), S. 155–178, Springer Fachmedien, Wiesbaden

Olteanu, Tina (2012) „Korrumpierte Demokratie?: Diskurs und Wahrnehmung in Österreich und Rumänien im Vergleich“, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden

Sandgruber, Roman, & Wolfram, Herwig (1995). „Österreichische Geschichte. Ökonomie und Politik : österreichische Wirtschaftsgeschichte vom Mittelalter bis zur Gegenwart“, Herwig Wolfram (Hg.), Ueberreuter, Wien

Schütz Astrid (2000) „Politischer Skandal und Varianten defensiver Selbstdarstellung: Der Fall Clinton“ in: Jens Borchert (Hg.), „Politische Korruption“, Jahrbuch für Europa- und Nordamerika-Studien 3 , S. 199-225, Leske +Budrich, Opladen

Sickinger, Hubert (2006). „Politische Korruption“ in: Dachs, Gerlich, Gottweis, Kramer, Lauber, Müller, Talos (Hg.), „Politik in Österreich: Das Handbuch“, S.561-577, Manz, Wien

Sickinger, Hubert (2011), „Politische Korruption und der Wandel der Rahmenbedingungen für politische Skandale in der Zweiten Republik in“, in: Ernst Bruckmüller (Hg.) „Korruption in Österreich: historische Streiflichter“, S. 111 – 130, Braumüller, Wien

Sturminger, Alfred,(1982), „Die Korruption in der Weltgeschichte“, Langen Müller, München, Wien

Streißler, Erich., (1981), „Zum Zusammenhang zwischen Korruption und Wirtschaftsverfassung: Korruption im Vergleich der Wirtschaftssysteme“, in: Brünner, Christian (Hg.), „Korruption und Kontrolle“, S.. 299-328, Böhlau, Wien-Köln-Graz,

Pelinka, Anton (2007), „Der AKH-Skandal“ in: Gehler, M. und Sickinger, H. (Hg.): Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim“ S. 532-545, Studienverlag, Innsbruck-Wien-Bozen

b. Internetquellen:

Transparency International Austria, „Definition von Korruption“, <https://www.ti-austria.at/worum-es-geht/korruptions-grundwissen/definition-von-korruption/> [8.11.2021]

Transparency International, „The ABCs of the CPI: How the Corruption Perceptions Index is calculated“, <https://www.transparency.org/en/news/how-cpi-scores-are-calculated> [4.1. 2023]

Spiegel vom 20.02.1951, 13.00 Uhr, aus DER SPIEGEL 8/1951, „Zugunsten der Parteikasse“, <https://www.spiegel.de/politik/zugunsten-der-partaikasse-a-62bc2137-0002-0001-0000-000029193288> [2.10.2024]

Foresight Demokratiemonitor 2019 <https://www.demokratiemonitor.at/ergebnis/bundespraesident-faengt-erschuetterndes-systemvertrauen-auf/> [1.11.2024]

Die Geschichte der Kronen Zeitung, erstellt 19.05.2011, 15:27, <https://www.krone.at/263526> [1.10.2024]

Wien Geschichte, Arbeiter Zeitung <https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Arbeiterzeitung> [10.1.2024]

Die Presse, Redaktionsstatut, (<https://www.diepresse.com/1418349/die-presse-redaktion-verhaltensregeln>) [2.10.2024]

Stenographisches Protokoll, 89.Sitzung des Nationalrat der Republik Österreich , IV. Gesetzgebungsperiode, am Mittwoch 14. Mai. 1952
https://www.parlament.gv.at/dokument/VI/NRSITZ/89/imfname_159661.pdf [14.11.2024]

c. Primär-Quellen

in Reihenfolge, wie sie im Text zitiert werden:

„Es stinkt im Staate Österreich“, Wiener Wochenausgabe, 16. September 1950, S. 4, Archiv Wien Bibliothek Rathaus

„Krauland der Dämon Österreichs“, Wiener Wochenausgabe , 30. September 1950, S. 4

„Verschwinden Sie, Herr Krauland“, *Wiener Wochenausgabe* , 14. Oktober 1950, S. 4

„Ein Fall Krauland?“, *Die Presse Morgenausgabe* 10.9.1950, Titelseite + Fortsetzung auf S. 2

„Krauland ruft Partei-Ehrenrat an“, *Die Presse Morgenblatt*, 22.9.1950 Titelseite

„Großes Arbeitsprogramm beschlossen. Bekenntnis zum Prinzip vollster Sauberkeit – Minister a.D. Peter Krauland wird gegen ihn gerichteten [sic] Angriffe die nötigen Schritte unternehmen“, *Das kleine Volksblatt*, 22.9.1950, Titelseite

„Ein Röntgenbild des Konflikts in der SPOe...“, *Kronen Zeitung*, 17.9.1964, S. 3

- „Olah: Ich habe keinen Schilling genommen“, *Kronen Zeitung*, 24.9.1964, S. 2
- „Franz Olah jetzt weiter rehabilitiert“, *Kronen Zeitung*, 26.9.1964, S. 3
- „Das andere Verfahren“, *Arbeiter Zeitung*, 25.9.1964, S. 2
- „ÖVP: Hoch Olah, nieder mit Olah“, *Arbeiter Zeitung*, ÖVP, 24. September 1964,
- „Des Olah-Rätsels-Lösung“, *Die Wochenpresse*, 3. 10.1964, S. 4
- „Probst soll Olah ablösen“, *Volksblatt*, 16.9.1964,
- „Schmutziger Kampf gegen Minister Olah“, *Volksblatt*, „schmutziger Knapf“ 13.9.1964
- „Millionenskandal um Olah im ÖGB“, *Volksblatt* 24. 9.1964, Titelseite
- „Mehr Demokratie in die Arbeiterkammer“, von ÖGB-Vizepräsidenten (ÖVP) Erwin Altenbruger, *Volksblatt*, 25.9.1964, Titelseite + Fortsetzung S. 2
- „Der Fall ‚SPÖ‘“, *Volksblatt*, 26.9.1964, , Titelseite + Fortsetzung S. 2
- „Der angepatzte Strahlemann“, *Die Presse am Sonntag*, 4. 10. 2009, S. 3
- „Korruptionsaffäre Buwog eskaliert“, *Die Presse*, 9.10.2009, S. 15, Aufschlagsseite Wirtschaftsteil
- „Eine ziemlich verfilzte Republik“, *Die Presse*, 13.10.2009, Kommentar, Josef Urschitz, S. 17, Wirtschaftsteil
- „Razzia im BUWOG-Millionenkrimi“, *Kronen Zeitung*, 3. 10. 2009, S. 19
- „BUWOG-Sumpf um Grasser“, *Kronen Zeitung*, 4. Oktober 2009, S. 11
- „Grüne verbeißen sich jetzt in Ex-Finanzminister Grasser“, *Kronen Zeitung* 8.10.2009, S. 3
- „BUWOG-Affäre: Mehrheit für U-Ausschuss“, *Kronen Zeitung*, 12.10.2009, S. 3

10. APPENDIX

in Reihenfolge, wie im Text zitiert und bearbeitet:

1. 16.9.1950, *Wiener Wochenausgabe*, „Es stinkt im Staate Österreich!“, S. 4,
2. 30.9.1950, *Wiener Wochenausgabe*, „Krauland, der Dämon Österreichs“, S. 4,
3. 14. 10. 1950, *Wiener Wochenausgabe*, „Verschwinden Sie, Herr Krauland!“, S.4
4. 10.9.1950, *Die Presse Morgenblatt*, „Ein Fall Krauland?“, Titelseite + Fortsetzung auf S. 2
5. 22.9.1950 *Die Presse Morgenblatt*, „Krauland ruft Partei-Ehrenrat an“, Titelseite
6. 22.9.1950, *Das kleine Volksblatt*, „Großes Arbeitsprogramm beschlossen. Bekenntnis zum Prinzip vollster Sauberkeit – Minister a.D. Peter Krauland wird gegen ihn gerichteten [sic] Angriffe die nötigen Schritte unternehmen“, Titelseite
7. 7.7.1964, „Was steckt dahinter?“ *Kronen Zeitung*, S. 2
8. 17.9.1964, *Kronen Zeitung*, „Ein Röntgenbild des Konflikts in der SPOe...“, S. 3
9. 24.9.1964, *Kronen Zeitung*, „Olah: Ich habe keinen Schilling genommen!“, S. 2
10. 26.9. 1964, *Kronen Zeitung*, „Franz Olah jetzt weiter rehabilitiert“, S. 3
11. 25.9.1964, *Arbeiter Zeitung*, „Das andere Verfahren“, S. 2
12. 24. 9. 1964, „ÖVP: Olah hoch, Olah nieder!“ *Arbeiter Zeitung*,
13. 3. 10 1964, *Die Wochenpresse*, „Des Olah-Rätsels Lösung“ S. 4
14. 16.9.1964 *Volksblatt*, „Probst soll Olah ablösen“
15. 18.9.1964, *Volksblatt*, „Schmutziger Kampf gegen Minister Olah“, Titelseite
16. 24. 9.1964, *Volksblatt*, „Millionenskandal um Olah im ÖGB“, Titelseite
17. 25.9.1964, *Volksblatt*, „Mehr Demokratie in die Arbeiterkammer“, von ÖGB-Vizepräsidenten (ÖVP) Erwin Altenbruger, Titelseite + Fortsetzung S. 2
18. 26.9.1964, *Volksblatt*, „Der Fall ‚SPÖ‘“, Titelseite + Fortsetzung S. 2
19. 4. 10. 2009, *Die Presse am Sonntag*, „Der angepatzte Strahlemann“, S. 3
20. 9.10.2009, *Die Presse*, „Korruptionsaffäre Buwog eskaliert“, S. 15, Aufschlagsseite Wirtschaftsteil
21. 13.10.2009, *Die Presse*, „Eine ziemlich verfilzte Republik“, Kommentar, Josef Urschitz, S. 17, Wirtschaftsteil
22. 3. 10. 2009, *Kronen Zeitung*, „Razzia im BUWOG-Millionenkrimi“, S. 19
23. 4. Oktober 2009, *Kronen Zeitung*, „BUWOG-Sumpf um Grasser“, S. 11
24. 8.10.2009, *Kronen Zeitung*, „Grüne verbeißen sich jetzt in Ex-Finanzminister Grasser“, S. 3
25. 12.10.2009, *Kronen Zeitung*, „BUWOG-Affäre: Mehrheit für U-Ausschuss“, S. 3

Appendix 2: 30.9.1950, *Wiener Wochenausgabe* „Krauland, der Dämon Österreichs“, S. 4,

Wir sehen nicht nach! Es kann nicht noch genug gesteuert werden

Vor fünf Jahren noch gehörte sich der Gehalt der Weizen-Bevölkerung von Rumänien. Heute wurden auch im Kiew beobachtet. Während in Minsk die Weizen-Gegensatz des rumänischen Monarchen, da dieses bis heute war, hatte Herr Kreutzer einen Plan es war das, nicht mit Hilfe der Politik, ein Vorgehen zu sichern. Er erhielt denn auch „Mittelungen der Vermögensübertragung und Tonne“ und schließlich in sein Gewerbe.

...den, was ihn ja als Nalb der Klasse
schleichen zu Verleugung stufen, i
an Hans Kraschel sonst so tiefen pfleg.
...er Ernst besetzt denn, als die Milio
Taschentücher, die Hans Kraschel mit
schicksten Firmen umfassen, zurück
steht) wieder, und zwar mit der,
„Wiener Wochenzeitschrift“, deren schuld,
...wenn das Schrift ganz und aus, hi
taucht aber ein Moment die Gelderwerb

schon die letzte Strecke des Jahres, dem Zehnminuten- und Zwanzigminuten-Service, wird die der kleinen, abschließenden, zwei oder drei Kilometer großen Kärrer! Da der geliebte Borsbühler, der Schwärmer, wieder Was und Warum, ganz bei sich, soll es, die der betriebsmäßig, verläßlich, eine Abreise von Lebensgenüssen, diese, mitteilungslos, Menschlichkeiten, haben! Oder, Böhre, Menschen, haben, sie sich durch, den, das, Borsbühler, die, ganz, sie, durch, Werke, die, Schöpfwerke, darf, haben, im, die, ist,

[illegible]

schon die letzte Strecke des Jahres, dem Zehnminuten- und Zwanzigminuten-Service, wird die der kleinen, abschließenden, zwei oder drei Kilometer großen Kärrer! Da der geliebte Borsbühler, der Schwärmer, wieder Was und Warum, ganz bei sich, soll es, die der betriebsmäßig, verläßlich, eine Abreise von Lebensgenüssen, diese, mitteilungslos, Menschlichkeiten, haben! Oder, Böhre, Menschen, haben, sie sich durch, den, das, Borsbühler, die, ganz, sie, durch, Werke, die, Schöpfwerke, darf, haben, im, die, ist,

(Hinter Kulisse, die wie Menschen aufsteigen und
 absteigen sehen lassen, stehen die beiden
 eine etwas abseits gewandten, die sie
 dabei sind, einen kleinen, hübschen, hübschen
 vollen Mund, und lassen sich, dass jeder sie
 ihren Mund — und nicht mehr!
 Und jedes der beiden, die sie doch
 verstanden, aber irgendwie, dass doch
 Abgang in eine Zeit, die ihnen, die sie
 verstanden, doch nicht, die sie doch
 ja nach Schicksal, die sie doch
 II. ALBERTUS v. Papp

3. Jahrgang

In Sinne der Kooperationspolitik ist der DVP überlassen! Abg. Dr. Mehl wie zu Sachverstandlich die Funktionen der veräußerten Minister 4. B. Dr. Kordt. Dem Sachverstandlich schied weiter abg. Böck-Greif aus. Den durch den Rücktritt Decker Kreislands fortgesetzten dritten Platz im Ausschuss wird der Geschäftsführer des Bundesbildungsvereins Dr. Anton Feilchenreich mitgeteilt.



Appendix 5: 22.9.1950 Die Presse Morgenblatt „Krauland ruft Partei-Ehrenrat an“, Titelseite

Appendix 6: 22.9.1950, *Das kleine Volksblatt*, „Großes Arbeitsprogramm beschlossen. Bekenntnis zum Prinzip vollster Sauberkeit – Minister a.D. Peter Krauland wird gegen ihn gerichteten [sic] Angriffe die nötigen Schritte unternehmen“, Titelseite



WAS DAHINTER STECKT!

Die Gefahr erkennen!

Die parteiunabhängige „Tiroler Tageszeitung“, die in Westösterreich sehr bedeutendes Bürgerliches Blatt, veröffentlichte zum Wochenende einen grundsätzlichen Artikel über die Persönlichkeit des Innenministers Franz Olah. Der Artikel läßt erkennen, daß die „Tiroler Tageszeitung“ die Bedeutung Olahs als politische Kraft innerhalb der SPÖ richtig einschätzt. Der Chefredakteur der „Tiroler Tageszeitung“, Dr. M. Mayer, zieht in Olah das Gegenpol zu den innerparteilichen Bestrebungen, dem „Austromarxismus“ in der SPÖ wieder zum Durchbruch zu verhelfen. Die „Kronen-Zeitung“ führt seit langem einen Kampf gegen den Exkommunisten Dr. Broda, der ein Werführer extremen Linksstrebens der Funktionäre innerhalb der SPÖ ist.

Im folgenden zitieren wir die „Tiroler Tageszeitung“:

Bei aller Schärfe, die wir in verschiedenen Kommentaren gegen ihn an den Tag legten, wegen wir nie außer Acht lassen, daß es er war, der schließlich des kommunistischen Putschversuches im Oktober 1950 mit seinen wahrhaft todesmüden Kollegen der Bau- und Holzwirtschaftsgewerkschaft übernehmend auf dem Ballhausplatz antraten. Die Polizei war nicht anwesend in der Lage, die von den russischen Generaldirektoren in Lastautos herbeigekarten „Werkleute“-Truppen der USIA-Betriebe abzuschießen und die im Kanalar mit eingeschlossene Bundesregierung zu befreien. Olah und seine Gewerkschaftler brachten es fertig, was der von den Russen nahezu unbewaffnet gehaltenen und zahlenmäßig viel zu schwachen Exekutive, der in den Russenbezirken jede Annäherung verboten war, nicht gelang. Andere mögen das vergessen. Vielleicht ständen sie, die heute neben Olah auf der Ministerbank sitzen, damals noch auf der anderen Seite. Wir wissen es nicht. Wir wissen aber, daß Olah und seine Gewerkschaftskollegen damals Großen für Österreich und damit für uns alle geleistet haben. Wahrscheinlich hätten wir heute keine Möglichkeit mehr, über Olahs oder Schützners oder Wallnöbers Politik zu schreiben, wenn Olah damals genauso lähmend gewesen wäre wie mindestens ein

Peking will neue „Internationale“!

Kommunistenbund gegen Chruschtschow – Rumänien im Kreml

Moskau (ED). Internationale Werbung ist Blasen um die Vorkommnisse im kommunistischen Lager. Der rumänische Ministerpräsident Ion Gheorghe Mănescu traf gestern in Moskau ein, um mit Chruschtschow zusammenzukommen. Dieser Besuch des zweithöchsten Politikers eines Landes, das sich in den letzten Monaten mehr und mehr von der Bevormundung durch die Sowjetunion freigeschüttelt hat, ist nicht ohne Bedeutung. Er gewinnt noch mehr Gewicht dadurch, daß gerade in diesen Tagen neue Pläne der Chinesen bekannt wurden. Peking will nämlich eine neue „Kommunistische Internationale“ gründen, eine große antiausländische Bewegung der kommunistischen Parteien der Welt, die die alten revolutionären Ideale noch hoch halten.

Diese Pläne Pekings sind wahrscheinlich die Antwort auf Chruschtschows Versuch, eine all-kommunistische Konferenz einzuberufen, auf der die Beziehungen dann in aller Form rekonstruiert werden sollten. Die Männer um Mao möchten Chruschtschow so zuvorkommen. Sie wollen eine eigene kommunistische Weltbewegung gründen, die dann Chruschtschow als Verräter und verführerischen Revisionisten denuziieren kann. Den Chinesen wird es allerdings noch schwerer fallen als Chruschtschow, genügend Verbündete für ihre Absichten zu finden.

In den vergangenen Wochen

Tschombe Premier

Leopoldville (UPI). Mit der Regierungsbildung wurde der frühere Präsident von Katanga, Moïse Tschombe, gestern vom kongoleseischen Staatspräsidenten Casavubu beauftragt. Tschombe, der erst vorige Woche aus seinem Exil aus Spanien zurückgekehrt ist, soll seine Kabinettliste in 24 Stunden vorlegen. Tschombes Übergangsregierung soll sechs Monate lang bis zu den Parlamentswahlen im Amt bleiben.

Duhamel Promagener es zu diesem Zeitpunkt nachweislich war oder wenn er selbstrecht auf der anderen Seite mitgekämpft hätte. Olah hat in dieser gewalttätigen Republik bewundernswürdigen persönlichen Mut und höchsten Verantwortungsbewußtsein als Demokrat im westlichen Sinne (!) bewiesen. Wir schauen uns nicht, ihm öffentlich den Dank zu bezeugen, der ihm dafür gebührt. Das wird uns aber nicht im geringsten davon abhalten, ihn auch ausdauernd mit unsern schmerzhaften Feder zuzugreifen, wenn wir meinen, daß er sich schließlich falsch oder gar undemokratisch verhält. So verziehen wir Demokratie und so soll es wohl auch aussehen, wenn wir uns den Weg zurück zum Austrofaschismus

über Chruschtschow Tito und Gamaika. Dann begegnen einander Tito und Rumänischer Staatspräsident Gheorghe-Dej. Schließlich besuche Tito Gamaika und am 22. Juli, zu dem Polen den 28. Jahrestag seiner Befreiung feiert, wird Chruschtschow in Warschau erwartet. Wahrscheinlich werden dort auch andere europäische Kommunistenführer zu sehen sein. Thema all dieser Gespräche ist immer wieder Chruschtschows Forderung nach einem kommunistischen Konflikt. Männer wie Tito und Gamaika scheitern jedoch dabei zurück. Über einem anderen kommunistischen Staat ein Verhandlungsparadee zu sprechen, die schon auch die Vorteile des Konflikts für ihre eigenen Nationen. Sollte es Chruschtschow jedoch nicht gelingen, die anderen Kommunistenführer zu überzeugen, so würde seine Machtposition schwer erschüttert werden.

Auch bei Maurens Besuch in Moskau werden die Spaltungsercheinungen in der kommunistischen Welt Thema Nr. 1 sein. Nichts deutet jedoch darauf hin, daß die Rumänen als Mittler akzeptiert werden. Sie werden sich wahrscheinlich nur gewisse Vorschläge im Detail anhören, die ihnen in

großen Zügen schon von Tito übermittelt worden waren. Inzwischen klammert man sich in Rumänien weiter um gute Beziehungen mit dem Westen. Gestern kam die Meldung, daß Rumänien eben sämtliche Zahlungsverpflichtungen gegenüber den USA erfüllt habe. Und gestern wurde in Österreich auch Rumänien stellvertretender Ministerpräsident Gheorghe Apostol empfangen, der hier sechs Tage lang Wirtschaftsgespräche führen wird.

KURZ NOTIERT:

Von österreichischen Tieren wurde getötet ein US-Soldat, der sich auf einer Stadtrundfahrt in Ostberlin abgesehen hatte, angeschossen.

Weil sie einem Ostdeutschen zur Flucht verhelfen wollten, wurden gestern in Budapest zwei westdeutsche Staatsbürger verhaftet.

Hinter verschlossenen Türen wird der Prozess gegen den früheren Pressedirektor der NATO, George Paquet, der den Sowjets wichtige militärische Geheimnisse verraten hat, in Paris geführt.

Zu einem privaten Besuch verließ in der vergangenen Woche der Bischof von Eisenstadt, Dr. Stephan Lantke, drei Tage lang in Ungarn und traf mit mehreren ungarischen Bischöfen zusammen.

Unter dem Namen Malawi wurde gestern das bisherige britische Protektorat Njassaland unabhängig.

Eine generelle Lohn- und Gehaltssteigerung zwischen 10 und 18 Prozent wird es in Rumänien ab 1. August geben.

aus über die Zwischenschaltung des gewalt nicht ungefährlichen und mächtig um seine Renaissance kämpfenden Austromarxismus erproben wollen. Jede Diktatur ist faschistisch, werde sie namens einer Rasse oder des Proletariats ausgeübt. In diesem Sinne sind für uns alle Volkendemokratien faschistische Staaten und wir müssen auch jene marxistischen Kollektivführungsprinzipien unter die Faustklauen stecken, die Olah einstimmend, daß er die Welt heute durch eine modernere Brille als die Otto Bauers sieht.

Wer nützt die wertvolle Art der Demokratie in Österreich zu fördern, sollte uns nicht als „Feind“ erscheinen, auch wenn er politisch anders denkt, politisch ein „Gegner“ ist. Vom Wiederbesuchen austrofaschistischer oder

austromarxistischer Schützengruben wollen wir nichts wissen. Wir wollen Fortschritt und nicht Rückschritt, Demokratie und nicht Volkendemokratie. Als Olah und seine Gewerkschaftskollegen sich 1950 auf dem Ballhausplatz auf die Kommunisten stürzten, war dies zweifellos ein Sieg der österreichischen Demokratie über den von Volkendemokratie geplanten Versuch, in Österreich die Volkendemokratie zu errichten. In der DDR ist es dem Volkendemokratismus gelungen, eine ohne sowjetischen Besatzungszone einen Sozialismus zu machen. Ein Pigi, ein Raab, ein Schürf, ein Heimer, ein Orst und ein Olah haben die kommunistischen Pläne in Österreich nicht gemacht. Dabei soll es aber auch bleiben!

Appendix 8: 17.9.1964, Kronen Zeitung, „Ein Röntgenbild des Konflikts in der SPOe...“, S. 3

Donnerstag, 17. September 1964

POLITIK

Kronen-Zeitung Seite 3

Ein Röntgenbild des Konfliktes in der SPOe ...

Wien (EP). In dem erstaunlichen Bemühen, sich eines ihrer fähigsten Männer zu entledigen, konnte die SPO auch in einer Marathonsitzung der Parteivertretung, die bis gestern zwei Uhr früh dauerte, keinen endgültigen Beschluß fassen. Dies wurde deshalb als Überraschung empfunden, weil Innenminister Franz Olah auf Grund der Einflüsterungen vom linken Flügel der SPO schon telsgesagt worden war.

Nun gibt es eine ganze Reihe von Versionen darüber, warum es zu keinem endgültigen Beschluß gekommen ist, aber logischerweise kann dies nur einen Grund haben: die gegen Olah vorgebrachten Argumente wirkten nicht überzeugend genug auf die Parteivertretung.

Von den zwischen dem extremen linken Flügel der SPO und der gemäßigten Olah-Gruppe entstandenen Streit zu schlichten, wurde ein Schiedsgericht eingesetzt. In einem kurzen Kommuniqué, das während der Sitzung der Parteivertretung herausgegeben wurde, hieß es, eine Be-

Von Coto

reinigung sei notwendig geworden, „da in der letzten Zeit gegen verschiedene Mitglieder der führenden Gremien der SPO Kampagnen in nichtsozialistischen Blättern geführt wurden“.

Durch die Einsetzung eines Schiedsgerichtes dürfte der „Fall Olah“ weitgehend entdramatisiert werden. Man will nun auf der Ebene des normalen Instanzenweges versuchen, den Fall zu klären. Zwar hat das Parteigericht — wie es heißt — umgehend mit der Arbeit begonnen, doch dürfte ein solches Verfahren eher längere Zeit in Anspruch nehmen. Vorsitzender dieses Schiedsgerichtes ist der Abgeordnete Kostroun (Obmann des sozialistischen freien Wirtschaftsverbandes). Zu Beisitzern wurden Vizebürgermeister Slavik und die Abgeordnete Rosa Jochmann bestellt.

Der Paragraph 56 in den Statuten der SPO sieht mehrere Arten von Schiedsgerichten vor: Es gibt Schiedsgerichte zur Regelung von Streitigkeiten zwischen Parteimitgliedern oder Parteiorganisationen und solche, die über parteiwidriges Verhalten zu entscheiden haben. Im weiteren gibt es ein Schiedsgericht, das auf Ansuchen eines Parteimitgliedes über ehrenrührige Äußerungen zu entscheiden hat. Die Urteilsmöglichkeiten der Schiedsgerichte sind folgende:

- Erteilung einer Rüge oder einer Verwarnung.
- Aberkennung des Rechtes, Parteifunktionen für eine bestimmte Zeit oder für immer auszuüben.
- Ausschuß aus der Partei.

Die Ehrengerichte, als die letzte obenangeführte Art der Schiedsgerichte, haben bloß festzustel-

len, ob die erhobenen Anschuldigungen berechtigt sind oder nicht.

Nach den Statuten kann demnach die Abberufung von einem Regierungsamt von einem Schiedsgericht nicht verfügt werden, aber zweifellos würde ein Parteiausschuß praktisch die Abberufung aus der Regierung zur Folge haben. Dem Statuten nach kommen eigentlich nur zwei Urteilsmöglichkeiten im Fall Olah in Frage:

- Erteilung einer Rüge oder einer Verwarnung an die Exponenten der beiden miteinander in Streit liegenden Gruppen innerhalb der SPO, oder
- Ausschuß aus der Partei.

Zu letzterem Punkt muß gesagt werden, daß unsere Wissens nicht einmal die Gegner Olahs ihre Vorwürfe für ausreichend erachteten, um auf Ausschuß aus der Partei zu plädieren. Gegen ein solches Urteil stünden jedenfalls dem oder den Betroffenen zwei Berufungsmöglichkeiten offen: Er beziehungsweise sie könnte beziehungsweise könnten die Parteivertretung anrufen oder, falls diese dem Ausschuß bestätigt, an den Parteitag appellieren. Nun hat aber die Parteivertretung bereits gezeigt, daß sie sich zu einem Urteil nicht durchringen kann. Es ist fast anzunehmen, daß eine Berufung auf dieselbe Stimmung in der Parteivertretung stoßen müßte...

Interessant ist auch, daß es sozialistischen Parteimitgliedern nicht ohne weiteres möglich ist, gegen andere Parteimitglieder gerichtlich oder durch Anrufung einer Parteibehörde vorzugehen: Wer bei diesen Stellen eine Sache anhängig macht, die vor das Parteigericht gehört, begeht einen „Verstoß gegen die Interessen der Partei“.

Wenn man der „Arbeiter-Zeitung“ glauben wollte, ginge es bei der Entscheidung über den Fall Olah um die Frage, „ob und inwiefern Franz Olah die Pflicht zur Solidarität... verletzt hat“. Nun, dies stimmt jedenfalls mit dem überein, was die Leute des linken Flügels der SPO ge-



Teigebrot leben lange: Innenminister Franz Olah

wissen Zeitungen eingeführt haben.

Die „Arbeiter-Zeitung“ will außerdem glaubhaft machen, daß der akut gewordene Fall keinerlei politische Gegensätze beinhaltet.

Da sind wir aber anders informiert und wir wären es auch, wenn wir unsere Informationen nur aus der sozialistischen „Zukunft“ bezogen hätten: Im Fall Olah, daran gibt es überhaupt keinen Zweifel, offenbaren sich abgrundtiefe Gegensätze zwischen einem gemäßigten, aufgeschlossenen und modernen Sozialismus, wie er etwa in nordeuropäischen Ländern praktiziert wird und dem links-extremen „Austromarxismus“, dessen ideologische Grundlage der Klassenkampf und das Freiheitskettum bilden.

Deshalb ließ sich der Fall Olah auch bisher nicht so erledigen, wie es sich die Leute am linken Flügel der SPO vorstellen: Mit dem Einsatz von Psychiatern und mit der Austreibung von Gerüchten, die darauf abzielen, Olah persönlich zu diffamieren.

So einfach liegt dieser Fall nicht, das wird man inzwischen vielleicht eingesehen haben, denn die Stimmung in den breiten Massen der SPO-Anhänger ist

fatal. Hören wir, was die vom katholischen Preßverein in Graz herausgegebene „Kleine Zeitung“ darüber zu berichten weiß:

„Während in sozialistischen Kreisen der Bundesländer die Stimmung ruhig ist, wird aus Kreisen der Bau- und Holzarbeiter, deren Gewerkschaft Olah einst leitete, und von den Belegschaften großer Betriebe in Wien und Niederösterreich eine gewaltige Unruhe gemeldet. Gerüchte in Wien wollten sogar davon wissen, daß die Belegschaft des städtischen K-Werkes in Wien bei einer tatsächlichen Absetzung Olahs Protestaktionen plant. Streikdrohungen kommen aus Sankt Pölten und Neunkirchen. Andere Gerüchte sprechen davon, daß Arbeiterdelegationen während der Sitzung der sozialistischen Parteivertretung intervenieren würden.“

Und das alles zu Beginn des Wahlkampfes in Niederösterreich, wo Olah einer der Spitzenkandidaten ist. Wir wollen keine Prognosen stellen, denn die ganze Affäre würde ja mit einer Absetzung Olahs erst anfangen. Was wir jetzt erleben, ist lediglich ein Prolog. Der Vorhang ist noch nicht einmal aufgegangen, die Tragödie hat noch nicht begonnen...

Appendix 9: 24.9.1964, Kronen Zeitung, „Olah: Ich habe keinen Schilling genommen!“, S. 2

Seite 2 Kronen-Zeitung

POLITIK

Donnerstag, 24. September 1964

Olah: „Ich habe keinen Schilling genommen!“

Wien (KZ). Der „Fall Olah“ scheint sich einem bitteren Ende zuzuneigen. Olahs Gegner haben in den letzten Tagen sehr erhebliches Material zusammengetragen, um nun, da der Exkantenminister politisch nicht zu entkommen war, „finanzielle Manipulationen“ in den Vordergrund zu rücken.

Freud Olah wird sicher darauf bestehen können: „Ich habe keinen einzigen Schilling genommen!“ — Aber die kompakte Majorität seiner Gegner im Gewerkschaftsbund und in der Partei wird höchstwahrscheinlich stärker sein als seine Argumente.

Neu, Donnerstag, vormittag wird die Parteiverammlung der SPÖ zusammengetreten, um über das von einer Gewerkschaftskommission erarbeitete angebliche Belastungsmaterial gegen Olah zu urteilen. Die Entscheidung läßt sich nicht voraussagen, nur was die Gegner Olahs wollen, kann man erraten: die Enthebung von allen politischen Funktionen, eventuell sogar den Parteiausschluss.

Daß alle möglichen und unmöglichen Beschuldigungen, die bisher durch nichts bewiesen werden konnten, kolportiert wurden, bevor das Gewerkschaftsgericht noch zusammengetreten war, um sein Urteil zu fällen, ist und bleibt verworfen, wie die ganze Affäre auch ausgehen mag.

Das Volksbegehren beginnt: Zerschlagt Proporz-Rundfunk!

Fortsetzung von Seite 1

Die Eintragungsfrist dauert bekanntlich nach einem Erlass des Innenministeriums vom Montag, den 5. Oktober, bis einschließlich Montag, den 12. Oktober. Die Festsetzung der Eintragungsorte und Eintragungszeiten wurde von den einzelnen Gemeinden nach den örtlichen Erfordernissen vorgenommen. Es ist allerdings Vorschrift, daß die Eintragungszeiten so festgelegt werden müssen, daß auch die arbeitende Bevölkerung sich in die ausgetragenen Listen eintragen kann. Die Eintragungsorte müssen an jedem Tag, auch am Samstag und Sonntag, geöffnet sein. Eintragungsorte und Eintragungszeiten sind bei den einzelnen Gemeindegemeinden zu erfahren. Sie müssen von diesen mindestens an der schwarzen Tafel des Gemeindegemeindebüros angeschlagen sein. Räumliche Stünde, zum Beispiel Graz, haben Eintragungsorte und Eintragungszeiten auch plakatiert.

Die Woche vom 5. bis 12. Oktober wird also die entscheidende Woche für die Rundfunkreform sein. Schon im Sommer haben mehr als 200.000 Österreicher den

Plan der unabhängigen Presse für eine Rundfunkreform unterstützt, nachdem die Parteien die von ihnen versprochenen Rundfunkreformen nicht fristgerecht ins Leben gebracht haben. Seit dem Ablauf der sogenannten Frist, dem 24. Juni, haben die Parteien nicht die geringste Anstrengung unternommen, in der Frage der Rundfunkreform auch nur einen Schritt weiterzukommen.

Die im Sommer geleisteten Unterschriften hatten — nach den gesetzlichen Bestimmungen — nur den einen Zweck, das Verfahren für ein Volksbegehren in Gang zu bringen. Jetzt ist das Volksbegehren da! Die damals geleisteten Unterschriften zählen dafür nicht. Jeder, der den schon seinerzeit vorgelegten Gesetzesentwurf der unabhängigen Presse unterstützt — der die Unabhängigkeit des Rundfunks sowie gute und ausreichende Programme in Hörfunk und Fernsehen sichern soll —, muß sich jetzt in seiner Wohngemeinde in die Eintragungslisten einzeichnen, egal ob er im Sommer unterschrieben hat oder nicht.

Dabei kommt es auf jede Unterschrift an! Je mehr Österreicher

diesen Gesetzesentwurf unterstützen, um so weniger werden die Parteien den Willen des Volkes mildern können, der einmal auf dem Weg der direkten Demokratie durch ein Volksbegehren dem Parlament vorgelegt werden soll.

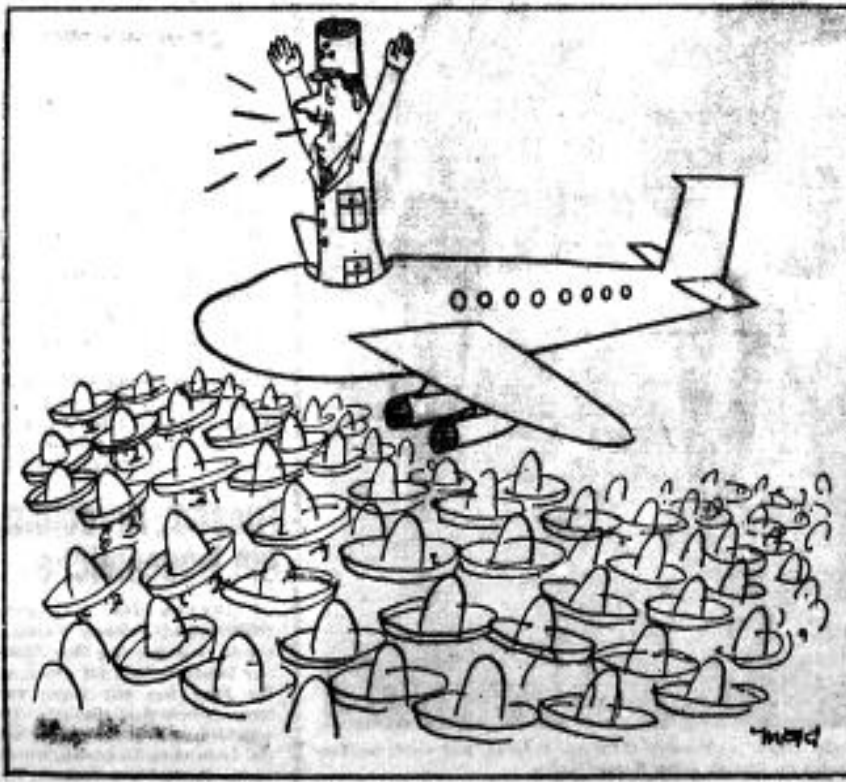
Das Gesetz verlangt 200.000 Unterschriften, damit die Bundesregierung verpflichtet sei, den Gesetzesentwurf im Parlament einzubringen. Jede Unterschrift mehr bedeutet eine zusätzliche Unterstützung für das modernste Rundfunkgesetz Europas, das unter Mithilfe anerkannter Fachleute des In- und Auslandes sowie bedeutender Juristen ausgearbeitet wurde.

Jeder wahlberechtigte Österreicher — praktisch jeder Österreicher, der Geburtsjahrgang 1943 oder älter ist und in der Wohn- und Wohn- und Heimgemeinde eingetragen ist — kann und soll sich an das Volksbegehren beteiligen. Er kann seine Unterschrift nur in jener Gemeinde leisten, die ihn in der Wählerverzeichnis führt. Dies ist fast immer seine Wohn- und Heimgemeinde. Wer allerdings aus triftigen Gründen während der Eintragungsfrist nicht in seiner Gemeinde anwesend ist, kann — ebenso wie bei Nationalrats- und Landtagswahlen — eine Stimmkarte beantragen, mit der er dann seine Unterschrift in jeder beliebigen Gemeinde leisten kann. Der Antrag auf Ausstellung einer Stimmkarte muß bis 2. Oktober gestellt werden.

Über das gesamte Verfahren zur Beantragung einer Stimmkarte sowie über das Ablauf des Eintragungsvorganges selbst werden wir in den nächsten Tagen noch ausführlich unsere Leser informieren.

Nach dem Ende der Eintragungsfrist werden in ganz Österreich in den Gemeinden, den Bezirken, den Wahlkreisen und schließlich für das ganze Bundesland die Ergebnisse der Eintragungsfrist festgestellt. Dies vollzieht sich ganz ähnlich wie bei den Nationalratswahlen. Die Bürgermeister der einzelnen Gemeinden melden unverzüglich die Zahl derer, die das Volksbegehren unterstützt haben, an die Bezirkswahlbehörden, diese an die Kreiswahlbehörde, und diese an das Innenministerium. Nach einer genauen Prüfung aller Unterlagen wird das Ergebnis offiziell am 23. Oktober verkündet werden.

In Überwindung des Volksbegehrens besteht, um so besser wird es für die Durchsetzung der Rundfunkreform sein. Darüber hinaus aber ist dieses Volksbegehren überhaupt der erste Versuch einer direkten Demokratie in



Franz Olah jetzt weiter rehabilitiert

Das ÖGB-Präsidium fand nur ein Härchen in der giftigen Gerüchtesuppe

Wien (ED). In einer Sitzung des ÖGB-Präsidiums wurde gestern Exkonnominister Franz Olah weiter rehabilitiert. Von den hinterhältigen Verleumdungen, die sowohl aus Kreisen des Gewerkschaftsbundes wie von gewisser Seite in der SPÖ-Führung ausgestreut worden waren, ist praktisch nichts übriggeblieben.

Man hatte Franz Olah in Winkeltüchern mehr oder weniger offen vorgeworfen:

• Der ÖGB sei durch ihn finanziell geschädigt worden.

• Er habe aus Gewerkschaftsgeldern die FPÖ finanziert.

• Viele Millionen seien Zeitungen zugeflossen, um die Position Franz Olahs publizistisch zu unterstützen.

• Bei Streikpenden hätte Olah statutenwidrig Beträge für andere Zwecke abgezweigt.

• Das Vermögen der einstigen Deutschen Arbeitsfront sei in geheime Fonds gewandert.

Es gab noch eine ganze Reihe weiterer Vorwürfe, aber uns ist es dabei um das Papier zu schade. All diese Verleumdungen, entsprungen den Hirnen haßerfüllter politischer Gegner Franz Olahs, sind nun, nach der Sitzung des ÖGB-Präsidiums, zu einer völlig belanglosen buchhalterischen Streitfrage zusammengeschrumpft. Das offizielle Kommunikat des ÖGB-Präsidiums sagt dazu:

„Auf Grund der Behandlung des Berichtes der ÖGB-Kontrollkommission stellt das ÖGB-Präsidium fest: In den Jahren 1959 und 1960 hat — wie erst später festgestellt wurde, der damalige Präsident des ÖGB, Franz Olah, einem dem ÖGB zustehenden Betrag von rund 1,8 Millionen Schilling eigenmächtig dem Risikofonds der SW-Möbelaktion zugeführt. Darin erblickt die Kontrollkommission des ÖGB eine Verletzung der ÖGB-Statuten. Auf Antrag der aus allen Fraktionen zusammengesetzten Kontrollkommission wird sich der ÖGB-Bundesausschuss in seiner nächsten Sitzung mit dem Bericht der Kontrollkommission beschäftigen. Das ÖGB-Präsidium nahm zur Kenntnis, daß der in Frage stehende Betrag inzwischen dem ÖGB überwiesen wurde und daher dem ÖGB selbst kein finanzieller Schaden erwachsen ist. Alle in diesem Zusammenhang in der Öffentlichkeit aufgestellten Mutmaßungen über weitere

Transaktionen des seinerzeitigen ÖGB-Präsidenten Franz Olah stehen in keinem Zusammenhang mit dem ÖGB. Sie sind daher vom ÖGB nicht zu behandeln.“

Soweit das ÖGB-Präsidium. Dazu wäre zu sagen, daß es sich bei dem Betrag von 1,8 Millionen Schilling, der angeblich eigenmächtig der SW-Möbelaktion vorübergehend zur Verfügung gestellt worden ist, ja nicht um Geld handelt, das vom ÖGB in eine dem ÖGB fremde Firma gegeben wurde. Jedermann, der sich in der österreichischen Wirtschaft nur ein wenig auskennt, weiß, daß die SW-Möbelaktion ein Verein ist, der mit dem ÖGB zusammenhängt. Es besteht kein Zweifel daran, daß der genannte Betrag auch statutenmäßig an die SW-Möbelaktion hätte geliehen werden können. Ein Gewerkschaftspräsident muß, unserer Meinung nach, sehr wohl die Möglichkeit haben, in Fällen, die ihm notwendig erscheinen, den Bürokratismus eines schwerfälligen kollektiven Apparates zu umgehen. Mehr ist sicher nicht geschichen, mehr ist nur behauptet worden.



Achtung! Hochspannung!

Inzwischen ist die Stimmung innerhalb der SPÖ, aber auch innerhalb der Mitglieder des Gewerkschaftsbundes auf einen Nullpunkt gesunken. In breiten Massen des Parteivolkes der SPÖ herrschen Empörung, Beunruhigung und Resignation. Zwei Minister der SPÖ drohten bereits mit dem Rücktritt, andere hohe Funktionäre kündigten an, sie würden, wenn das so weitergehe, sehr harte Konsequenzen ziehen.

In der ganzen Geschichte der sozialistischen Bewegung gibt es kein Beispiel für diesen grotesken Selbstzerfleischungsprozeß, den ein paar haßerfüllte Intellektuelle am linken Flügel der SPÖ in Szene gesetzt haben. Der Konflikt zwischen Partelspitze und der Masse der Mitglieder scheint abgerissen zu sein, denn, wenn man an der Spitze der SPÖ und des ÖGB wissen würde, wie die Masse der Mitglieder denkt, dann könnte doch dieser Heraklitischer Konflikt nicht weiter gären. Es geht längst nicht mehr um verpönte Chancen bei den kommenden Wahlen, es geht jetzt um die Existenz der Partei, die SPÖ heißt, und um die Einheit des ÖGB.

Und das sind Freibleibstellungen, die alle Österreicher angehen und nicht nur Sozialisten. Weil die SPÖ durch ihre Koalition mit der ÖVP eine staatstragende Partei ist.

Und das sind Freibleibstellungen, die alle Österreicher angehen und nicht nur Sozialisten. Weil die SPÖ durch ihre Koalition mit der ÖVP eine staatstragende Partei ist.

Konzil: Anklage der Juden wegen „Gottesmordes“ ist unbegründet

Kardinal Bea legte eine Erklärung vor

Rom (UPI). Kardinal Bea, der Leiter des Sekretariats für die Einheit der Christen, legte am Freitag den Konzilsvätern den Entwurf einer Erklärung über die Rolle der Juden in der Heilsgeschichte vor. Er begründete die Vorlage, in der die Juden von der Anklage des „Gottesmordes“ freigesprochen werden.

Kardinal Bea erklärte: „Das jüdische Volk als solches kann nicht für eine Schuld verantwortlich gemacht werden, an der es unschuldig ist.“ Auch wenn jemand an der Kreuzigung Christi schuld sei, so sei die Kirche jedenfalls verpflichtet, Christus am Kreuz nachzufolgen, der gesagt hatte: „Vater vergib ihnen, denn sie wissen nicht was sie

tun“. Aber der Zentralkern der Erklärung liegt im Problem des „Gottesmordes“, „ob und in welcher Weise der Tod Christi den Juden zugeschrieben werden soll“.

Dazu stellte der Kardinal die Frage: „Verstanden die Führer des jüdischen Volkes zu Christi Zeiten seine Gottheit?“ Die Beantwortung dieser Frage sei in Wirklichkeit der Schlüssel für die Beschuldigung des „Gottesmordes“.

Kardinal Bea betonte, die Erklärung über die Rolle der Juden habe in keiner Weise etwas mit Politik zu tun. Es handle sich um ein rein religiöses Problem, das auch mit dem Zionismus oder dem Staat Israel in keinerlei Zusammenhang stehe. Zugleich be-

tonnte er, es sei absolut notwendig, daß diese Erklärung auf der Tagesordnung des vatikanischen Konzils bleibe und von den Konzilsvätern beraten werde.

An unsere Leser!

Der Wahlkampf für Wien und Niederösterreich beginnt. Die „Kronen-Zeitung“ als parteiunabhängiges Blatt wird sich strikte aus diesem Wahlkampf heraushalten. Soweit die Parteien ein Interesse daran haben, daß auch unsere Leser über ihre Parolen unterrichtet werden, stellen wir ihnen den Innenraum unseres Blattes zur Verfügung. Sowohl der ÖVP als auch der SPÖ, der FPÖ und ÖVP, sowie allen anderen wahlwerbenden Gruppen (mit Ausnahme der FPÖ) steht es frei, in der „Kronen-Zeitung“ zu inserieren.

Appendix 12: 24. 9. 1964, „ÖVP: Olah hoch, Olah nieder!“ Arbeiter Zeitung,

ÖVP: Hoch Olah, nieder mit Olah!

Zwei Propagandakonzeppte nebeneinander, vollständige Konfusion in der Polemik

Obwohl der Fall Olah nun schon mehr als eine Woche bekannt ist, hat sich die ÖVP noch immer nicht auf eine Propagandalinie einigen können: Sie stellt sich auf die Seite Olaha, weil sie meint, der SPÖ damit Schwierigkeiten zu machen — und fällt gleichzeitig in schärfster Weise über ihn her. Den Höhepunkt hat die Konfusion anlässlich der Amtsbürovergabe im Innenministerium erreicht.

Sonntag, 13. d., noch vor dem „Presse“-Interview Olaha, schrieb das ÖVP-„Volksblatt“: „Die Methoden, mit denen der Kampf gegen Olah geführt wird, sind so schmutzig, daß es dafür in Österreich kaum Parallelen gibt. (Es folgt die unbewiesene Psychiatergeschichte. Red.) Im einzelnen soll man Innenminister Olah vorwerfen, daß er die Versöhnung zwischen Kirche und Staat herbeigeführt hat, daß er immer Einheitsangebote der Kommunisten ablehnte, daß er den kommunistischen Putschversuch im Oktober 1950 als Gewerkschaftsführer niedergeschlagen hat, daß er den Austromarxismus in seiner Partei bekämpft und schließlich, daß er nie aus der katholischen Kirche ausgetreten sei.“

Wenige Tage später wird jenen Sozialisten, die für Olah demonstrierten, im ÖVP-PresseDienst von Bundeskanzler Klaus vorgeworfen:

„Wir müssen feststellen, daß am vergangenen Freitag von sozialistischer Seite in sehr sonderbarer Weise vom Streikrecht Gebrauch gemacht wurde. Ein Streik, der nicht dem Ziel dient, die sozialen Rechte der arbeitenden Bevölkerung durchzusetzen, sondern inszeniert wird, um innerparteiliche Vorgänge zu beeinflussen, ist staatspolitisch abträglich und stellt einen offensibaren Mißbrauch des Streikrechtes dar.“

OLAH, DER BÖSE

Am 20. d. schreibt die ÖVP-Zeitung unter dem Titel „Erbe Olaha muß liquidiert werden“: „Von der ÖVP-Partei-Führung wird erklärt, es sei auch nicht zu übersehen, daß von dem neuen Innenminister und vom Staatssekretär gemeinsam das Erbe Olaha liquidiert werden müsse, das unter anderem darin besteht, daß heute noch verschiedene höhere Beamte, die Olah aus ihren Auf-

gabenbereichen entfernt hat, spazieren gehen.“

OLAH, DER GUTE

Aus der Mittwochsausgabe des „Volksblattes“ erfahren wir nun: „Der von seiner Partei abgesetzte Innenminister Olah hat vor seinem Auszug aus der Herrngasse noch eine Reihe jener Maßnahmen rückgängig gemacht, die vor allem im Land Niederösterreich wiederholt Empörung ausgelöst hatten. So wurden alle Gendarmenversetzungen bis auf zwei bereinigt. Außerdem hat der Minister mehr als hundert Staatsbürgerschaftsakten, deren Erledigung er vor allem der niederösterreichischen Landesregierung verweigert hatte, in letzter Minute vor dem Ende seiner Ministerlaufbahn noch unterschrieben. Erst am Montag, als sein Abgang bereits beschlossene Sache war, hatte der ExInnenminister eine der empörendsten Versetzungen, die des Gendarmeninspektors Leo Müller aus Pöchlarn, rückgängig gemacht.“

CZETTEL — TEUFEL ODER ENGEL?

Und nun der Gipfel der Verwirrung: Der ÖVP-PresseDienst zieht aus der Tatsache, daß Olah seinen Nachfolger loyal in das Amt eingeführt und den Beamten vorgestellt hat, den grotesken Schluß, die sozialistische Parteiververtretung habe, nachdem sie Olaha Amtsenthebung beschlossen hatte, eiligst einen Mann „seiner Richtung“ zum Nachfolger bestimmt.

Im ÖVP-PresseDienst heißt es: „Die Öffentlichkeit vermerkte mit Interesse, daß Olah seinem Nachfolger Czettel höchstpersönlich das Innenressort übergab und ihn den hohen Beamten des Ministeriums vorstellte. Bekanntlich sind sowohl der scheidende Innenminister Olah als auch sein Nachfolger Czettel von der SPÖ im gleichen Wahlkreis bei den vergangenen Wahlen aufgestellt worden. So wie sein Amtsvorgänger kommt auch Czettel aus der Arbeiterbewegung; er ist Zentralbetriebsrat in den Schoeller-Bleckmann-Werken.“

Der Leser der ÖVP-Presse kann sich nun aussuchen, welche Gefühle er dem neuen Innenminister entgegenbringen will: Er kann ihn, der ihm von den Propagandisten seiner Partei als zweiter Olah vorgestellt wird, ablehnen, weil Olah ja ein so böser Mann war, oder er kann ihn hochschätzen, weil Olah ein Märtyrer ist, den die Bösen in der SPÖ zu Fall gebracht haben.

Anklage gegen Amplatz-Mörder

Bonn. Die Bonner Staatsanwaltschaft hat die Erhebungen über den Tod des Karabiniers Tiralongo und den Tod des Südtiroler Terroristen Luis Amplatz abgeschlossen und gegen unbekannte Täter die Mordanklage erhoben. Termin und Ort der Gerichtsverhandlungen werden wahrscheinlich noch in diesem Monat festgesetzt werden, sagte Staatsanwalt Corrias.

Kreisky: Italienisches Paar wird Karabinieri noch kri

Ich bin überzeugt, daß sich im italienischen Parlament, besonders bei der Linken, Milaner finden werden, die eine Untersuchung der Übergriffe der italienischen Carabinieri, die sich in der jüngsten Zeit in Südtirol ereignet haben, verlangen werden. Die Tatsache, daß sich auch mutige italienische Verteidiger für Südtiroler Angeklagte gefunden haben, bestärkt mich in dieser Überzeugung. Das sagte Außenminister Dr. Kreisky Dienstag in einer Zettel Diskussion der sozialistischen Beobachterkonferenz Wien-Währing.

werden. Offen bleibt freilich noch das dringende Verlangen der Südtiroler, bei der Art der Industrialisierung ihres Landes mitreden zu können. Sie wollen nämlich keine Riesennbetriebe, die nicht in die Landschaft passen und für die es keine Voraussetzungen im Land gibt, sondern mittlere Betriebe, die die Produkte des Landes verwerten.

ORDNUNG AN ÖSTERREICHS OSTGRENZEN

Als besonders wichtige Aufgabe

tenete, v unvollständ weien. D nicht me fassung : Die SPÖ weiterhin belassen Partei ge veranlaßt dem von unbestim zuziehen. Zustand“ Verhandl Unterhäu deslände Bundesk oberhaup zeichnun Auffassu Personen davor : Staatskri personell aussetzen.

Denn ÖVP wa minister Vorgäng geständn nehmen Staatspo sollte. U der SPÖ dann ve werden, schlag: sollen ki ziehungs Maßnah werden“ bereit z alle Bu nur für Dies wu gelebt: ursprün

ministen lichkeit: Entwick sagte da abschle paratior zweifel sein w auch na scheinb wenn f fassung diese R zahlen Österreich

Appendix 14: 16.9.1964 Volksblatt, „Probst soll Olah ablösen“

Probst soll Olah ablösen

Rücktritt des Innenministers wird erzwungen – SPÖ bietet Bild der Zerrissenheit

Wien. (W.-R.-Eigenbericht). — Die Vorgänge um die Absetzung Olah als Innenminister sind gestern Abend in die entscheidende Phase getreten. Nachdem Olah ein mit 18 Uhr befristetes Ultimatum, freiwillig zurückzutreten, abgelehnt hat, trat um 18 Uhr im Parlament die Parteilexekutive zusammen, der um 20.30 Uhr eine Sitzung der Parteivertretung folgte. In diesem Gremium ließ Innenminister Olah nach einer kurzen Einleitung durch den Parteivorsitzenden Döcker eine längere Verteidigungsrede, an der er in der Nacht vorher gearbeitet hatte. Ihm folgte eine Debatte, die bei Redaktionsschluss noch andauernd.

Innenminister Olah hatte sich um 20.30 Uhr in den Sitzungssaal begeben. Zum Beginn der Sitzung der Parteivertretung, der 48 Personen angehören, ließ die SPÖ-Führung sich jeweils mehrere Exemplare der Wiener Zeitungen, unter ihnen auch die Nacht Ausgabe des „Volksblattes“, in den Sitzungssaal bringen.

Schon vor Beginn der Sitzung stand so gut wie fest, daß Innenminister Olah durch einen Parteibeschluß, dem man eine Zweidrittelmehrheit prophezeite, zum Rücktritt aufgefordert werden würde. Olah hatte schon vorher erklärt, daß er sich einem solchen Beschluß beugen würde, aber versuchen werde, sein Nationalratsmandat zu behalten. Darüber soll ein Schiedsgericht entscheiden.

Der Sitzung der Parteivertretung war eine kurze Beratung der Parteilexekutive vorausgegangen, die sich bereits in einer Nachtströmung für den Rücktritt Olah ausgesprochen hatte. Die Parteilexekutive ist jedoch nicht beschlußfähig, sondern muß ihre Empfehlung der Parteivertretung als letzter Instanz vorlegen, der auch Vertreter der Länder und Organisationen angehören. Anschlagsabend für das harte Durchgehen gegen Olah dürfte ein Interview gewesen sein, das der Innenminister am Dienstag einer Wiener Zeitung gegeben hatte.

Olah bezeichnete die innerparteilichen Angriffe als „schändlichen persönlichen Diffamierungskampf“. Er habe auch von seiner Psychiaterin mit Hilfe einer Ferndiagnose gewußt, Man übertrage, wie er sagte, damit die Methoden des Verbrechens auf die politische Ebene. Das sei wahrer Stalinismus. Einen scharfen Angriff richtete Innenminister Olah gegen den Parteivorsitzenden Döcker, dem er vorwarf, es wäre nicht zu solchen Zuständen in der Partei gekommen, wenn der Parteivorsitzende nicht die Zügel aus den Händen hätte gleiten lassen.

Das mit großer Spannung erwartete Sitzung der sozialistischen Parteilexekutive am Montagabend begann mit einem Knalleffekt. Innenminister Olah, der wohl vorher an den Ministerratssitzungen teilgenommen hatte, ließ sich wegen „Übermüdung“ entschuldigen. Diese Mitteilung machte er auf einem handgeschriebenen Zettel. Wenige Minuten später lagen in der Parteilexekutive die ersten Exemplare der

Zeitung vor, in der Olah zu dem innerparteilichen Konflikt in der SPÖ Stellung genommen hatte. Damit stürzten auch seine letzten Freunde in das Lager des Anti-Olah-Flügels eingeschwenkt sein.

Die SPÖ bot am Dienstag das Bild totaler Zerrissenheit. Zu Mittag begann eine Arbeitssitzung des obersten Führungsgremiums, welches dem Vernehmen nach Innenminister Olah ein Ultimatum bis Dienstag, 18 Uhr, zur Einreichung seines freiwilligen Rücktritts gestellt haben soll.

Gleichzeitig legte auch das Präsidium der sozialistischen Gewerkschafter. Zur Diskussion standen Maßnahmen gegen Streik- und Demonstrationenkündigungen Olah-freundlicher Gewerkschaftsgruppen im Fall seines Rücktritts. Die sozialistischen Gewerkschafter rechnen mit Aktionen der E-Werk-Arbeiter in Wien und der Bauarbeiter in Niederösterreich. Olah soll besonders unter den Wiener und niederösterreichischen Gewerkschaftsfunk-

tionären eine nicht un erhebliche Zahl von Anhängern haben, die entschlossen sein sollen, die Entsetzung Olahs unter so makabren Umständen nicht hinzunehmen.

Aus SPÖ-Kreisen werden außerdem bereits die weiteren Pläne der Sozialisten bekannt: als Nachfolger Olahs im Bundesministerium für Inneres ist der Bundesminister für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft und Zentralsekretär der SPÖ, Otto Probst, in Aussicht genommen. Dessen Posten als Verkehrsminister soll der bisherige sozialistische Staatssekretär im Handelsministerium, Eduard Weiskopf, bekommen. Auch ein Fortschritt im Verteidigungsministerium (Staatssekretär Rösch) und über einen allfälligen Austausch der bisherigen „gewissen Eminenz“ Olahs im Innenministerium, Staatssekretär a. D. Dr. Stephan, waren Gerüchte im Umlauf. Es hat aber den Anschein, als würden, vorläufig zumindest, sowohl Rösch als auch Stephan auf ihren Posten bleiben.

Zollsenkungen ab 1. Oktober wirksam

Ministerrat faßte Beschlüsse zur Stabilisierung – Vorsichtige Tarifpolitik

Wien. — Der Ministerrat beschloß gestern in seiner ersten Sitzung nach der Sommerpause auf Grund eines Berichtes des Bundeskanzlers Dr. Klaus umfangreiche Maßnahmen zur Stabilisierung der Preise und zur Beseitigung der konjunkturbedingten Spannungen, demzufolge die geplanten Zollsenkungen am 1. Oktober wirksam werden sollen.

Diese vom Kander besonders forcierten Maßnahmen gehen auf die Empfehlungen der Paritätischen Kommission zurück und sollen von den Ministerien beziehungsweise den beteiligten Körperschaften rasch durchgeführt werden, worüber dann dem Ministerrat zu berichten ist. Besonders Gewicht wurde im Kommuniqué über die Ministerratsitzung auf die Feststellung gelegt, daß es notwendig sei, Zollsenkungen, Steuerermäßigungen usw. im vollen Umfang dem Letzverbraucher zugute kommen zu lassen, damit die Auswirkungen der Preis senkungsmaßnahmen so schnell wie möglich eintreten.

Im einzelnen geht es um folgende Maßnahmen: Das Handelsministerium wird die letzte Liberalisierungsschritte auf 1. Oktober 1964 vorverlegen. Handel und Erzeuger sollen eine Vereinbarung über Nettopreise (Abbau der unkontrollierten Rabatte) abschließen. Das

Sozialministerium soll die Gastarbeiterkontingente ab 1. Februar 1965 um 25 Prozent erhöhen und in der Praxis die Bedürfnisse der Branchen und Regionen stärker berücksichtigen. Es soll außerdem Vorschläge für eine aktive Arbeitsmarktpolitik und für ein Ausländerbeschäftigungsgesetz erstaten.

Das Finanzministerium wird einer Konjunkturüberhitzung im Rahmen eines neutralen Budgets entgegenwirken (Hochbonnen usw.). Außerdem soll geprüft werden, wieweit kreditpolitische Maßnahmen ergriffen werden sollen.

Der Finanzminister teilte mit, daß die geplanten Zollsenkungen und die Befreiungen von der Ausgleichsteuer am 1. Oktober wirksam werden sollen. Der Finanzminister verzichtet damit auf etwa 138 Millionen Schilling.

Das Landwirtschaftsministerium soll rasch Verhandlungen über Importerleichterungen für Geflügel, besonders aus den USA, führen und dem Ministerrat Vorschläge erstaten.

Die öffentlichen Körperschaften werden auf eine vorsichtige Tarifpolitik verpflichtet, vor allem die Energiewirtschaft wird aufgefordert, ihre Ausbaupläne so zu gestalten, daß eine generelle Erhöhung der Strompreise vermieden wird.

Die Paritätische Kommission wird

sowohl im Preisausschuß wie auch im Lohnunterausschuß nach strengen Maßstäben vorgehen und alle Anträge rigoros prüfen.

Die Bundesminister wurden vom Bundeskanzler Dr. Klaus ersucht, dem Ministerrat so bald wie möglich zu berichten, wie sich die beschlossenen Maßnahmen ausgewirkt haben.

Zypernkontingent verlängert

Der Ministerrat beschloß ferner, die Teilnahme an der Zypernaktion der UN um drei Monate zu verlängern. Ein Bericht über die Verteilung der Mittel für den Bundesjugendplan wurde genehmigt. Dem Vernehmen nach soll auch die Alpenvereinsjugend Zuwendungen erhalten. Der Finanzminister erstattete einen Zwischenbericht über die Probleme des Finanzausgleichs. Die Verhandlungen darüber werden fortgesetzt.

Der Ministerrat nahm die Berichte des Landwirtschaftsministers über den Grünen Bericht 1963 und den Grünen Plan 1963 zur Kenntnis. Dem Minister a. D. Kraus, der seine Funktion als Obmann des Milchwirtschaftsbezirks mit Erreichung seines 75. Lebensjahres zurückgelegt hat, wurde der Dank der Bundesregierung ausgesprochen.

Der Ministerrat beschloß ferner die Errichtung einer Botschaft in Addis Abeba, Äthiopien.

Wetter

Heiter bis wolbig

Über den See- und Föhnwinden vorbeiziehende Hochfelder, später vorwiegend heiter bis wolbig. Doch im weiteren Tagesverlauf, besonders im Westen und Südwesten Österreichs, aufkommende Quellwolkenbildung.



Appendix 15: 18.9.1964, Volksblatt „Schmutziger Kampf gegen Minister Olah“, Titelseite

Schmutziger Kampf gegen Minister Olah

Wien (Eigenbericht). — Die persönliche Anwesenheitsleistung am Innenminister Olah scheint ihren Höhepunkt zu erreichen. In den letzten Tagen wurde eine Reihe von Meldungen lanciert, die beweisen, daß starke Kräfte innerhalb der Sozialistischen Partei zu einer Entschloßung drängen. Für Montag wurde eine außerordentliche Sitzung der Parteileitung einberufen, in der das Verhältnis des Innenministers zu seiner Partei besprochen werden soll. Am 18. September beginnt in Wien eine SPÖ-Klubtagung, an der die gesamte Parteipressekonferenz teilnehmen wird.

Die Methoden, mit denen der Kampf gegen Olah geführt wird, sind so schmutzig, daß es dafür in Österreich kaum Parallelen gibt. Es gibt Berichte über Aktionen führender Sozialisten, die bürgerliche Journalisten um ihre Mithilfe bei der Beendigung ihres „Parteienverrats“ ersuchten und ein Gutachten zweier Fachleute anboten hatten, nach dem der Innenminister „geistig nicht normal“ sein soll. Gleichzeitig wurden Anschläge aus verschiedenen Kreisen der Sozialistischen Fraktion in der Metall- und Bergarbeitergewerkschaft bekannt, in denen, ohne daß sein Name genannt wird, ebenfalls die Entfernung des Innenministers gefordert wird. Außerdem hört man, daß die Absicht besteht, dem Leiter des Ministerbüros im Innenministerium, Dr. Stephan, der früher Staatssekretär im Landesverwaltungsministerium gewesen war, an Stelle des Staatssekretärs Bloch wieder auf seinen alten Posten zu entsenden.

Das psychologische Gutachten über Olah soll auf recht sonderbare Weise zustandekommen sein. Der Innenminister soll zu diesem Zweck bei allen Gelegenheiten, bei denen er öffentlich auftrat, von zwei Fachleuten aus dem anonymen Hinterhalt beobachtet worden sein.

Inzwischen verlässt aus Kreisen, die dem Innenminister nahestehen, daß einer der beiden Provokateure mit einem hohen SPÖ-Funktionär familiär verbunden und der andere im Mittelpunkt einer Affäre gestanden sei, mit der das Innenministerium als Behörde betraut war. Als eine der Hauptursachen des Streites innerhalb der SPÖ wird der Kampf des

Kommunistenfreundlichen, austromarxistischen Flügels in der Partei gegen Franz Olah genannt, der als Exponent einer gemäßigten Linie klassifiziert wird.

Im einzelnen soll nach Innenminister Olah vorzuerzählen:

- daß er die Versöhnung zwischen Kirche und Staat herbeigeführt hat,
- daß er immer Einheitsangebote der Kommunisten ablehnte,
- daß er den kommunistischen Putschversuch im Oktober 1950 als

Gewerkschaftsführer niederschlagen ließ.

● daß er den Austromarxismus in seiner Partei bekämpft und schließlich

● die aus der katholischen Kirche ausgetreten sei.

Das einleitend erwähnte Burschenschießen der SPÖ-Fraktion in der Gewerkschaft der Metallarbeiter an verschiedene sozialistische Spitzfunktionäre ist von mehreren prominenten Lesern auf Seite 2

Italien sperrt Grenze

Bozen. — Die italienischen Behörden haben Freitag abend die seit Monaten geplante Sperrung der Grenze mit Nordtirol durchgeführt. Wie in Bozen offiziell mitgeteilt wurde, haben rund 1000 Mann Militär und Carabinieri eines „massenhaften Kordens“ entlang des Alpenkammes gezogen. Auf allen Pässen und in allen Schutzhütten wurden Posten eingerichtet. Auf allen Pässen und in allen Schutzhütten wurden Posten eingerichtet. Sie werden von Hubschraubern und Erkundungsflugzeugen überwacht. Die Polizei nimmt immer noch an, daß die „Terroristen“ ihren Nachschub über die Berge aus Österreich erhalten. Weiter zahnwundend Mann Militär sind im Inneren der Provinz Bozen eingesetzt, um die Ruhe aufrechtzuerhalten. An allen wichtigen Straßen, vor allem um Meran und Bruneck, wurden Straßensperren errichtet.

Gipfeltreffen christlicher D

Klaus in Salzburg: „Es gilt, die Errichtung neuer Schranken

Salzburg. — Es ist das höchste Verdienst der christlichen Demokratie, daß sie auf den Trümmern und über den Gräbern des zweiten Weltkrieges ein freies, sich erhebendes und in der Welt wieder ins Gewicht fallendes Europa errichtet hat“, erklärte Bundeskanzler Dr. Klaus am Samstag beim Gipfeltreffen christlich-demokratischer Politiker in Salzburg. „Die historische Aufgabe der christlichen Demokratie in der Welt von morgen aber muß darin bestehen, die Errichtung neuer Schranken des Hasses zu verhindern. Der Versöhnung der Klassen muß auch noch die Versöhnung der Völker folgen, von denen ein Teil heute schon in Überflut, ein anderer aber noch immer in bitterer Armut lebt.“

Bundeskanzler Dr. Klaus würdigte in seinem Referat „Christliche Demokratie — ihre Chancen und ihre Aufgaben“ die Verdienste, welche die Internationale Union Christlicher

Europapolitik betonte Dr. Klaus, die christliche Demokratie wolle dafür streben, daß die Vorstellung vom „Europa von morgen“ nicht zu klein und politisch nicht zu exklusiv gefaßt werde. „Wenn wir den Wunsch zum Ausdruck bringen, daß es im Europa von morgen keine Ausschlüsse geben soll, dann gerade deshalb, weil auch die neutralen Länder ein Teil Europas sind. Österreich wird auf Grund seiner besonderen völkerrechtlichen Stellung keinen militärischen Bündnisverträgen beitreten und es keinen Unionen teilnehmen, denen unser Land Souveränitätsrechte abgeben müßte. Österreich hat 1955 ein Bundesverfassungsgesetz über die innerwährend Neutralität beschlossen und diesen Beschluß allen Staaten, mit denen es diplomatische Beziehungen unterhält, notifiziert.“

Die Tatsache, daß es 1955 möglich war, in der österreichischen Frage

Appendix 17: 25.9.1964, Volksblatt, „Mehr Demokratie in die Arbeiterkammer“, von ÖGB-Vizepräsidenten

Mehr Demokratie in die Arbeiterkammer

Von Erwin Alenberger,
Vizepräsident des ÖGB

Wenn der Traum der Marxisten nicht, wie in den ungerechten Oststaaten, verwirklicht wurde, so nicht deswegen, weil die Sozialisten ihn aufgegeben haben, sondern weil eine nichtmarxistische, eine christliche Arbeiter- und Angestelltenbewegung einen heiligen Kampf auf sich genommen und den endgültigen Durchbruch des Marxismus auch in der Arbeiterkammer verhindert hat.

Nicht um die Kammer geht es, die wir als eine fortschrittliche sozialpolitische Einrichtung vollständig beibehalten, nicht um die im Gesetz festgelegten Aufgaben der Arbeiterkammer, an deren Ausführung wir mitarbeiten und dafür die volle Verantwortung tragen, nicht um veraltete Einrichtungen, wie Wohnkreditbanken, Schulung und Konsumentenberatung, die teilweise sogar durch unsere Initiative entstanden sind, nein, unser Kampf gilt dem Versuch der Sozialisten, eine öffentlich-rechtliche Einrichtung zu einer Trutzburg der SPÖ umzuwandeln.

An der Tatsache, daß die Arbeiterkammer in Wien als objektive öffentlich-rechtliche Körperschaft nicht entsprechend gewertet wird, sind einzig und allein die 10 Prozent Kammer-sozialisten schuld, weil deren Quasirecht häufig einen Abklatsch der Beschlüsse der SPÖ darstellen und weil die sozialistische Kammermehrheit zumeist dann stimmt, wenn es im Interesse der Kammermitglieder gegen ihre Gesinnungsfreunde in Regierung oder Kommunalverwaltung auftreten sollte.

Das sind eigenartige Demokratien, die uns aus der Personalkommission der Arbeiterkammer ausschließen, um eine Personalpolitik betreiben zu können, deren Ergebnis es ist, daß bei Betriebsratswahlen, wenn es glückt, über 110 Prozent sozialistische Stimmen erreicht werden, die fast alle maßgebenden Funktionen mit sozialistischen Parteigängern besetzen, die den Ausschuss für Angestelltenfragen abbetieren, weil ihnen seine Zusammensetzung nicht behagt, und in der Frage noch einer entsprechenden Wahlordnung oder eines zeitlichen Stimmzettels eine Haltung einnehmen, die jeder demokratischen Auffassung Hohn spricht.

Sie muten den nichtsozialistischen Wählern zu, daß sie einen Kilometerweiten Weg zum Wahllokal zurücklegen sollen, wegen dem sie in den Großbetrieben mit der Wahlurne fast zur Arbeitsstätte vorführen. Den Wiener Sozialisten geht es bei den Kammerwahlen nicht um die Wahrung der Interessen aller Angehörigen der Arbeiterkammer, sondern

um die fast 70 Millionen Schilling aus der jährlichen Kammerumlage, um die Beherrschung des Kammerapparates für sozialistische Parteizwecke, es geht ihnen um die Macht und weniger um die objektive, überparteiliche Einrichtung einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft!

Wir müssen aber auch mit allem Nachdruck die sozialistische Behauptung ablehnen, daß nur die Sozialisten die Interessen der Kammermitglieder vertreten.

Was wir benötigen — und dafür sind die Ausgaben der Kammer mehr als berechtigt —, sind die wissenschaftlichen Vorkarbeiten und sind die Gutachten, daß es zu keiner Gefährdung der Stabilität von Währung und Wirtschaft kommen kann, bei der Ausbau ihrer arbeitsrechtlichen juristischen und volkswirtschaftlichen Abteilungen, um allen zunehmenden Anforderungen gerecht zu werden. Als die Sozialisten unsere Anträge auf Senkung der Kammerumlage ablehnten, haben wir trotzdem dem Budget zugestimmt, weil darin der Ausbau der Heime, der Schulungs- und Bildungstätigkeit, der Bewandlungen u. a. m. enthalten ist.

Wir bekennen uns zu den positiven Leistungen und zu den Erfolgen gemeinsamer Arbeit. Wir lehnen aber die Versuche der Sozialisten ab, für alles, was nicht erreicht wurde, uns als Minderheit verantwortlich zu machen und die Kräfte an ihre Parteilinie zu heften. Die Kammerwahlen entscheiden über den künftigen Weg des Parlaments der Arbeit!

Appendix 18: 26.9.1964, Volksblatt, „Der Fall ‚SPÖ‘“, Titelseite + Fortsetzung S. 2

Der Fall „SPÖ“

Von Karl Piss

Das nicht gerade schon Greisliche am Fall Olah — der von Broda, Berra und Genossen geforderte Kopf Olah steckt wie eine unknackbare Nuß zwischen den sperrangelweichten Kiefern Pittermanns — darf uns nicht darüber hinwegtäuschen, daß das, was sich in der Sozialistischen Partei abspielt, eine Tragödie ist: kein Fall „Olah“, sondern ein Fall „SPÖ“.

Der kleine Sozialist spürt das und wer sich in ihn hineinschaut, kann sich des Mitleids nicht ganz erwehren. Denn wo zwischen dem legitimen, aber nicht beliebten Führer Pittermann und dem illegitimen, aber beliebten Führer Olah, zwischen dem alten und dem neuen Gewerkschaftsbundspräsidenten, zwischen Schieds- und Ehrengerichtem, zwischen Bau- und Holzarbeiter-resolutionen und Rundschreiben findet er noch den Sozialismus, an den zu glauben man ihn lehrte?

Im Vakuum der Ehrlichkeit gedeiht das Gerücht. Am 18. September sagte Viktor Kraler Pittermann noch in einem Fernseh-interview in Beantwortung der Frage, ob es für die Abberufung Olahs als Innenminister noch andere Gründe als das als offizielle Begründung angegebene Zeitungsinterview gegeben haben: „... dem Schiedsgericht wie der Parteivertretung lag kein anderer Teilbestand vor.“ Kein Mensch in der Sozialistischen Partei glaubt das. Jeder weiß, daß hier ein Machtkampf im Gange ist, bei dem es am 17. September 14:13 gegen Olah stand, bei dem es aber schon morgen wieder anders stehen kann.

Worum geht es in diesem Machtkampf, in dem man sich wechselseitig unter Ausplünderung auf Adolf Hitler als „Führer“ beruft und des „wahren Stalinismus“ beschwört? Wie kann eine Partei von Rang der SPÖ es sich wenige Wochen vor Wahlen leisten, daß durch Gerüchte über als Trauerkate verkleidete Psychiater und Scherzartikel a conto einer kleinen Koalition die Exekution überbeschleunigt wird? Welches Verhältnis waltet über dem österreichischen Sozialismus, daß er 73 Jahre nach Heidegger und wenige Tage nach der Wahl Pittermanns zum Präsidenten des Internationalen ein Bildnis des Dorian Gray bietet?

Eine Antwort auf diese Fragen kann nur der finden, der vom offiziellen Bild der ewigen und von hohen Idealen besessenen SPÖ rechtzeitig die Propaganda abgezogen und die nicht publik gerechten Fakten hingenommen hat. Die Sozialistische Partei hatte schon 1945 einen Untertitel, der auf zwei in ihr bestehende Richtungen hinwies: in die eine Richtung ging 1948 der sozialistische Zentralsekretär Scharf, dem revolutionärer Sozialismus führt zum Kommunismus, in die andere Richtung ging sein Nachfolger als Abgeordneter, Olah, dem revolutionärer Sozialismus

führt weg vom Marxismus und hin zum Praktizismus.

Die „Arbeiter-Zeitung“ hat sich, als ob sie augenblicklich keine anderen Sorgen hätte, die Frage vorgelegt, ob denn die ÖVP in der Einschätzung Olahs konsequent genug sei. Nun, als Außenstehende sehen wir die Dinge vielleicht noch klarer als sie es vermag. Olah ist und bleibt unser politischer Gegner, denn wenn er die Massen für sich zu begeistern versucht, tut er das für sich und seinen Sozialismus. Und er ist dabei in der Wahl seiner Methoden nicht sehr wählerisch. Daß Olahs Gegner in der SPÖ sich oft viel bürgerlicher und liberaler gebärden, ändert gleichfalls nichts an der Tatsache, daß sie für sich und ihren Sozialismus die Macht erringen wollen. Der Austromarxismus lebt in beiden weiter — bei dem einen mehr in den Methoden, bei den anderen mehr in ihren Zielen.

Beim SPÖ-Parteitag des Jahres 1958 hat man den Österreichern „Marx für die Methode und Pittermann für die praktische Politik“ empfohlen. Die Methoden, die in der SPÖ in letzter Zeit angewendet wurden, sind eines Marx einschließlich seiner Nachfolger würdig. Pittermann aber ist heute nicht viel mehr als eine Klarsichtpackung, in der uns ein „Elefant im Porzellanladen“ und ein „Wolf im Schafspelz“ offeriert wird.

Wir leben noch nicht in einem sozialistischen Österreich und haben deshalb die Wahl. Und wir sagen zu dem, was von Pittermann und seiner Partei übrig blieb und uns unter der Marke „Sozialismus“ angeboten wird, auf jeden Fall „Danke!“

Appendix 19: 4. 10. 2009, Die Presse am Sonntag, „Der angepöhlte Strahlemann“, S. 3

Die Presse am Sonntag // DIE PRESSE.COM // 4. OKTOBER 2009

AUSLAND 3



Neue Vorwürfe in der Causa **Buwog-Verkauf**: Beamter wirft Grasser Manipulation vor. Die Chronologie einer seltsamen Privatisierung. • VON MARTIN FRITZL

Der angepöhlte Strahlemann

Ich habe ein völlig reines Gewissen.“ Karl-Heinz Grasser, scheidender Ex-Finanzminister, inzwischen vor allem in der Societyzeile aktiv, kämpft um seinen Ruf. Und das tut er sich schwer. Denn selbst der ehemalige Sonnyboy der heimischen Innenpolitik muss eingestehen, dass die Öpök „fürchterlich“ sei.

Es ist wieder das System Grasser, das jetzt am Pranger steht. Es geht um die Vermischung von Freundschaften, Politik und Geschäft. Die jetzt öffentlich gewordenen dubiosen Provisionszahlungen an Grassers Freunde, die beim Verkauf der Bundes-Wohnbaugesellschaften bezahlt wurden, machen dieses System Grasser öffentlich sichtbar. Die handelnden Personen:

Walter Meischberger, Ex-FPÖ-Politiker und Grasser-Freund, kassierte von der Immofinanz den Löwenanteil der Provision, nämlich 7,6 Mio. Euro. Von Grasser hatte er während dessen Zeit als Finanzminister 35.000 Euro für die berühmte KHG-Homepage erhalten. Nach Ende von Grassers Politikkarriere gründeten sie gemeinsam eine Firma, die Valora Solutions, sowie eine Bürogemeinschaft.

Peter Hochegger, PR-Berater, hatte von seinem Freund, Finanzminister Grasser, ebenfalls lukrative Aufträge erhalten, auch er stieg bei Valora Solutions ein. Von der Immofinanz erhielt Hochegger 1,9 Mio. Euro. Dass beide für das Honorar weder Umsatz- noch Einkommensteuer bezahlt haben, wird ihnen nun zum Verhängnis. Nach ihrer Selbstanzeige steht ihnen jetzt ein Finanz- oder gar Strafverfahren bevor. Justiz- und Finanzbehörden haben am Freitag Hausdurchsuchungen bei beiden sowie bei Valora Solutions durchgeführt.

Ernst Plech, Immobilienfachmann, wurde von seinem Freund Grasser an die Spitze des Buwog-Aufsichtsrats gesetzt. Ihm kam eine Schlüsselrolle beim Verkauf der Gesellschaft zu.

Die Kernfrage lautet jetzt: Welche Beratungsdienste konnten Meischberger und Hochegger der Immofinanz anbieten, die dem Käufer die doch nicht unbeträchtliche Summe von 9,6 Mio. Euro – das ist exakt ein Prozent des Kaufpreises von 961 Mio. Euro – wert waren? Immerhin hatte die Immofinanz damals die besten Immobilienexperten des Landes im eigenen Haus sitzen. Beratung von außen war da nicht wirklich notwendig. Und Immofinanz-Chef Karl Petrikovics ist nicht jemand, der einige Millionen Euro für nichts beim Fenster rauswirft.

Anders herum gefragt: Könnte es eigentlich irgendetwas anderes sein als interne Kenntnisse aus dem Verkaufsprozess, die da vergoldet wurden? Und wenn ja: Woher hatten Meischberger und Hochegger diese? Von ihrem Freund Grasser? Und hat der eventuell auch einen Teil der Provision bekommen?

Zeuge belastet Grasser. Grasser – für ihn wie für alle anderen Beteiligten gilt selbstverständlich die Unschuldsvermutung – verweist auf das Verkaufsverfahren. Dieses wurde von der Investmentbank Lehman Brothers durchgeführt und sei völlig korrekt und transparent gewesen. Er habe gar keine Möglichkeit gehabt, für einen Bieter einzugreifen oder Informationen weiterzugeben.

Diese Darstellung bestreitet jetzt ein Zeuge, der vom Nachrichtenmagazin „Profil“ zitiert wird. Dieser, ein namentlich nicht genannter „Spitzenbeamter aus dem Kabinett Grasser“, behauptet, schon die Auswahl von Lehman Brothers sei auf Druck Grassers erfolgt. Und auch der Käufer soll intern schon früh festgestanden sein. Plech habe ihm gesagt: „Wir wissen doch, wohin die Reise geht. Es soll die Immofinanz werden.“ Grasser bestreitet die Darstellung und will „Profil“ oder den Informanten klagen. Plech wollte sich dazu gar nicht äußern.

Ein Rechnungshofbericht aus dem Jahr 2007 zeigt auf, an welchen Punkten das Verkaufsverfahren ganz wesentlich beeinflusst wurde. Der erste betrifft die – für den Rechnungshof völlig unverständliche – Entscheidung, die fünf Wohnbaugesellschaften nur im Paket zu verkaufen. Mit einem einzelnen Verkauf jeder Gesellschaft hätte man deutlich mehr erzielen können, glauben die Kontrolloren.

Wesentlich für den Zuschlag an die Immofinanz war aber eine damit zusammenhängende zweite Entscheidung: Dem Land Kärnten ein Vorkaufsrecht für die Wohnbaugesellschaft ESG (12.196 Wohnungen) einzuräumen. Denn die Immofinanz, die in Summe nur um 1,2 Mio. Euro vor dem Zweiten, der CA-Immo, gelegen war, hatte für die ESG gleich um 20 Mio. Euro mehr geboten. Die logische Folge: Das Land Kärnten entschied, wer den Zuschlag erhalten würde. Hätte es sein Vorkaufsrecht ausgeübt, wäre die CA-Immo zum Zug gekommen (die für den Rest mehr geboten hatte). Verzichtete Kärnten, wäre das gesamte Paket an die Immofinanz gegangen.

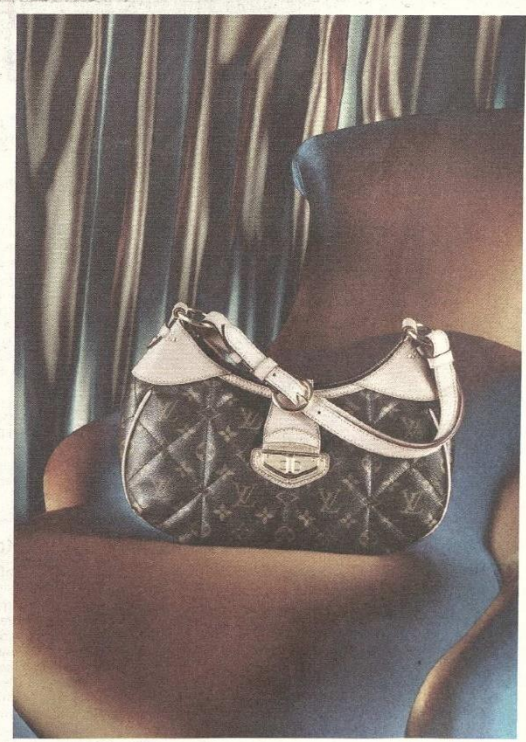
Kärntner Landeshauptmann war damals, im Juni 2004, Jörg Haider – und der entschied sich gegen einen Kauf der ESG. Und zwar unter seltsamen Umständen, wie der Rechnungshof festhielt: Das Land verzichtete, weil der Bestbieter die Zusage gegeben habe, das Land könne die in Kärnten gelegenen Vermögenswerte kaufen. Nur: Woher konnte das Land damals wissen, wer der Bestbieter war? Hat vielleicht Grasser bei Haider, der ihn ja einst in die Politik geholt hat, interveniert? Oder kam eine Intervention von Meischberger, ebenfalls ein früherer Haider-Jüngling? Aber dann würde sich die Frage stellen, woher Meischberger Details aus dem Verfahren wissen konnte. Auch Plech hatte übrigens enge Kontakte zu Haider.

Höchst aufklärungsbedürftig ist auch ein zweiter vom Rechnungshof gerügter Umstand. Der Verkauf der 61.000 Wohnungen wurde unter der Bedingung abgeschlossen, dass der Bund weiterhin das Einweisungsrecht für 5539 behält. Damit hätten frei werdende Wohnungen weiterhin an Beamte vergeben werden können. Im Kaufvertrag, der acht Monate später abgeschlossen wurde, ist dieses Einweisungsrecht nicht mehr enthalten. Der Unterschied ist laut Rechnungshof enorm: Der Verzicht auf das Einweisungsrecht bringe dem Käufer einen finanziellen Vorteil in der Höhe von 200 Mio. Euro, so die Berechnung der Kontrolloren.

SPÖ für U-Ausschuss. Inzwischen hat die SPÖ die Affäre Grasser entdeckt. Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter und Budgetsprecher Kai Jan Krainer wollen einen Untersuchungsausschuss, der alle Privatisierungen und Ausschreibungen Grassers untersuchen soll. Die ÖVP hält nichts davon, Generalsekretär Fritz Kaltenecker vermutet „politische Rache“. Staatsanwaltschaft und Finanzbehörde sollten nun in Ruhe ermitteln.

Ein Untersuchungsausschuss erscheint freilich wenig sinnvoll, so lange noch die Ermittlungen der Justiz laufen. Denn die wesentlichsten Zeugen könnten im Parlament die Aussage verweigern, solange ein Strafverfahren gegen sie läuft.

Grassers Mentor Jörg Haider hatte die Schlüsselrolle beim Buwog-Verkauf.



Erhältlich ausschließlich in Louis Vuitton Geschäften. Tel. (01) 533 61 51 louisvuitton.com

LOUIS VUITTON

HINTERGRUND

GRASSERS AFFÄREN

Homepage
Grasser bekommt von der Industriellenvereinigung 283.000 Euro, die er in die Erstellung einer (massiv überbeurteilten) Homepage investiert. Steuern zahlt der damalige Finanzminister für die Spende keine.

Jachtaffäre
Grasser lässt sich von seinem Freund Julius Meini auf eine Jacht einladen und lernt dort Buwog-Spekulant Wolfgang Flottl kennen. In die Meini-Bank entsendet er enge Mitarbeiter als Kontrolloren.

Meini
Meini macht seinen Freund Grasser zum Manager der Meini International Power (MIP). Dass die Meini European Land eigene Aktien aufkauft, nutzt die MIP zum Börsenstart.

Appendix 20: 9.10.2009, Die Presse, „Korruptionsaffäre Buwog eskaliert“, S. 15, Aufschlagsseite Wirtschaftsteil

Die Presse → US-Defizit: 1400 Mrd. Dollar Fehlbetrag **Seite 16**

Economist

SEITE 15 // FREITAG, 9. OKTOBER 2009 // DIEPRESSE.COM/ECONOMIST

DIGITALE POST
Die Post öffnet Briefe – mitlesen darf sie nicht: Viele Unternehmen bekommen Post elektronisch. S. 20

ABGESICHERT IN DIE ZUKUNFT: MIT UNSEREM TREASURY KNOW-HOW.
www.rzb.at

XRB
MARKET RESEARCH BANK

Korruptionsaffäre Buwog eskaliert

SKANDAL. Der finanzielle Rahmen für das konkurrierende Angebot war vorab bekannt. Auch Grasser war informiert.

WIEN (ju). In der vermutlichen Korruptionsaffäre Buwog (ermittelt wird derzeit wegen Steuerhinterziehung und Untreue) wird es für die Beteiligten immer enger: Nach Informationen des Nachrichtenmagazins „Format“ soll es im Jahr 2004 – zwischen der ersten und zweiten Buwog-Bietrunde – ein Treffen mit dem damaligen Finanzminister Karl-Heinz Grasser, dessen Kabinett und hohen Finanzbeamten gegeben haben, in dessen Verlauf eine Finanzierungsgarantie der Bank Austria über 960 Mio. Euro für den Buwog-Mitbieter CA Immo bekannt geworden sei. Damit sei der Rahmen, bis zu welchem die CA Immo bieten könne, klar gewesen, hieß es.

Wie berichtet hat die Immofinanz nach einem zweistufigen Bietverfahren mit anschließender Nachbesserungsrunde mit 961 Mio. Euro den Zuschlag für die Buwog bekommen – ganz knapp vor der CA Immo mit 960 Mio. Euro.

Im Umfeld der Transaktion waren von der Immofinanz Honorare für „Beratungs- und Informationsleistungen“ an die damaligen Grasser-Freunde, Peter Hoegger und Walter Meischberger (mit dem Grasser später auch eine gemeinsame Firma und eine Bürogemeinschaft betrieb), in Höhe von 9,16 Mio. Euro geflossen. Es ist unklar, welcher Art diese Informationsleistungen waren und ob Immofinanz diese Summe für die Bekanntgabe des Höchstgebots der CA-Immo gezahlt hat.

Experten meinen, dass der Weg dieser nicht versteuerten Honorare (von einer Zypern-Gesellschaft Hoeggers über eine Firma in der US-Steuerzone Delaware auf ein liechtensteinisches Konto) nicht nur auf Steuerhinterziehung, sondern auch auf Geldwäscheaktivitäten hindeuten könnte. Meischberger und Hoegger hatten Selbstanzeige wegen Steuerhinterziehung erstattet. Für alle im Bericht genannten Personen gilt selbstverständlich die Unschuldsvermutung. Laut „Format“ liegt von Meischberger und Hoegger noch eine zweite Selbstanzeige über nicht versteuerte Honorare (mehrere hunderttausend Euro) einer Portier-Tochter vor, die ebenfalls über Zypern gelaufen sind.

Erklärungsbedarf hat nun aber auch der damalige Finanzminister Karl-Heinz Grasser: Der hat bisher behauptet, sich in die Buwog-Privatisierung nicht eingemischt zu haben und über die Aktivitäten seines Freundesnetzwerks – neben Meischberger und Hoegger, die sich sozusagen offiziell in die Privatisierung einklinkten, waren unter anderem die Grasser-Freunde Ernst Karl Plech (Immobilienmakler), Heinrich Trauttmüller (später FMA-Chef) und der US-Investmentbanker Karlheinz Muhr aktiv in die Privatisierung eingebunden – nicht informiert gewesen zu sein. Grasser betonte freilich am Donnerstag, er schließe aus, dass „diese Information von den 960 Millionen“ aus dem Ministerium hinausgedrungen sei. Außerdem sei der Rahmen der CA Immo später erhöht worden.

Muhr hat am Donnerstag übrigens über seinen Anwalt mitteilen lassen, er sei als Vertreter des Unternehmens Volaris Advisors LLC nur „einer von mehreren Beratern“ gewesen. Die Beratungshonorare seien an das Unternehmen geflossen, er selbst habe nur „Gehalt bezogen“. Plech kenne er „nur vom Grüßen“ und Meischberger „nur von einigen Golfturnieren und Hahnenkammrennen“, so Muhr. Von Finanzminister Grasser sei er in der Buwog-Sache „nicht beeinflusst“ worden.

Große Verkaufsgewinne

Fest steht, dass sich die 9,16 Mio. „Informationshonorare“ für die Immofinanz bezahlt gemacht haben: Die Buwog war zum Durchschnittspreis von rund 15.000 Euro pro Wohnung übernommen worden (unter Einrechnung der mit übernommenen Schulden sind es etwas über 30.000 Euro). Beim Weiterverkauf erzielt die Immofinanz-Tochter aber wesentlich lukrativere Preise. Aus der Bilanz 2008 geht beispielsweise hervor, dass die Buwog bei den in diesem Jahr verkauften 195 Wohnungen im Schnitt knapp 87.000 Euro pro Einheit erlöst hat. Das ist keine schlechte Rendite.

Ab 5. Oktober 2009 zur Zeichnung:

Kaufen Sie eine solide Bank.

Wachsen Sie mit uns!

Wir sind seit der Gründung im Jahr 1922 beständig gewachsen. Von einer kleinen Kärntner Bank zu einem international agierenden Finanzinstitut mit Gesellschaften und Repräsentanzen in Slowenien, Kroatien, Italien, Ungarn und der Slowakei.

Seit ihrem Börsengang im Juni 1986 ist der Unternehmenswert der BKS Bank kontinuierlich gestiegen. Die durchschnittliche Rendite einer damals erworbenen Aktie betrug bis Ende 2008 jährlich 7,7% nach Steuern*.

BKS Bank

3 Banken Gruppe

Hierbei handelt es sich um eine Marketingmitteilung. Diese Information stellt weder ein Angebot zum Verkauf noch eine Aufforderung zum Kauf von Wertpapieren der BKS Bank AG dar. Das Angebot von Stamm-Anteilen der BKS Bank AG erfolgt ausschließlich durch und auf Grundlage des am 25.09.2009 veröffentlichten Prospekts in Österreich, der auf der Website der BKS Bank AG unter www.bks.at und der Website der Oberbank AG unter www.oberbank.at sowie bei der BKS Bank AG, St. Veit 43, 9020 Klagenfurt, und bei der Oberbank AG, Hauptplatz 11, 4020 Linz, während üblicher Geschäftszeiten kostenlos erhältlich ist. Die Verbreitung des genannten Prospekts sowie das öffentliche Angebot der Stamm-Anteile ist auf Österreich beschränkt.

*Zeitraum Juni 1986 bis Ende 2008. Berücksichtigt wurden alle Veränderungen des Nominalkapitals, die Dividendenausschüttungen und Kursbewegungen. Die Wertentwicklung der Vergangenheit lässt keine verlässlichen Rückschlüsse auf die zukünftige Wertentwicklung zu.

BKS Bank AG, T: (0463) 5858-0, E: wertpapiere@bks.at, www.bks.at

Steuern

EU klagt Österreich wegen Autosteuer

Der Aufschlag der Mehrwertsteuer auf die NoVA sei unzulässig.

BRÜSEL (APA). Die EU-Kommission setzt ihr Vertragsverletzungsverfahren gegen Österreich und andere Staaten wegen Ausnahmen bei der Mehrwertsteuer fort. Konkret beanstandet die Behörde zu hohe Mehrwertsteuer beim Autokauf sowie unzulässige Ausnahmen bei Sportpferden, Museen, Theatern und Sportorganisationen.

Kauft man derzeit ein Auto, wird auf die Normverbrauchsabgabe (NoVA), die der Händler an die Steuerbehörde abführt, zusätzlich noch Mehrwertsteuer aufgeschlagen. Das sei unzulässig, meint die EU-Kommission und verweist auf ein entsprechendes Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) zu Dänemark, wonach keine Mehrwertsteuer auf die Zulassungssteuer erhoben werden dürfe.

Ausnahmen für Museen rechtswidrig

Auch wendet Österreich den reduzierten Mehrwertsteuersatz nach Meinung der EU zu vielfach an, etwa auch auf Rennpferde. Die EU-Mehrwertsteuerrichtlinie sieht Ausnahmen für Nahrungsmittel, Saatgut oder lebende Tiere vor. Solche Ermäßigungen dürften aber nicht für Haus- oder Sporttiere gelten. Neben Österreich werden Frankreich, Deutschland und Luxemburg geklagt.

Die Behörde beanstandet auch die Ausnahmen für den Kulturbereich in Österreich. Hier könne es Ausnahmen für Dienstleistungen von gemeinnützigen Sport- und Kulturorganisationen geben. Österreich befreie aber den gesamten Betrieb von Museen, Theatern oder Tiergärten von der Umsatzsteuer. Bereits vor einem Jahr hat die EU Österreich aufgefordert, das zu ändern.

Appendix 21: 13.10.2009, Die Presse, „Eine ziemlich verfilzte Republik“, Kommentar, Josef Urschitz, S. 17, Wirtschaftsteil

Dienstag, 13. Oktober 2009
ECONOMIST
Die Presse 17

Eine ziemlich verfilzte Republik

FREUNDERLWIRTSCHAFT. Die Buwog-Affäre schreit nach härteren Antikorruptionsregeln.

Was die vergangenen Tage in der Buwog-Affäre um die offenbar ziemlich provisionsträchtige Privatisierung von Bundeswohnungen an die Finanzminister Karl-Heinz Grasser an die Oberfläche gespült haben, ist zwar verdammt unappetitlich, aber nicht wirklich überraschend: Überall dort, wo mit dem Geld anderer Leute hantiert wird, besteht eben Filz- und Korruptionsgefahr. Nicht nur hierzulande.

Was freilich fasziniert, ist die stoische Gelassenheit, mit der die heimische Politik auf diesen Sumpf blickt: Viel mehr als ein „das soll jetzt einmal die Justiz klären“, war da bisher nicht zu hören.

Hallo, Herr Faymann, Herr Pröll: Ist da jemand? Da gibt es einen größeren (mutmaßlichen, muss man derzeit noch sagen) Korruptionsskandal im Herzen der Republik. Rund um einen Ex-Finanzminister, der es (wegen der ebenfalls im seinem Freundeskreis abgelaufenen Homepage-Affäre) immerhin schon zu einer namentlichen Nennung im Welt-Korruptionsreport von Transparency International gebracht hat. Und da soll es keinen regulatorischen Handlungsbedarf geben?

Wollen wir weiter zusehen, wie Lobbyisten Insiderwissen aus dem Innersten der Republik ebenso illegal wie „steuerschonend“ zu Millionen machen? Wie Aufsichtsräte in Bundesimmobiliengesellschaften ihre dabei erworbenen Kontakte samt Insiderwissen nutzen, um anschließend große Provisionsgeschäfte mit ebendiesem Bund auf die Beine zu stellen? Wie (Ex-)Generaldirektoren von Staatsbetrieben (wie etwa der Bundesbahn) Familienmitglieder fett an Immo-Deals mit ebendiesen Staatsbetrieben abkassieren lassen? Wie Dissertationsbetreuer von Ministern als kleines Dankeschön da und dort Bundes-Aufsichtsratspöstchen zugeschoben bekommen?

Schaut das nicht ein bisschen sehr nach tiefster Dritter Welt aus?

Vielleicht sollten Sie einmal einen Blick in die jährlichen „Global Corruption Reports“ von Transparency International werfen (www.transparency.org, dieser Tipp ist aber nicht kostenpflichtig). Da hat Österreich seit lange ein relativ unauffälliges Dasein ge-

führt. Ist in den letzten beiden Jahren aber gleich fünf Mal vorgekommen: mit den Fällen Bawag und MEL (als Beispiele für filzbedingtes Versagen der Bankenkontrolle), der Grasser'schen Homepage-Affäre (als Beispiel für Intransparenz politischer Spenden), mit den nicht wirklich aufgeklärten Vorgängen um die Eurofighter-Beschaffung und mit der völlig intransparenten alpenländischen Form der Parteienfinanzierung.

Das ist eine Form von geballter Prominenz, auf die ein modernes Industrieland ganz gut verzichten könnte. Die aber zeigt, dass die Vorgänge in den hiesigen Sumpfniederungen international durchaus aufmerksam registriert werden. Und die nach Maßnahmen geradezu schreit.

Zum Beispiel nach einem Verhaltenskodex, der überschießende Freunderlwirtschaft im Staatsbereich zumindest erschwert. Nach einem Regelwerk, das Partispenden ordentlich kanalisiert und transparent macht. Und natürlich nach einer wirklich unabhängigen Antikorruptionsbehörde, die es immer noch nicht gibt (und deren Fehlen von Transparency ganz nebenbei, auch schon moniert wird). Vor allem wird es aber langsam notwendig, internationale Standards für die Aufdecker korrupter Vorgänge einzuführen. In diesem Land riskiert ja jeder, der Korruption in seinem Umfeld öffentlich macht, seine Existenz. Da wird grundsätzlich zuerst einmal feiberhaft nach der „undichten Stelle“ gefahndet. Um diese auszuschalten, nicht um Orden zu verteilen.

Internationaler Standard ist jedenfalls etwas anderes. Beispielsweise ein „Whistleblower“-System, wie es globale Konzerne immer häufiger einführen. Das sieht so aus, dass sich Mitarbeiter anonym an eine vordefinierte externe Stelle – beispielsweise eine Anwaltskanzlei – wenden können. Und die dann der Sache nachgeht.

Die Bilanz


VON JOSEF URSCHITZ

Auch dass ist in einem kleinen Land, wo jeder jeden kennt, noch keine hundertprozentige Aufdeckungsgarantie. Aber es ist ein wichtiges Korrektiv. Weil es Zeugenschutz bietet und Korruptionisten nicht mehr ganz so unverfroren fuhrwerken lässt.

Natürlich: Um die strafrechtliche Seite hat sich die Justiz zu kümmern. Dann, wenn es passiert ist. Als Korruptionskorrektiv gegenüber Ministerien ist eine weisungsgebundene Behörde (bei der es schon einmal vorkommen soll, dass ein Staatsanwalt einen Akt vergisst, bevor er sich die eigene Karriere versemmt) ziemlich ungeeignet.

Um das ganze Biotop muss sich jetzt dringend die Politik kümmern. Korruption ist kein Kavaliärsdelikt mehr. Und es ist nicht einzusehen, wieso sich das ganze Land international ein Schmutzdelikt umhängen lassen muss, nur weil es auf politischer Ebene kein Interesse daran gibt, endlich zivilisierte Verhaltenskodizes verbindlich zu machen.

✉ josef.urschitz@diepresse.com



**Segel setzen.
Amerika neu entdecken.**



**Pioneer Funds Austria –
Amerika Garantie 10/2016**

Appendix 22: 3. 10. 2009, Kronen Zeitung „Razzia im BUWOG-Millionenkrimi“, S. 19

Samstag, 3. Oktober 2009 **ÖSTERREICH** Seite 19

Hausdurchsuchungen bei früheren Grasser-Freunden Meischberger & Hohegger: Razzia im BUWOG-Millionenkrimi

Knalleffekt im undurchsichtigen Millionen-Krimi um den Verkauf der Bundeswohnungen (BUWOG) an die Immofinanz: Im Auftrag der Wiener Staatsanwaltschaft durchsuchten gestern Steuerfahnder die Firmen- und Privatadressen des früheren Grasser-Freundes Meischberger und Ex-Geschäftspartner Hohegger.

Für alle genannten Personen gilt natürlich die Unschuldsumutung. Die Ermittlungen sind aber besonders wegen der involvierten Namen brisant: Walter Meischberger, seines Zeichens langjähriger Vertrauter von Karl-Heinz Grasser und Peter Hohegger. Alle drei besaßen bis 2008 gemeinsam eine Firma...

Hintergrund der Razzia Freitagmittag ist jedenfalls die durch Selbstanzeigen von Meischberger und Hohegger bei der Finanz vor zwei Wochen aufgeflogene BUWOG-Affäre. Dabei geht es um – auf Briefkastenfirmen in Zypern überwiesene – 10 Millionen Euro Provision, die nach dem Verkauf der Bundeswohnungen (damals unter Finanzminister Grasser) geflossen sind.

Neben Steuerhinterziehung steht auch der Verdacht der Untreue im Raum. Die Ermittler beschlagnahmten bei den Hausdurchsuchungen unter anderem auch Verträge bei einem Wiener Notar. (siehe auch Wirtschafts-Magazin)

Christoph Budin & Andi Schiel



Bei einer gemeinsamen Aktion von Justiz und Finanz wurden Hausdurchsuchungen bei dem früheren Grasser-Freund Walter Meischberger (li.) und dem Ex-Geschäftspartner Peter Hohegger (re.) durchgeführt. Zahlreiche Unterlagen wurden beschlagnahmt.

Appendix 23: 4. Oktober 2009, Kronen Zeitung, „BUWOG-Sumpf um Grasser“, S. 11

Sonntag, 4. Oktober 2009 **ÖSTERREICH** Seite 11

Ex-Finanzminister unter Beschuss ● BUWOG-Sumpf

Nach den Hausdurchsuchungen in der BUWOG-Affäre versucht die Wiener Staatsanwaltschaft nun Licht in die undurchsichtigen Millionenprovisionen zu bringen. Im Mittelpunkt stehen die früheren Grasser-Freunde Meischberger und Hohegger. Doch auch für den Ex-Finanzminister wird es immer ungemütlicher...

Wie berichtet, klopfen gestern Steuerfahnder mit einem Hausdurchsuchungsbefehl des Staatsanwaltes in der Tasche an mehrere Adressen in Wien an. Die Ermittler schleppten kistenweise Akten und Kontoauszüge unter anderem aus den Büros der Meischberger-Agentur, dessen Privatvilla im noblen Döbling und einer Notariatskanzlei.

Bei der Sichtung der Dokumente geht es offenbar um die geheimen Verträge zu den knapp 10 Millionen Euro Provision, die nach dem Verkauf der Bundeswohnungen an den früheren Grasser-Intimus Meischberger (er erhielt davon 80 Prozent) und Ex-Geschäftspartner Peter Hohegger von Seiten des Bestbieters Immofinanz geflossen sind.

lokales@kronenzeitung.at

Schwere Vorwürfe eines früheren Spitzenbeamten ● Stand Bestbieter lange fest? um Grasser

Ziel der Razzia sind neben steuerrechtlich auch mögliche strafrechtliche Komponenten. Floss das Geld etwa für Insiderinformationen, und/oder wurde es an Dritte weiterüberwiesen?

In der BUWOG-Affäre wird es nun aber auch für den einstigen „Sonnyboy“ der Regierung ungemütlich. Denn trotz aller energischer Dementis gerät Ex-Finanzminister Karl-Heinz Grasser immer tiefer in das undurchsichtige Dickicht von Geschäften und Firmen.

Wie das Nachrichtenmagazin „profil“ berichtet, wird er jetzt von einem ehemaligen Spitzenbeamten des Finanzministeriums belastet. Demnach soll Immofinanz bereits von Beginn an als Käufer festgestanden haben.

Einst unzertrennliche Freunde, jetzt „geschiedene Leute“: Karl-Heinz Grasser (li.) und Walter Meischberger (re.) in der Privatvilla des Lobbyisten wird es nun auch für den ehemaligen Finanzminister immer ungemütlicher. ▼




der Internet-Warteschleife. 12 hieß es dann: Ausverkauft. Geschäftsführer Andreas von diesen Massenansturm retet. „Es gibt aber noch ein wenig Schimmer.“ Nach der elektronisch eingeplanten

Das tägliche „Krone“-Quiz

„Welchen Planeten umkreist der Mond Deimos?“

- Jupiter
- Mars
- Uranus
- Venus

Auflösung im Anzeigenheft
Mehr Fragen: www.krone.at/ilest

ToiToiToi
GLAUB ANS GLÜCK.
Ziehung vom 3. 10.
94876
Glückssymbol „Glücksstee“
Ohne Gewähr

Appendix 24: 8.10.2009, Kronen Zeitung, „Grüne verbeißen sich jetzt in Ex-Finanzminister Grasser“, S. 3

Grüne verbeißen sich jetzt in Ex-Finanzminister Grasser

Wien. – Die Grünen lassen bei ihrer Verfolgungsjagd auf Ex-Finanzminister K.-H. Grasser nicht locker: Seinerzeit habe der Bund nämlich auf das Einweisungsrecht für 5500 Wohnungen und damit mit einem Schlag auf 200 Millionen Euro verzichtet. Das sei dem Käufer, der Immofinanz, zugute gekommen, so der Vor-

wurf. Grasser selbst bleibt bei seiner Darstellung, von den Millionen-Provisionen an zwei Freunde nichts gewusst zu haben.

Was einen U-Ausschuss in dieser Causa betrifft, so scheint klar, dass zunächst einmal die Justiz ermittelt, bevor es zu einem ähnlichen Polit-Pallawatsch wie im Spitzelausschuss kommt.

Appendix 25: 12.10.2009, Kronen Zeitung, „BUWOG-Affäre: Mehrheit für U-Ausschuss“, S. 3

Montag, 12. Oktober 2009

POLITIK

Seite 3



Ein Bild aus besseren Tagen: Karl-Heinz Grasser in der Grinzing Villa von Walter Meischberger

Grasser-Rolle klären

BUWOG-Affäre: Mehrheit für U-Ausschuss

Wien. – Fast täglich neue Vorwürfe in der BUWOG-Affäre gegen Ex-Finanzminister Karl-Heinz Grasser, der weiter seine Schuldlosigkeit beteuert und sich als „Opfer einer schiefen Optik“ sieht.

Jedenfalls wünscht sich nach einer ORF/ OGM-Umfrage mit 60 Prozent eine Mehrheit der Österreicher einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur BUWOG-Affäre. Geklärt werden sollen die Hintergründe zur Vermittlungsprovision von 9,6 Millionen Euro in Zusammenhang mit dem Verkauf von 60.000 Bundeswohnungen unter Finanzminister Karl-Heinz Grasser an dessen damalige Freunde, die Lobbyisten Walter Meischberger und Peter Hochegger.

★

Die Grasser-Jäger von „profil“ bis „Format“ haben sich in den Ex-Finanzminister verbissen. Da taucht ein Belastungszeuge auf, Akten der Staatsanwaltschaft werden veröffentlicht, sogar von Schweigegeld ist die Rede. Um dem ein Ende zu machen, müsste Grasser selbst größtes Interesse daran haben, die Sache vor einem U-Ausschuss oder Gericht aufzuklären.

CLAUS PÁNDI

Präsident hat gute Chancen, „Lissabon“-Poker zu gewinnen

Bekommt Václav Klaus von EU die Beneš-Dekrete garantiert?

Brüssel/Prag/Wien. – Die Weigerung von Präsident Klaus, als letztes Staatsoberhaupt den „Lissabon“-Vertrag zu unterzeichnen, falls nicht seine Forderung erfüllt wird, hat Aussicht auf Erfolg. In der EU wird schon nach einem Kompromiss gesucht, um Klaus die gesichtswahrende Unterschrift zu ermöglichen.

Václav Klaus hat eine Taktik eingeschlagen, aus der er doch noch als Gewinner hervorgehen kann. Erstens fordert er „nur“ eine „Fußnote“ unter dem EU-

VON KURT SEINITZ

Vertrag, der als solcher unverändert bleibt. Solche Fußnoten als nationale Zugeständnisse sind in der EU nicht unüblich.

richtshof Rückgabe- bzw. Entschädigungsansprüche einklagen könnten. Die zwei Millionen Sudetendeutschen verfügten vor dem Krieg über ein Drittel des Nationalvermögens der Tschechoslowakei.

In London, Paris und anderen Staatskanzleien herrscht schon seit den Beitrittsverhandlungen die Meinung vor, dass die Forderung nach Aufhebung

ohnhin nicht, dieses Thema aufzugreifen.

Während der Beitrittsverhandlungen mit Tschechien galt in der EU die Ausrede, dass die Grundlage der Vertreibung die Potsdamer Konferenz der alliierten Siegermächte gewesen sei, also eine „internationale“ Vereinbarung. Und EU-Kommissar Verheugen erklärte die EU gar für unzuständig für Geschichtsfragen: „Das neue Europa muss in die Zukunft schauen.“ Applaus in Prag war ihm sicher.

politik@kronenzeitung.at

Abstract:

Diese Masterarbeit erforscht den Umgang österreichischer Zeitungen mit politischer Korruption in der Zweiten Republik. Konkret werden narrative Strategien der Berichterstattung von unterschiedlichen Zeitungskategorien: Boulevard, „Qualitätszeitungen“ und Parteizeitungen über politische Skandale untersucht, um Ziele, Unterschiede und Muster mittels Kritischer Diskursanalyse zu decodieren. Als Untersuchungsgegenstände dienen die Fälle des ÖVP-Ministers Peter Krauland (1950), des SPÖ-Ministers Franz Olah (1964) und der BUWOG-Skandal um Minister auf FPÖ-Ticket Karl Heinz-Grasser (2009). Damit werden die Fragen beantwortet, wie österreichische Zeitungen über politische Korruption berichten und wie sich die Korruptionsberichterstattung im Verlauf der Zweiten Republik entlang der sich veränderten Medienlandschaft in Österreich verändert hat.